

BERICHT

des Parlaments
der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während
der Sitzungsperioden

2019 und 2019-2020

INHALT

DIE WAHLEN 3

WAHLRESULTATE 26. MAI 2019 3

BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2019 4

PLENARSITZUNG 17. JUNI 2019 4

Allgemeines 4

Ad-hoc-Ausschüsse zur Prüfung der Wahlmandate 4

Eidesleistung 5

Die Fraktionen 5

Das Präsidium 6

Die Regierung 6

Nachrückende und endgültige Zusammensetzung 7

Der Gemeinschaftssenator 8

Die Ausschüsse 9

Das erweiterte Präsidium 9

Vertretung des Parlaments

in grenzüberschreitenden Gremien 9

Die beratenden Mandatare 9

Ansprache des Parlamentspräsidenten vom
17. Juni 2019 zu Beginn der Legislaturperiode 10

LEGISLATIVE ARBEIT 11

TÄTIGKEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN 11

BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2019-2020 13

GREMIIEN DES PARLAMENTS 13

Die Abgeordneten – Entwicklung 13

Die beratenden Mandatare – Entwicklung 13

Die Fraktionen 14

Das Präsidium 16

Das erweiterte Präsidium 16

Der Parlamentspräsident 17

Die Parlamentsverwaltung 18

Verwaltungsstruktur 18

Der Haushalt des Parlaments 19

Archiv und Bibliothek 19

Digitales Parlament 19

Die Ombudsfrau 20

AUFGABEN DES PARLAMENTS 22

Zuständigkeitsbereiche 22

Tätigkeit in den Ausschüssen 24

Ausschuss I 24

Ausschuss II 27

Ausschuss III 29

Ausschuss IV 32

Ausschuss V 36

Sonderausschuss 37

Verabschiedung von Dekreten und weitere

Entscheidungen der Plenarversammlung 38

Dekrete 38

Beschlüsse 40

Resolutionen 40

Gutachten 43

Verabschiedung von Haushaltsplänen 44

Die Haushaltspläne 44

Die Rolle des Rechnungshofs 45

Beziehungen zur Regierung 45

Die Regierung 45

Die Regierungskontrolle 46

Themendebatten und Petitionen 62

Themendebatten 62

Petitionen 62

BESUCHER, GÄSTE UND EREIGNISSE 63

Besucher und Gäste 63

Besucherguppen 63

Politische Bildung im Parlament 65

Preise des Parlaments 65

Schülerpreise 65

Preis des Parlaments 65

Schriftenreihe 65

PARLAMENT INTERNATIONAL

UND INTERREGIONAL 66

Innerbelgische Zusammenarbeit 66

Die Konferenz der belgischen

Parlamentspräsidenten 66

Interparlamentarischer Dialog zum Thema Klima 66

Internationale Zusammenarbeit 66

CALRE 66

IPR 67

Euregio „Maas-Rhein“ 67

BENELUX-Parlament 68

Deutsch-Österreichische Konferenz der

Landtagspräsidenten 68

Konferenz der Parlamentspräsidenten der

deutschsprachigen Staaten 68

PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN 69

Die Einsetzung des ersten Bürgerrats 69

Themenfindung für die Bürgerversammlung 70

Erste Bürgerversammlung 70

Wiederaufnahme der Arbeiten im September 71

AUSWIRKUNG DER COVID-19-PANDEMIE AUF

DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT 72

Angepasste Arbeitsweise 72

Information des Parlaments 72

Krisendekrete 72

Lockerungen mit Vorsicht 72

Sonderausschuss 73

Aufruf und Ansprachen an die Bevölkerung 73

Aufruf an ostbelgische Bevölkerung 73

Ansprache des Parlamentspräsidenten vom

24. März 2020 anlässlich der aktuellen

Situation in der Coronavirus-Krise 73

Ansprache des Parlamentspräsidenten vom

30. April 2020 anlässlich der aktuellen

Situation in der Coronavirus-Krise 73

Ansprache des Parlamentspräsidenten vom

18. Juni 2020 anlässlich der aktuellen

Situation in der Coronavirus-Krise 74

DIE WAHLEN

Am 26. Mai 2019 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihr Parlament.

[Wussten Sie schon? Um Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden zu können, muss man bestimmte Bedingungen erfüllen:

- die belgische Staatsbürgerschaft besitzen;
- 8 Jahre alt sein;

- seit mindestens sechs Monaten seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- im Vollbesitz der politischen Rechte sein.

Wählen müssen die Einwohner der neun deutschsprachigen Gemeinden, die dieselben Bedingungen erfüllen.]

WAHLRESULTATE 26. MAI 2019

Wahlberechtigte	2014	2019		
Insgesamt	49.000	49.441		
Abgegebene Stimmzettel	2014	2019	2014%	2019 %
Insgesamt	42.324	42.503	86,38 %	85,97 %
Weiß und ungültige Stimmen	2014	2019	2014 %	2019 %
Insgesamt	4.691	3.305	11,13 %	7,78 %
Gültige Stimmen	2014	2019		
Insgesamt	37.613	39.198		

Liste	2014	2019	2014 %	2019%	(± %)	Anzahl Sitze
VIVANT	3.994	5.807	10,62 %	14,81 %	+4,20 %	3 (+1)
ECOLO	3.590	4.902	9,54 %	12,51 %	+2,96 %	3 (+1)
ProDG	8.352	9.146	22,21 %	23,33 %	+1,13 %	6 (0)
CSP	9.351	9.069	24,86 %	23,14 %	-1,72 %	6 (-1)
PFF-MR	5.847	4.454	15,55 %	11,36 %	-4,18 %	3 (-1)
SP	6.047	5.820	16,08 %	14,85 %	-1,23 %	4 (0)

BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2019

PLENARSITZUNG 17. JUNI 2019

Allgemeines

Am vierten Montag nach dem Tag, an dem die Wahlen stattgefunden haben, tritt das neu gewählte Parlament erstmals zusammen.¹

2019 versammelte sich das neu gewählte Parlament folglich am 17. Juni. Die Plenarsitzung vom 17. Juni 2019 ist die einzige Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2019.

Auf der Tagesordnung standen Rücktrittserklärungen (Gewählte, die ihr Mandat nicht antreten, sowie Rücktritt der amtsführenden Regierung), die Prüfung der Gültigkeit der Wahlen, die Eidesleistung der Abgeordneten, die Wahl des Präsidiums, die Wahl und Vereidigung der Regierungsmitglieder, die Wahl des Gemeinschaftssenators und die Vereidigung von für Minister nachrückenden Abgeordneten.

Das neu konstituierte Parlament bezeichnete ebenfalls seine Vertreter in Gremien wie dem Benelux-Parlament, dem Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion und dem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit Euregio Maas-Rhein.

Der Bericht der Sitzungsperiode 2019, die am 17. Juni 2019 begann und am 15. September 2019 endete,² konzentriert sich auf die Plenarsitzung. Der Bericht befasst sich chronologisch mit dem Geschehen der Plenarsitzung und der damit verbundenen Einsetzung der Gremien, die die Arbeit des Parlaments bestimmen.

Die Ausschüsse haben in dieser Sitzungsperiode getagt, um ihre Arbeitsweise festzulegen und um erste Regierungskontrollsitzen durchzuführen. Der Regierungskontrolle ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Ad-hoc-Ausschüsse zur Prüfung der Wahlmandate

Das Parlament selbst spricht sich über die Gültigkeit seiner Wahl sowie der Mandate seiner Mitglieder bei Antritt ihres Mandats im Parlament aus. Diese Prüfung findet durch einen Ausschuss zur Prüfung der Gültigkeit der Wahlen und der Wahlmandate statt.

Wahl vom 26. Mai 2019

Nach einer Wahl wird in der konstituierenden Sitzung ein Ausschuss gebildet, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Die Plenarsitzung wird für die Versammlung des Ausschusses unterbrochen, der sich derweil über die Prüfung der Gültigkeit der Wahl und der Wahlmandate beugt. Hierzu liegen ihm die Berichte der Wahlbüros und des Sachverständigenkollegiums für die automatisierte Wahl, das die ordnungsgemäße Funktionsweise der Wahlsysteme begleitet und analysiert, sowie Unterlagen der Gemeinden und Erklärungen der zu vereidigenden Mitglieder und der Ersatzmitglieder vor. Das älteste Mitglied des Ausschusses übernimmt gemäß Geschäftsordnung dessen Vorsitz.

Bei der Überprüfung der Wahlverrichtungen vom 26. Mai 2019 nahm der Ausschuss einige technische Schwierigkeiten zur Kenntnis, die mit dem Erstellen bzw. Einlesen von USB-Sticks zusammenhingen. In den Wahlprotokollen fanden sich darüber hinaus keinerlei nennenswerte Eintragungen in Bezug auf etwaige Unregelmäßigkeiten oder Ordnungswidrigkeiten. Allgemein konnte der Ausschuss einige Inkohärenzen beim Ausfüllen der Wahlprotokolle der Wahlbüros feststellen, die vornehmlich auf die Formulierung der Wahlformulare zurückzuführen waren, die aber keine Auswirkungen auf das korrekte Wahlergebnis hatten. Diese Sicht wurde auch vom Sachverständigenkollegium für die automatisierte Wahl bestätigt.

Bei der Überprüfung der Gültigkeit der Wahlmandate ging aus den von den Gemeinden eingereichten Unterlagen hervor, dass die Mitglieder und Ersatzmitglieder die Wählbarkeitsbedingungen erfüllen – d.h. dass sie am Tag der Wahl Belgier, 18 Jahre alt und nicht vom Wählbarkeitsrecht ausgeschlossen sind sowie seit mindestens sechs Monaten in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde des deutschen Sprachgebietes eingetragen sind. Anhand der von den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern vorgelegten Erklärungen zu außerparlamentarischen Mandaten, Ämtern und Funktionen wurden auch etwaige Unvereinbarkeiten geprüft – d.h. ob ein Gewählter z. B. das Amt eines Bürgermeisters oder Richters

¹ Artikel 42 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

² Erlass der Regierung vom 29. August 2019 (Staatblatt vom 17. September 2019).

ausübt oder Mitglied eines Verwaltungsrats einer öffentlichen Einrichtung unter Aufsicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist. Dabei stellte der Ausschuss keine Unvereinbarkeiten fest.

Entsprechend empfahl der Ausschuss dem Plenum, die Wahl sowie die Wahlmandate der Mitglieder des Parlaments für gültig zu erklären. Das Plenum folgte dieser Empfehlung.

Nachrückende Ersatzmitglieder

Jedes Mal, wenn ein Ersatzmitglied nachrückt, wird die Gültigkeit des Wahlmandats aktuell überprüft. D.h., es wird in der Plenarsitzung, in der das neue Mitglied vereidigt werden soll, ein Ausschuss zur Prüfung der Wahlmandate durch Benennung je eines Fraktionsvertreters gebildet, die Plenarsitzung unterbrochen und die Gültigkeit des Mandats des nachrückenden Ersatzmitglieds anhand der oben beschriebenen Unterlagen und Erklärungen durch den Ausschuss geprüft. Dies war im Berichtszeitraum einmal der Fall. Es erfolgte wiederum eine Empfehlung des Ausschusses an das Plenum, das das Wahlmandat abschließend für gültig erklärte.

Verteidigung – und Einspruchsrechte

Jüngst wurde Belgien vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt (Verfahren Nr. 310/15, Muge-mangango vs. Belgien, Urteil vom 10. Juli 2020), da es nach Auffassung des Gerichtshofs im Verfahren zur Gültigkeitserklärung der Wahlen und der Wahlmandate keine ausreichende Berücksichtigung von Verteidigungs- und Einspruchsrechten vorsieht. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hatte nach den Wahlen von 2014 eine Resolution verabschiedet, in der es die Föderalen Kammern u. a. dazu auffordert, eine gerichtliche Berufungsinstanz für Einsprüche gegen die Entscheidungen der Parlamente bei Beschwerden zur Gültigkeitserklärung von Wahlverrichtungen und Mandaten der Parlamentsmitglieder einzusetzen und dem Verfassungsgerichtshof diese Zuständigkeit zu übertragen.

Eidesleistung

Nachdem der Wahlprüfungsausschuss die Gültigkeit der Wahlen und der Wahlmandate geprüft und dies dem Plenum entsprechend berichtet hatte, folgte die Eidesleistung der Abgeordneten des neu eingesetzten Parlaments.

Die gewählten Personen, die ihr Amt annahmen, legten vor Alterspräsident Karl-Heinz Lambertz ihren Eid „Ich schwöre, die Verfassung zu befolgen“ ab.

- LAMBERTZ Karl-Heinz
- ANTONIADIS Antonios
- BALTER Michael
- CREUTZ-VILVOYE Patricia
- FRANSEN Jérôme
- FRECHES Gregor
- GROMMES José
- HOUBEN-MEESSEN Sandra

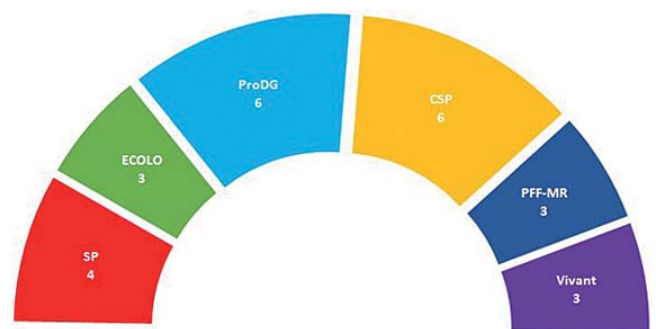
- HUPPERTZ Jolyn
- JERUSALEM Andreas
- KEVER Céline
- KLINKENBERG Lydia
- KRAFT Colin
- MERTES Alain
- MIESEN Alexander
- MOCKEL Freddy
- MOLLERS Harald
- NELLES Robert
- PAASCH Oliver
- SCHMITZ Petra
- SCHOLZEN Liesa
- STIEL Diana
- STOFFELS Edmund
- VOSS-WERDING Inga
- WEYKMANS Isabelle

Die Fraktionen

Im neu gewählten Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten.

Sitzverteilung:

Fraktion	Anzahl Sitze
CSP	6
ProDG	6
SP	4
PFF	3
VIVANT	3
ECOLO	3



Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Eine nicht anerkannte Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine anerkannte Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus. Alle Fraktionen der Legislaturperiode 2019-2024 sind anerkannte Fraktionen.

CSP-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48
info@csp.pdg.be
http://www.csp-dg.be/
Fraktionsvorsitzender: Colin Kraft
colin.kraft@pdg.be



ProDG-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56
info@prodg.pdg.be
http://www.prodg.be/
Fraktionsvorsitzender: Freddy Cremer
freddy.cremer@pdg.be



SP-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62
info@sp.pdg.be
http://www.sp-dg.be/
Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty
charles.servaty@pdg.be



VIVANT-Fraktion

3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74
info@vivant.pdg.be
http://www.vivant-ostbelgien.org/
Fraktionsvorsitzender: Michael Balter
michael.balter@pdg.be



ECOLO-Fraktion

3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78
info@ecolo.pdg.be
http://www.ecolodg.be/
Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel
freddy.mockel@pdg.be



PFF-Fraktion

3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1
4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68
info@pff.pdg.be
http://www.pff.be/
Fraktionsvorsitzender: Gregor Freches
gregor.freches@pdg.be



Das Präsidium

In seiner Sitzung vom 11. Juni 2019 einigte sich das geschäftsführende Präsidium darauf, die Zahl der Vizepräsidenten auf 2 und die Zahl der Sekretäre auf 6 festzulegen. Mit dem Präsidenten umfasst das Präsidium somit 9 Mitglieder.

In einem Urnengang wurde zuerst der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt. Auf den von den Mehrheitsfraktionen vorgeschlagenen Kandidaten, Karl-Heinz Lambertz (SP), entfiel dabei eine Stimme mehr als auf die von den Oppositionsparteien vorgeschlagene Kandidatin, Patricia Creutz-Vilvoye (CSP).

Die übrigen Mitglieder des Präsidiums wurden ohne Wahlgang bezeichnet, da die Anzahl der zu vergebenden Mandate der Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten entsprach.

Karl-Heinz Lambertz	Präsident des PDG
Patricia Creutz-Vilvoye	1. Vizepräsidentin
Lydia Klinkenberg	2. Vizepräsidentin
Petra Schmitz	1. Sekretärin
Robert Nelles	2. Sekretär
Alain Mertes	3. Sekretär
Freddy Mockel	4. Sekretär
Gregor Freches	5. Sekretär
José Grommes	6. Sekretär
Stephan Thomas	Greffier*

(*Von Amts wegen nimmt der Greffier des Parlaments an den Sitzungen teil)

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest. Es wird für die gesamte Dauer der Legislaturperiode gewählt.

Die Regierung

Erste Handlung des neu konstituierten Parlaments war die Wahl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seitens der Mitglieder der Fraktionen ProDG, SP und PFF wurde eine Liste von Kandidaten übermittelt, auf der Oliver Paasch (ProDG), Antonios Antoniadis (SP), Isabelle Weykmans (PFF) und Harald Mollers (ProDG) als Mitglieder der Regierung vorgeschlagen wurden.

Aufgrund von Artikel 49 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 und in Anwendung von Artikel 60 §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 gelten die Kandidaten für die Regierung, die auf einer einzigen, von der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Parlaments unterzeichneten Liste vorgeschlagen werden, als gewählt.

Die oben genannten Personen wurden somit bestätigt und leisteten ihren Eid nach der Formel: „Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes.“

Nachrückende und endgültige Zusammensetzung

Aufgrund von Artikel 10ter des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft hört ein Mitglied des Parlaments, das zum Mitglied der Regierung gewählt wurde, sofort auf zu tagen. Diese Maßnahme gilt bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Mandat als Minister endet. Aufgrund desselben Artikels wird dieses Parlamentsmitglied durch das erste Ersatzmitglied in der geltenden Reihenfolge der Liste, auf der es gewählt wurde, ersetzt. Da alle vier Regierungsmitglieder aus den Reihen des Parlaments kamen, rückten vier neue Abgeordnete nach.

Die vier **nachrückenden Mitglieder** sind Joseph Hilligsmann als erstes Ersatzmitglied der Liste 4/ProDG, Charles Servaty als erstes Ersatzmitglied der Liste 17/SP, Evelyn Jadin als erstes Ersatzmitglied der Liste 1/PFF und Freddy Cremer als zweites Ersatzmitglied der Liste 4/ProDG. Auch diese vier Personen leisteten ihren Eid und nahmen ihren Platz als Abgeordnete ein.

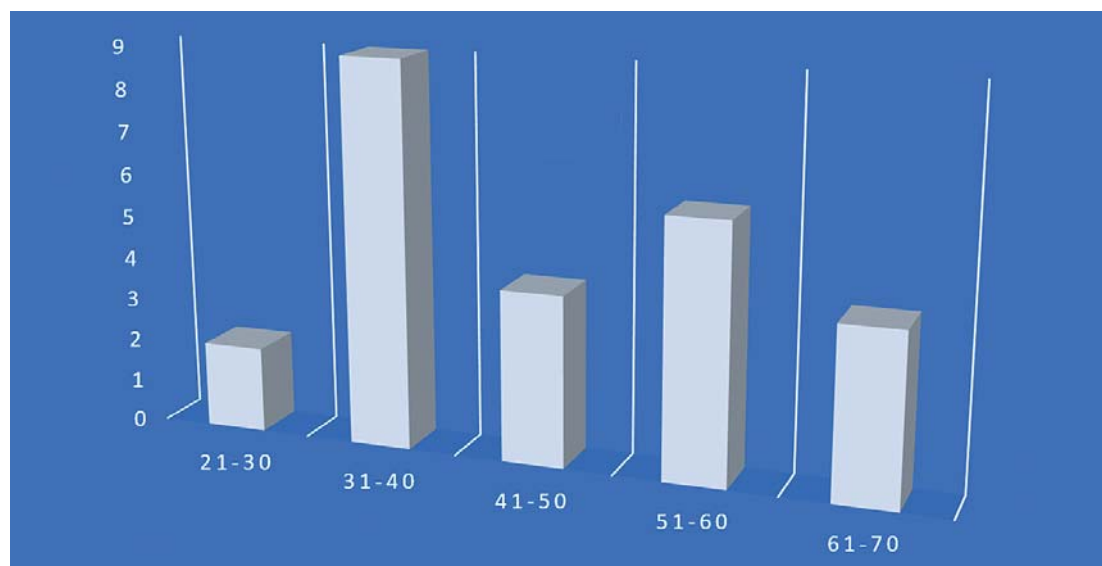
Somit stand die Zusammensetzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest und die Versammlung konnte ihre Arbeit aufnehmen.

(in alphabetischer Reihenfolge)

Name	Vorname	Fraktion	Funktion
Balter	Michael	VIVANT	Abgeordneter
Cremer	Freddy	ProDG	Abgeordneter

Creutz-Vilvoye	Patricia	CSP	1. Vizepräsidentin
Franssen	Jérôme	CSP	Abgeordneter
Freches	Gregor	PFF	5. Sekretär
Grommes	José	ProDG	6. Sekretär
Hilligsmann	Joseph	ProDG	Abgeordneter
Houben-Meessen	Sandra	CSP	Abgeordnete
Huppertz	Jolyn	CSP	Abgeordnete
Jadin	Evelyn	PFF	Abgeordnete
Jerusalem	Andreas	ECOLO	Abgeordneter
Kever	Céline	SP	Abgeordnete
Klinkenberg	Lydia	ProDG	2. Vizepräsidentin
Kraft	Colin	CSP	Abgeordneter
Lambertz	Karl-Heinz	SP	Präsident des PDG
Mertes	Alain	VIVANT	3. Sekretär
Miesen	Alexander	PFF	Gemeinschafts-senator
Mockel	Freddy	ECOLO	4. Sekretär
Nelles	Robert	CSP	2. Sekretär
Schmitz	Petra	ProDG	1. Sekretärin
Scholzen	Liesa	ProDG	Abgeordnete
Servaty	Charles	SP	Abgeordneter
Stiel	Diana	VIVANT	Abgeordnete
Stoffels	Edmund	SP	Abgeordneter
Voss-Werding	Inga	ECOLO	Abgeordnete

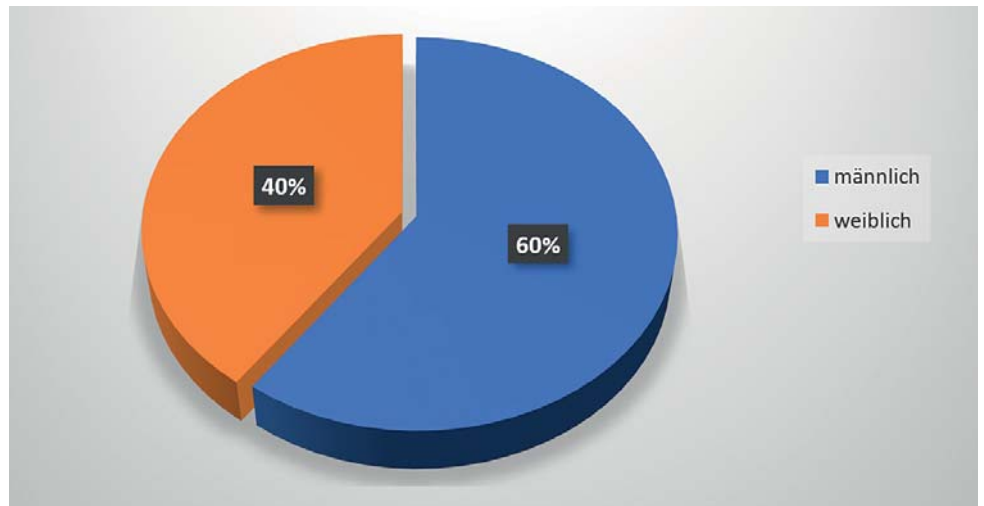
Altersprofil der Abgeordneten des Parlaments



Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in der Sitzungsperiode 2019 liegt bei 48.

Aufteilung nach Geschlecht

15 Männer und 10 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Der Gemeinschaftssenator

Seit 2014 werden 50 Senatoren durch die Parlamente der verschiedenen Gemeinschaften bezeichnet und 10 werden aufgrund der Wahlen in die Abgeordnetenkammer kooptiert.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt eines seiner Mitglieder zum Senator.

Im Namen der Mehrheitsfraktionen ProDG, SP und PFF wurde Alexander Miesen für dieses Amt vorgeschlagen. Da kein Gegenkandidat aufgestellt wurde, wurde er ohne geheimen Wahlgang bezeichnet.

Die Ausschüsse

Vier Ausschüsse werden auch in der Legislaturperiode 2019-2024 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen gestalten. Es sind dies:

- der Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, nachhaltige Entwicklung, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit;
- der Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung;
- der Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung;
- der Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie.

Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ wird seine Tätigkeit nur punktuell bei Bedarf aufnehmen.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde vom geschäftsführenden Präsidium festgehalten: ProDG erhält drei Sitze, die CSP zwei Sitze, die SP einen Sitz, VIVANT einen Sitz, ECOLO einen Sitz und die PFF ebenfalls einen Sitz in jedem Ausschuss.

Die Verteilung der Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung. Das Parlament hat folgende Mandatsverteilung vorgenommen: ProDG zwei Vorsitze, die CSP einen Vorsitz und einen stellvertretenden Vorsitz, die SP einen Vorsitz sowie VIVANT, ECOLO und die PFF je einen stellvertretenden Vorsitz. Über eine Anpassung des Verteilungsmodus kann im Rahmen der Fortsetzung der Diskussionen zur Parlamentsreform diskutiert werden.

In der Plenarsitzung vom 17. Juni 2019 wurde die Mandatsverteilung festgehalten:

- Ausschuss I: Vorsitzender: Karl-Heinz Lambertz (SP), stellvertretender Vorsitzender: Robert Nelles (CSP);
- Ausschuss II: Vorsitzende: Petra Schmitz (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Gregor Freches (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Andreas Jerusalem (ECOLO);
- Ausschuss IV: Vorsitzende: Jolyn Huppertz (CSP), stellvertretender Vorsitzender: Michael Balter (VIVANT).

Das erweiterte Präsidium

Nach Zusammenstellung der Ausschüsse und Bekanntgabe der Personen, die besondere Aufgaben übernehmen, steht nun auch die Zusammensetzung des erweiterten Präsidiums fest. Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen.

Das erweiterte Präsidium organisiert insbesondere die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören vor allem die Arbeitsplanung der Plenarsitzungen und die entsprechenden Tagesordnungen.

Dies bedeutet, dass zum Präsidium:

- Karl-Heinz Lambertz, Präsident des PDG und Ausschussvorsitzender
- Patricia Creutz-Vilvoye, 1. Vizepräsidentin
- Lydia Klinkenberg, 2. Vizepräsidentin
- Petra Schmitz, 1. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
- Robert Nelles, 2. Sekretär
- Alain Mertes, 3. Sekretär
- Freddy Mockel, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- Gregor Freches, 5. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- José Grommes, 6. Sekretär
- Stephan Thomas, Greffier (von Amts wegen nimmt der Greffier an den Sitzungen teil)

weitere Personen hinzuzuzählen sind:

- Liesa Scholzen, Ausschussvorsitzende
- Jolyn Huppertz, Ausschussvorsitzende
- Freddy Cremer, Fraktionsvorsitzender
- Colin Kraft, Fraktionsvorsitzender
- Charles Servaty, Fraktionsvorsitzender
- Michael Balter, Fraktionsvorsitzender

Vertretung des Parlaments in grenzüberschreitenden Gremien

Zum Abschluss der ersten und einzigen Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2019 bezeichneten die Mitglieder des Parlaments aus ihren Reihen Vertreter in verschiedenen Gremien.

So wurde Patricia Creutz-Vilvoye (CSP) als effektives Mitglied und Lydia Klinkenberg (ProDG) als Ersatzmitglied in den beratenden Interparlamentarischen Benelux-Rat, kurz Benelux-Parlament, berufen.

Im Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion (IPR) wird das Parlament von Karl-Heinz Lambertz (SP) und Lydia Klinkenberg (ProDG) vertreten. Ersatzmitglieder sind Patricia Creutz-Vilvoye (CSP) und Alexander Miesen (PFF).

Liese Scholzen (ProDG), Alexander Miesen (PFF), Sandra Houben-Meessen (CSP) und Charles Servaty (SP) wurden als Vertreter in der Versammlung des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit Euregio Maas-Rhein bestimmt.

Die beratenden Mandatare

Die beratenden Mandatare können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatare sind:³

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die im Wahldistrikt Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder;
- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Beratende Mandatare zu Beginn der Sitzungsperiode 2019

Katrin Jadin	PFF	Abgeordnetenversammlung
Anne Kelleter	ECOLO	Wallonisches Parlament
Christine Mauel	PFF	Wallonisches Parlament
Yves Derwahl	PFF	Provinzialrat Lüttich
Michel Neumann	ECOLO	Provinzialrat Lüttich
Alfred Ossemann	SP	Provinzialrat Lüttich
Jacques Schrobiltgen	CSP	Provinzialrat Lüttich
Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament

Ansprache des Parlamentspräsidenten vom 17. Juni 2019 zu Beginn der Legislaturperiode

Werte Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich mich für das Vertrauen bedanken, das mir die Mehrheit dieses Hauses soeben ausgesprochen hat.

Meine vorrangige Aufgabe als Parlamentspräsident sehe ich darin, die Rolle des Parlaments zu stärken, seine Handlungsmöglichkeiten auszubauen und den Kontakt zwischen dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Ostbelgiens zu vertiefen.

Ich möchte an dieser Stelle ein Wort des Dankes an meinen Vorgänger richten. Lieber Alexander, Du hast in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. An der Spitze unseres Hauses warst Du in vielfältiger Weise tätig und ich bin fest davon überzeugt, dass Du auch in Zukunft weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Gemeinschaftsautonomie sowie zur Vertretung unserer legitimen Interessen auf anderen Ebenen leisten wirst.

Kolleginnen und Kollegen, das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen vor großen Herausforderungen, die wir nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erfolgreich meistern können. Auch wenn wir als legislatives und als exekutives Organ der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen, haben wir ein gemeinsames Interesse daran, die Stellung und den Stellenwert unserer Gemeinschaft nach innen und nach außen zu festigen und weiter auszubauen.

Als Parlament können wir dazu einen zweckdienlichen Beitrag leisten, indem wir versuchen, die Parlamentsarbeit noch wirkungsvoller zu gestalten, uns mehr auf unsere eigentlichen Zuständigkeiten zu konzentrieren, den Ablauf der Plenarsitzungen attraktiver zu gestalten und über die Verbesserung der politischen Streitkultur in diesem Hause nachzudenken.

In diesem Zusammenhang stellt sich zudem die Frage, ob wir die Arbeit unserer Ausschüsse an gesellschaftspolitischen Themen, die in den letzten fünf Jahren interessante Ergebnisse geliefert hat und in der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft dokumentiert ist, in den kommenden Jahren fortsetzen wollen. Der zum Ende der vergangenen Legislaturperiode vom Parlament beschlossene permanente Bürgerdialog ist weit über die Grenzen unserer Heimat hinaus auf großes Interesse gestoßen. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die in diesen Bürgerdialog gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht werden. Wenn es uns gelingt, die Schlussfolgerungen und Ergebnisse der Bürgerversammlungen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Bürgerrat in die Entscheidungsfindung des Parlaments und der Regierung einfließen zu lassen, können wir der Demokratie in Ostbelgien neue wichtige Impulse geben.

³ Artikel 8 §4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

LEGISLATIVE ARBEIT

Bereits in der ersten Plenarsitzung wurden verschiedene Beschlüsse getroffen.

Verabschiedung	Dok.-Nr. u. Sitzungsperiode	Titel
17.06.2019	11 (2019)	Beschluss zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
17.06.2019	12 (2019)	Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
17.06.2019	13 (2019)	Beschluss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Wahl des Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft
17.06.2019	14 (2019)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Interparlamentarischen Versammlung Benelux für die Legislaturperiode 2019-2024
17.06.2019	15 (2019)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion für die Legislaturperiode 2019-2024
17.06.2019	16 (2019)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit der „Euregio Maas-Rhein“ für die Legislaturperiode 2019-2024

TÄTIGKEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Die erste Sitzungsperiode wird in der Regel dazu genutzt, die Ausschüsse zu installieren und deren Arbeitsweise festzulegen. Die Ausschüsse haben im September 2019 ihre Arbeit aufgenommen.

Bereits zum Ende der ersten Sitzungsperiode fanden Regierungskontrollsitzenungen statt und es wurden einige schriftliche Fragen an die Regierungsmitglieder gerichtet.

Mündliche Fragen

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
1	09.09.2019	G. Freches	PFF	Auswirkungen des Facharbeitermangels auf dringende Sanierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden	O. Paasch	AI	1
2	09.09.2019	F. Mockel	Ecolo	Belastung der Gemeindefinanzen durch die Pensionen von Beamten der lokalen Behörden	O. Paasch	AI	1
3	10.09.2019	G. Freches	PFF	Projekt "Wirtschaft macht Schule"	I. Weykmans	All	1
4	10.09.2019	C. Kraft	CSP	Verbesserung der Berufswahlvorbereitung durch Betriebspraktika für alle Schüler	I. Weykmans	All	1
5	10.09.2019	P. Schmitz	ProDG	Änderung der juristischen Form der Tourismusagentur Ostbelgien (TAO)	I. Weykmans	All	1
6	11.09.2019	J. Huppertz	CSP	Mangel an Allgemeinmedizinerinnen	A. Antoniadis	AIV	1
7	11.09.2019	G. Freches	PFF	Auszahlung des Kindergelds	A. Antoniadis	AIV	1
8	11.09.2019	J. Franssen	CSP	Nachricht über angebliche Turbulenzen in der Klinik St. Vith	A. Antoniadis	AIV	1
9	11.09.2019	I. Voss-Werding	Ecolo	Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	1

10	12.09.2019	G. Freches	PFF	Infrastrukturelle Entwicklung des Dienstes Kaleido Ostbelgien	H. Mollers	AIII	1
11	12.09.2019	C. Kraft	CSP	Hausaufgaben und Rahmenpläne	H. Mollers	AIII	1
12	12.09.2019	P. Schmitz	ProDG	Online-Umfrage zum Unterrichtswesen	H. Mollers	AIII	1
13	12.09.2019	C. Servaty	SP	Schwimmkompetenzen ostbelgischer Schüler	H. Mollers	AIII	1

Schriftliche Fragen

Frage Nr.*	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
1	19.06.2019	M. Balter	Vivant	Langzeitkranke	A. Antoniadis	19.07.2019	1
2	21.06.2019	M. Balter	Vivant	Wachsende Armut	A. Antoniadis	19.07.2019	1
3	21.06.2019	M. Balter	Vivant	Zahlungsmoral junger Belgier	A. Antoniadis	25.07.2019	1
4	26.06.2019	M. Balter	Vivant	Alkoholkonsum von Jugendlichen	A. Antoniadis	09.07.2019	1
5	02.07.2019	M. Balter	Vivant	Thema "Sonne, Hautkrebs und Vitamin D"	A. Antoniadis	26.08.2019	1
6	31.07.2019	J. Franssen	CSP	Armutsbekämpfung - Zuwendung der ÖSHZ an Altenheimbewohner	A. Antoniadis	03.09.2019	1
7	06.09.2019	J. Franssen	CSP	Übernahme von Kabinettsmitarbeitern in den öffentlichen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in den Personalstamm von Einrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst werden	O. Paasch	09.10.2019	1

BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2019-2020

GREMIEN DES PARLAMENTS

Die Abgeordneten – Entwicklung

Bereits zu Beginn der Sitzungsperiode 2019-2020 wurde die Zusammensetzung des Parlaments personell verändert. Edmund Stoffels (SP) gab am 10. September seinen Sitz auf. Für ihn rückte Patrick Spies nach. Er wurde am 16. September 2019 in der ersten Plenarsitzung der Sitzungsperiode als neuer Abgeordneter vereidigt.

Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

(in alphabetischer Reihenfolge)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	Abgeordneter
Freddy	Cremer	ProDG	Abgeordneter
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	1. Vizepräsidentin
Jérôme	Franssen	CSP	Abgeordneter
Gregor	Freches	PFF	5. Sekretär
José	Grommes	ProDG	6. Sekretär
Joseph	Hilligsmann	ProDG	Abgeordneter
Sandra	Houben-Meessen	CSP	Abgeordnete
Jolyn	Huppertz	CSP	Abgeordnete
Evelyn	Jadin	PFF	Abgeordnete
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Céline	Kever	SP	Abgeordnete
Lydia	Klinkenberg	ProDG	2. Vizepräsidentin
Colin	Kraft	CSP	Abgeordneter
Karl-Heinz	Lambertz	SP	Präsident des PDG
Alain	Mertes	VIVANT	3. Sekretär
Alexander	Miesen	PFF	Gemeinschafts-senator
Freddy	Mockel	ECOLO	4. Sekretär
Robert	Nelles	CSP	2. Sekretär
Petra	Schmitz	ProDG	1. Sekretärin
Liesa	Scholzen	ProDG	Abgeordnete

Charles	Servaty	SP	Abgeordneter
Patrick	Spies	SP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Inga	Voss-Werding	ECOLO	Abgeordnete

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt nun bei 44 Jahren.

Die Aufteilung zwischen den Geschlechtern bleibt weiterhin bei 15 Männern und 10 Frauen.



Eidesleistung Patrick Spies

Die beratenden Mandatare – Entwicklung

Eine zeitlich begrenzte personelle Änderung gab es im Herbst 2019 bei den Provinzialabgeordneten. Yves Derwahl (PFF) legte sein Mandat aus Krankheitsgründen für einen gewissen Zeitraum nieder und wurde durch Daniel Müller ersetzt. Dieser nahm dann auch ab dem 21.11.2019 bis zum 30.04.2020 das Mandat als beratender Mandatar im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahr.

Beratende Mandatare im Parlament

Katrin Jadin	PFF	Abgeordnetenversammlung
Anne Kelleter	ECOLO	Wallonisches Parlament
Christine Mauel	PFF	Wallonisches Parlament
Yves Derwahl	PFF	Provinzialrat Lüttich mit Unterbrechung vom 21.11.2019 bis zum 30.04.2020
Daniel Müller	PFF	Provinzialrat Lüttich zwischen 21.11.2019 und 30.04.2020
Michel Neumann	ECOLO	Provinzialrat Lüttich
Alfred Ossemann	SP	Provinzialrat Lüttich
Jacques Schrobiltgen	CSP	Provinzialrat Lüttich
Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament



Daniel Müller während der Plenarsitzung am 27. April 2020

Die Fraktionen

Die Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich in sechs Fraktionen zusammengeschlossen, um ihre politischen Ziele und Interessen zu verfolgen. Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeiten in der Legislaturperiode 2019-2024 sechs anerkannte Fraktionen.

Die Fraktionssekretariate unterstützen die Abgeordneten. Sie sind im Parlamentsgebäude angesiedelt.

Die Abgeordneten nach Fraktion



Patricia Creutz-Vilvoye



Jérôme Franssen



Sandra Houben-Meesen



Jolyn Huppertz



Colin Kraft



Robert Nelles



Andreas Jerusalem



Freddy Mockel



Inga Voss-Werding



Gregor Freches



Evelyn Jadin



Alexander Miesen



Freddy Cremer



José Grommes



Joseph Hilligsmann



Lydia Klinkenberg



Petra Schmitz



Liesa Scholzen



Céline Kever



Karl-Heinz Lambertz



Charles Servaty



Patrick Spies



Michael Balter



Alain Mertes



Diana Stiel

Das Präsidium

Das Präsidium regelt die administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments und seiner Organe. Es ernennt das Personal der Verwaltung und gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird einmal pro Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt. Dies gilt auch für die Abgeordneten, die Präsidiumsmitglieder ersetzen, die vorzeitig ausscheiden.

An den Sitzungen des Präsidiums können auch weitere Personen teilnehmen, wenn ihre Anwesenheit für die Entscheidung notwendig ist. Der Parlamentspräsident spricht die Einladung aus.

In den Sitzungsperioden 2019 und 2019-2020 tagte das Präsidium des Parlaments 17-mal. Die Sitzungen des Präsidiums werden aus praktischen Gründen in der Regel mit den Sitzungen des erweiterten Präsidiums zusammengelegt, da die Vorbereitungen der anstehenden Plenarsitzung immer auch auf der Tagesordnung stehen.

Präsidiumssitzungen: 09.09.2019 (Sitzungsperiode 2019), 07.10., 14.10., 18.11., 02.12., 23.12., 13.01.2020, 10.02., 16.03., 30.03., 20.04., 15.06., 29.06., 13.07., 20.07., 31.08., 14.09.2020 (Sitzungsperiode 2019-2020)

- Karl-Heinz Lambertz, Präsident des PDG
- Patricia Creutz-Vilvoye, 1. Vizepräsidentin
- Lydia Klinkenberg, 2. Vizepräsidentin
- Petra Schmitz, 1. Sekretärin
- Robert Nelles, 2. Sekretär
- Alain Mertes, 3. Sekretär
- Freddy Mockel, 4. Sekretär
- Gregor Freches, 5. Sekretär
- José Grommes, 6. Sekretär
- Stephan Thomas, Greffier
(nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil)

Das erweiterte Präsidium

Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen. Darüber hinaus werden auch Studien- und Informationsreisen im erweiterten Präsidium besprochen und genehmigt.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch die Regierung teilnehmen.



V.l.n.r.: Stephan Thomas, Alain Mertes, Freddy Mockel, Robert Nelles, Karl-Heinz Lambertz, Patricia Creutz-Vilvoye, José Grommes, Lydia Klinkenberg, Gregor Freches und Petra Schmitz

Das erweiterte Präsidium, das wie bereits erwähnt in der gleichen Sitzung wie das Präsidium zusammentritt, versammelte sich in den Sitzungsperioden 2019 sowie 2019-2020 17-mal.

- Karl-Heinz Lambertz, Präsident des PDG und Ausschussvorsitzender
- Patricia Creutz-Vilvoye, 1. Vizepräsidentin
- Lydia Klinkenberg, 2. Vizepräsidentin
- Petra Schmitz, 1. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
- Robert Nelles, 2. Sekretär
- Alain Mertes, 3. Sekretär
- Freddy Mockel, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- Gregor Freches, 5. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- José Grommes, 6. Sekretär
- Liesa Scholzen, Ausschussvorsitzende
- Jolyn Huppertz, Ausschussvorsitzende
- Freddy Cremer, Fraktionsvorsitzender
- Colin Kraft, Fraktionsvorsitzender
- Charles Servaty, Fraktionsvorsitzender
- Michael Balter, Fraktionsvorsitzender
- Stephan Thomas, Greffier
(nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil)

Der Parlamentspräsident

Der Präsident des Parlaments leitet die Aktivitäten des Parlaments. Im Gegensatz zu den Mandaten der übrigen Abgeordneten (mit Ausnahme des Senators) ist das Mandat des Parlamentspräsidenten ein Vollzeitmandat. Seine Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.

„Artikel 32 – Aufgaben des Präsidenten

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe. Er

- leitet die Sitzung bei Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- eröffnet, schließt oder unterbricht die Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet die Ordnung und erteilt das Wort während der Aussprachen in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- formuliert die Punkte, über die in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien ein Beschluss gefasst werden muss, und verkündet das Abstimmungsergebnis,
- unterzeichnet jeden Beschluss der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet die Ausführung der Beschlüsse der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- überwacht die Einhaltung der Geschäftsordnung und der Beschlüsse der Plenarversammlungen, erweiterten Präsidien und Präsidien,



Der Parlamentspräsident während einer Plenarsitzung

- nimmt alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit, insofern dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Parlamentsorgans fällt,
- bringt der Plenarversammlung alle eingegangenen Mitteilungen, Briefe und sonstigen Dokumente zur Kenntnis, mit Ausnahme der anonymen und beleidigenden Schreiben,
- leitet alle Dokumente und Informationen an die Parlamentsorgane weiter, insofern diese in deren Zuständigkeitsbereich fallen,
- vertritt das Parlament nach außen.“

Die sichtbarste Aufgabe des Parlamentspräsidenten ist die Leitung von Sitzungen. So leitet er die Plenarsitzung, in der er den geregelten Ablauf sichert, den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und gemeinsam mit der Ersten Sekretärin des Präsidiums die Abstimmungen durchführt. Der Parlamentspräsident ist ebenfalls Vorsitzender des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V. Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant er in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert er Sachverständige und fördert die Meinungsbildung. Der Parlamentspräsident ist auch Vorsitzender der Jury zum Preis des Parlaments.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in Kapitel 4 näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Netzwerken. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert, gemeinsame Standpunkte erarbeitet sowie bestehende oder zukünftige Kooperationen besprochen.

Als protokollarisch höchster Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt der Parlamentspräsident diesbezügliche Aufgaben wahr. Er repräsentiert die

Deutschsprachige Gemeinschaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.

Neben diesen formellen und repräsentativen Aufgaben besteht ein erheblicher Teil der hauptamtlichen Tätigkeit des Präsidenten darin, in ständigem Austausch mit den Mitgliedern und Mitarbeitern die tagtägliche Arbeit des Parlamentes zu begleiten und in ihrer politischen Dimension zu koordinieren. Dabei spielen die regelmäßigen Absprachen mit den Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden sowie mit dem Greffier und den Dienstleitern der Parlamentsverwaltung eine wichtige Rolle.

Die Aufarbeitung des Koordinationsbedarfes zwischen Regierung und Parlament gehört ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern des Präsidenten. Darüber hinaus ist er regelmäßig Ansprechpartner für Besuchergruppen, denen er die Bedeutung der Gemeinschaftsautonomie als Bestandteil des belgischen Bundesstaatsmodells im Allgemeinen sowie die Aufgabe und Arbeitsweise des Parlamentes im Besonderen erläutert.

Der Parlamentspräsident hat die Polizeigewalt im Parlament inne:

„Art. 9 – Polizeigewalt im Parlament und Ordnungsmaßnahmen

§1 – Die Polizeigewalt im Parlament wird vom Präsidenten oder in dessen Auftrag vom Vorsitzenden des jeweiligen Parlamentsorgans ausgeübt, der die notwendigen Anweisungen zur Beachtung derselben erteilt.“

In der Plenarsitzung vom 17. Juni 2019 wählten die Abgeordneten aus ihren Reihen Karl-Heinz Lambertz zum Parlamentspräsidenten. Er trat somit eine zweite Amtszeit an, da er dieses Mandat bereits im Zeitraum 2014-2016 ausübte.

Darüber hinaus vertritt Karl-Heinz Lambertz im Auftrag der Regierung die Deutschsprachige Gemeinschaft im Europäischen Ausschuss der Region bei der EU sowie im Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat. Außerdem gehört er als Vertreter aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Verwaltungsrat der König Baudouin Stiftung an.



Die Parlamentsverwaltung

VERWALTUNGSSTRUKTUR

Eine Verwaltung, aufgeteilt in vier Dienste, begleitet die parlamentarische Arbeit. 43 Personen sorgen dafür, dass alle Tätigkeiten des Parlaments durchgeführt werden können. Sie kümmern sich um die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, prüfen, beraten und begleiten, sorgen für die technischen Einrichtungen und den Unterhalt im und um das Gebäude.

Die Mitarbeiter antworten auf Nachfragen, betreuen den Bürgerdialog, führen Besuchergruppen und erarbeiten Programme der politischen Bildung.

Die Verwaltung steht unter Leitung des Greffiers.

Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Mitarbeiter pro Stufe	Anzahl Vollzeitäquivalenz
Stufe 1	13,60
Stufe 2+	6,70
Stufe 2	11,30
Stufe 3	6,50
TOTAL	38,10

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	25
Vertraglich	17
Senat	1
TOTAL	43

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	12
Weiblich	31
TOTAL	43

(Stand 06/2020)

Neben den Mitarbeitern der Verwaltung müssen zwei weitere Personen hinzugerechnet werden, der Referent des Parlamentspräsidenten sowie der Referent des Gemeinschaftssenators. Bei Stellen sind in der Stufe I angesiedelt.

2019-2020 wurden drei Personen pensioniert. Neben Rolf Herpens, der die Parlamentsverwaltung schon seit 1986 als Hausmeister betreute, wurden in der Druckerei des Parlaments Corneille Hilligsmann und Willy Grosch verabschiedet.

Parallel dazu wurden vier neue Mitarbeiter eingestellt: eine Ständige Sekretärin zur Betreuung des Bürgerdialogs, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Unterstützung des Dienstes Ausschussbetreuung, ein neuer Hausmeister und eine Mediengestalterin.

DER HAUSHALT DES PARLAMENTS

Der Haushalt des Parlaments 2020 umfasst rund 7,5 Millionen Euro. Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft. Weitere Einnahmen werden durch Rückzahlungen oder die Nutzerbeiträge von Mietern von Räumen erwartet.

A. Einnahmen:

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	7.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	3.000
		26.10	Erhaltene Zinsen	0
		38.30	Erstattungen durch Versicherungsgesellschaften	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	6.274.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.228.000
TOTAL				7.512.000

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog sowie die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft.

B. Ausgaben:

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	2.315.000
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	25.000
		11.20	Soziallasten	355.000
		11.31	Sozialfonds	42.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	42.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.882.000
		12.21	Allgemeine Kosten zugunsten öffentlicher Verwaltungen	43.000
		21.60	Zinsen	389.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen + Ombudsdienst	1.521.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	49.000
		74.22	Vermögensankauf	59.000
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	790.000
		TOTAL		

ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Gemäß Artikel 58 der Geschäftsordnung werden die Regelungen zur Benutzung von Parlamentsarchiv und Parlamentsbibliothek in eigenen Verordnungen ausgeführt.

Die Archivordnung regelt die Angelegenheiten des Archivs und umfasst Bestimmungen zu:

- Zielsetzung und Aufgaben des Archivs,
- Aufnahme, Verwahrung und Sicherung von Archivgut,
- Vernichtung von nicht archivwürdigen Unterlagen,
- Nutzung und Weiterverwendung von Archivgut,
- Umgang mit Persönlichkeits-, Urheber- und Datenschutzrechten.

Die Nutzung der Parlamentsbibliothek und die damit einhergehenden Pflichten werden in einer Benutzungsordnung geregelt.

Am 16. März 2020 hat das Präsidium erstmals eine Archivordnung verabschiedet und zudem die Bibliotheksordnung in ihrer Fassung vom 1. März 2014 abgeändert.

Beide Regeltexte sowie weiterführende Informationen und den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite <http://bibliothek.pdg.be>.

DIGITALES PARLAMENT

Das Präsidium des Parlaments beauftragte die Parlamentsverwaltung am Ende der Legislaturperiode 2014-2019, Maßnahmen zur Reduzierung des Papierverbrauchs umzusetzen und bis zum Ende der Legislaturperiode die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine kundenfreundliche digitale Verfügbarkeit aller Parlamentsveröffentlichungen (Ausführlicher Bericht, Bulletin der Interpellationen und Fragen, nummerierte Dokumente, Presseschau, Institutionen-News, Einladung,

Stand der Arbeiten) sowie Einzelpublikationen (z. B. Rechtsgrundlagen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Geschäftsordnung, Sammlung der internen Beschlüsse usw.) zu schaffen.

Darüber hinaus beschloss das Präsidium, dass ab Beginn der Legislaturperiode 2019-2024 alle Dokumententypen nur noch digital verfügbar sind bzw. Papierfassungen nur noch auf ausdrückliche Anfrage zugesandt werden. Zur Umsetzung des Projekts wurde auf der Grundlage der Office365-Produkte eine entsprechende digitale Infrastruktur eingerichtet.

Die Abgeordneten erhalten seither alle zweckdienlichen Informationen und die gesamte Dokumentation in Bezug auf ihr Mandat oder in Bezug auf ihre Arbeit in einem Parlamentsgremium auf digitalen Arbeitsplattformen, sharepoints. Ausdrücke sind explizit zu beantragen und bilden die Ausnahme.

Externen Abonnenten von Parlamentsdokumenten wurde mitgeteilt, dass die Versendung in Papierform ab dem 23. September 2019 eingestellt werde. Für externe Nutzer stehen öffentliche Parlamentsdokumente digital auf der Website des Parlaments zur Verfügung.

Eine erste Auswertung der ergriffenen Maßnahmen zur Einführung des „digitalen Parlaments“ steht zu Beginn der Sitzungsperiode 2020-2021 an.

Die Ombudsfrau

Der Ombudsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft vermittelt kostenlos bei Schwierigkeiten mit einer Verwaltung oder einer Einrichtung. Dabei muss es sich um eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffene Behörde, z. B. das Ministerium, das Arbeitsamt oder die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben, handeln. Jeder kann sich an den Ombudsdienst wenden: ein Bürger, ein Unternehmer oder eine Vereinigung. Es kann auch eine lokale Behörde, wie eine Gemeinde oder ein Öffentliches Sozialhilfzentrum, mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein. Wenn eine Einrichtung seitens der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Auftrag im öffentlichen Interesse erhalten hat, z. B. das Führen einer Kinderkrippe, die Leitung einer Schule oder eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, und Konflikte auftauchen, kann man sich ebenfalls an den Ombudsdienst wenden. Wichtig ist, dass der Ombudsdienst erst in zweiter Instanz interveniert, wenn die Bemühungen des Betroffenen erfolglos waren.

Neben der klassischen Vermittlungstätigkeit kann die Ombudsfrau, Frau Marlene Hardt, im Auftrag des Präsidiums des Parlaments Nachforschungen anstellen. Sie begleitet Personen oder Unternehmen, die prüfen wollen, ob ihr Recht, mit einer Behörde oder einem Unternehmen in ihrer Sprache zu kommunizieren, respektiert wird. Auch Personalmitglieder, die aufgrund der Meldung eines Missstandes innerhalb der eigenen Behörde eine nachteilige Behandlung erfahren, können sich an den Ombudsdienst wenden. Einen weiteren Aufgabenbe-



reich stellt die elektronische Kommunikation der Behörden dar. Websites und mobile Anwendungen der Behörden sollen barrierefrei sein. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, ein diesbezügliches Feedback abzugeben. Wenn er mit der Antwort der Behörde unzufrieden ist, kann er sich an die Ombudsfrau wenden. Gleichzeitig kann die Ombudsfrau auf Anfrage der Behörde prüfen, ob die Anforderungen in Zusammenhang mit der Barrierefreiheit eine unzumutbare Belastung für die Behörde darstellen.

2019 erhielt die Ombudsfrau insgesamt 311 Anfragen (Beschwerden, Hinweise oder Informationsanfragen). Dies stellt eine Steigerung von 13% im Vergleich zum Vorjahr dar. Knapp die Hälfte der Anfragen (145 Anfragen bzw. 46%) betrafen Themen, für die der Ombudsdienst nicht zuständig ist. Man stellt fest: Der Bürger ist angesichts der Komplexität des belgischen Staates verloren. Der Ombudsdienst erteilt Informationen zur korrekten Anlaufstelle oder leitet im Fall einer Beschwerde diese an die zuständige Einrichtung weiter. 15% der Anfragen (47 Anfragen) bezogen sich auf Beschwerden in Zusammenhang mit der Sprachengesetzgebung. 38% der Anfragen (119 Anfragen) betrafen die ureigene Zuständigkeit des Vermittelns zwischen einem Bürger und den hiesigen Behörden. Hier fällt auf, dass sich die meisten Beschwerden auf die lokalen Behörden beziehen. Einige Personen meldeten sich in Zusammenhang mit der seit dem 1. Januar 2019 übernommenen Zuständigkeit der Auszahlung von Familienleistungen. Auffallend ist, dass 2019 kein Personalmitglied eine Beschwerde einreichte, die in Zusammenhang mit der Meldung eines Missstandes innerhalb der Behörde stand.

Im Laufe der ersten sechs Monate 2020 stieg die Zahl der eingereichten Anfragen erneut um 10% auf 178 Anfragen (161 im Vorjahr). Mit der Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung, Wohnungswesen und Energieprämie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft am 1. Januar 2020 erweitert sich automatisch das Arbeitsfeld des Ombudsdienstes.

Der Ombudsdienst ist wie folgt besetzt: Die Ombudsfrau arbeitet durchschnittlich 30,4 Stunden pro Woche. Sie wird im Bereich Sekretariat 10 Stunden pro Woche von einer freischaffenden Person unterstützt.

Sonderauftrag

Über ihre grundsätzliche Aufgabe hinaus kann die Ombudsfrau auch mit Sonderaufträgen des Parlaments betraut werden. So erhielt sie am 20. Juli 2020 vor dem Hintergrund öffentlich formulierter Behauptungen und Vorwürfen in Bezug auf die Organisation und die Leitung der von der Interkommunalen Vivias verwalteten Wohn- und Pflegeheime sowie in Bezug auf die Qualität

der dort erbrachten Dienstleistungen folgenden Auftrag:

„Die Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird damit beauftragt, eine Bestandsaufnahme der Behauptungen und Vorwürfe in Bezug auf die Organisation, die Leitung und die Dienstleistungen der von der Interkommunalen Vivias geführten Wohn- und Pflegeheime vorzunehmen und deren Stichhaltigkeit zu überprüfen. Zu diesem Zweck kann sie insbesondere Ge-

spräche mit derzeitigen und ehemaligen Personalmitgliedern, mit der Direktion und dem Träger der Heime sowie mit derzeitigen und ehemaligen Bewohnern der Heime und ihren Angehörigen führen.

Die Ombudsfrau legt dem Präsidium spätestens bis zum 31. Oktober 2020 einen Bericht vor, der über die im Rahmen der in Absatz 1 gemachten Feststellungen und Erkenntnisse informiert und gegebenenfalls diesbezügliche Empfehlungen enthält.“

AUFGABEN DES PARLAMENTS

Zuständigkeitsbereiche

Im Zuge der sechsten Staatsreform sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Außerdem übertrug die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden, Tourismus, Wohnungswesen, Raumordnung und Energie.

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und nebenschulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst insbesondere:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachgebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (long term care),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,

der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik, einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik, einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik, einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz, einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung, der erste juristische Beistand,

die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung

und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist und

die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, d. h. die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wird per Dekret vollzogen. Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999)
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (durch Rückübertragung nach der sechsten Staatsreform im Jahr 2014)

In der Sitzungsperiode 2018-2019 wurden weitere regionale Zuständigkeiten übertragen:

- Raumordnung (Dekret vom 29. April 2019 – Dokument 289 / Wallonisches Dekret vom 6. Mai 2019)
- Wohnungswesen (Dekret vom 29. April 2019 – Dokument 290 / Wallonisches Dekret vom 2. Mai 2019)
- Energie (Dekret vom 29. April 2019 – Dokument 291 / Wallonische Dekret vom 6. Mai 2019)

Verwaltungsbeschlüsse und Artikulieren von politischen Meinungen

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.



Tätigkeit in den Ausschüssen

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, nachhaltige Entwicklung, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit

Mitglieder

Vorsitzender: Karl-Heinz LAMBERTZ (SP)

Vizevorsitzender: Robert NELLES (CSP)

Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Joseph HILLIGSMANN Petra SCHMITZ bis 31.08.2020 Liesa SCHOLZEN ab 01. 09.2020	Für ProDG: José GROMMES Lydia KLINKENBERG Liesa SCHOLZEN bis 31.08.2020 Petra SCHMITZ ab 01.09. 2020	
Für die CSP: Jérôme FRANSSSEN Robert NELLES	Für die CSP: Jolyn HUPPERTZ Colin KRAFT	Für die CSP: Pascal ARIMONT
Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Charles SERVATY	
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Anne KELLETER
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Alexander MIESEN	Für die PFF: Katrin JADIN Christine MAUEL Yves DERWAHL (mit Ausnahme vom 21.11.2019 bis 30.04.2020) Daniel MÜLLER (vom 21.11.2019 bis 30.04.2020 als Ersatz Y. Derwahl)

Mit der neuen Legislatur wurden die Zuständigkeiten des Ausschusses um die Politikbereiche der lokalen Behörden, der Raumordnung und der nachhaltigen Entwicklung erweitert.

Die Raumordnung war dann auch gleich ein wichtiges Thema, denn der Übergang dieser Zuständigkeit von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft zum 1. Januar 2020 musste gesetzgeberisch gestaltet werden. Dies erfolgte mit dem Programmdekret, das die erforderlichen Anpassungen von Bestimmungen des wallonischen Raumordnungsgesetzbuches sowie von zuständigen Diensten vornahm, damit z. B. Anträge nahtlos weiterbearbeitet werden konnten. Auch das Zusammenspiel mit weiteren Zuständigkeiten der Wallonischen Region, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch nicht übertragen wurden – Umwelt, Landwirtschaft, Wirtschaft –, musste geregelt werden, weshalb die Beratung über ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen Region und Gemeinschaft, das gleichzeitig zur Übertragung der Raumordnungszuständigkeit in Kraft trat, ebenfalls von größter Bedeutung war. Zu Beginn

der kommenden Sitzungsperiode hat die Regierung eine Orientierungsnote angekündigt, nach deren Diskussion im Ausschuss der Fahrplan für weitere Arbeiten zur Gestaltung der Raumordnung festgelegt wird.

Auch die nachhaltige Entwicklung spielte eine gewichtige Rolle im Ausschuss. Auslöser war die Vorlage eines Vorschlags, der in die Resolution zur Klima-Dringlichkeitserklärung mündete. Gerade vor dem Hintergrund der immer raumgreifenderen COVID-19-Krise war es dem Ausschuss wichtig, den drängenden Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz deutlich zu machen und in Verbindung mit anstehenden Wirtschaftshilfen zu bringen. In diesem Rahmen thematisierte der Ausschuss nicht nur das REK-Projekt „Klima schützen“ und den integrierten Energie- und Klimaplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern auch den europäischen „Green Deal“ und die Beschlüsse der UN-Klimakonferenzen – der sogenannten COP. Dies geschah auch im Rahmen des interparlamentarischen Klimadialogs. Der in der vorigen Legislaturperiode begonnene regelmäßige Austausch der für die Klimapolitik zuständigen Parlamente



Belgiens wurde Anfang des Jahres 2020 wieder aufgenommen. Darüber hinaus setzte sich der Ausschuss mit Hilfe von Sachverständigen mit Plänen für ein die Gebiete der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffendes Atommüllendlager auseinander und verfasste eine Resolution, um sich dem entgegenzustellen.

Das Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bildete einen weiteren Schwerpunkt. Anknüpfend an die 2018-2019 zu einer Dekretinitiative erfolgten Anhörungen der Ombudsfrau, betroffener Behörden und Einrichtungen beugte sich der Ausschuss eingehend über die dort aufgeworfenen Fragen und arbeitete an einem neuen Textvorschlag. Anhörungen zu diesem neuen Vorschlag wurden jedoch aufgrund der Hygienevorschriften infolge der COVID-19-Pandemie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die Entwicklung des belgischen Staatsgefüges und der damit verbundenen Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleibt ebenso im Blickfeld des Ausschusses, ist derzeit aber on hold, da eine Staatsreform von föderalen Initiativen abhängt – und die sind bis zur Bildung einer definitiven Föderalregierung und der Überwindung der drängendsten Folgen der Corona-Krise nicht zu erwarten. Konkrete Verhandlungen mit der Wallonischen Region zur Übertragung neuer Zuständigkeiten im Ausführung von Artikel 139 der Verfassung stehen zurzeit nicht an.

Schließlich war die Federführung bei den Haushaltsberatungen ein wiederkehrender, fester Bestandteil der Ausschussarbeiten. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise wurde auch die erste Haushaltsanpassung des Jahres 2020 ausführlich diskutiert und wurden die Auswirkungen auf die Investitionskapazität der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einer ersten Einschätzung skizziert. Diese Problematik wird die finanzpolitischen Arbeiten des Ausschusses sicherlich in der neuen Sitzungsperiode begleiten.

Sein gesellschaftspolitisches Thema hat der Ausschuss unter die Überschrift „Demokratieverständnis und -entwicklung“ gestellt, vor dem Hintergrund mit dem 50-jährigen Jubiläum des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2023. Weitere Arbeiten des Ausschusses im Berichtszeitraum sind an den hierunter aufgelisteten Tätigkeiten ablesbar.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, nachhaltige Entwicklung, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2019-2020

Haushaltsdekrete und Finanzen

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-3-HH2018 (2019-2020)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 6-HH2018 (2019-2020)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-2-HH2019 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 4-HH2020 (2019-2020)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 5-1-HH2020 (2019-2020)

Eckdaten des Haushaltsjahres 2020 der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Investitionskapazität der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Weitere Dekretinitiativen

Dekretentwurf über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union – Dokument 28 (2019-2020)

Programmdekretvorschlag 2019 – Dokument 29 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Dezember 2019 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemein-schaft im Bereich der Raumordnung und gewisser ver-bundener Bereiche – Dokument 35 (2019-2020)

Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Ge-meinschaft

Resolutionen

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschspra-chigen Gemeinschaft bezüglich der Klimanotstanderklä-rung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Doku-ment 46 (2019-2020)

Der Titel des angenommenen Dokuments lautet anders: Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschspra-chigen Gemeinschaft, an die Europäische Kommission, an die Föderalregierung, an die Regierung der Walloni-schen Region und an die Gemeinden der Deutschspra-chigen Gemeinschaft bezüglich der Klimaschutz-Dring-lichkeitserklärung

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschspra-chigen Gemeinschaft über das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Merco-sur-Staaten – Dokument 55 (2019-2020)

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschspra-chigen Gemeinschaft und an die föderale Regierung Bel-giens bezüglich der Pläne hinsichtlich der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll – Dokument 76 (2019-2020)

Der Titel des angenommenen Dokuments lautet anders: Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüg-lich der Endlagerung atomarer Abfälle auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in seiner direk-ten Nähe

Gutachten

Anfrage auf Abgabe eines Gutachtens zum Gesetzesvor-schlag zur Abänderung des Artikels 14bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was den gleichzei-tigen Bezug öffentlicher Entschädigungen betrifft (Dok. Sen. 7-153/1) – Dokument 81 (2019-2020)

Berichte

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Auf-forderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutio-nen sowie durch bestehende dekretale Berichterstat-tungsaufträge – Dokument 36 (2019-2020)

Bericht über die Anwendung des Dekretes vom 3. Mai 2004 über die ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 40 (2019-2020)

Jahresbericht der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 79 (2019-2020) Nr. 1

Bericht der Regierung zum Sachstand in Bezug auf die Coronavirus-Epidemie



Der Ausschuss II
besucht dem BRF am 29.10.2019

Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Jahresbericht 2019 – Dokument 94 (2019-2020)

Außenbeziehungen

Besuch einer Delegation aus Bosnien-Herzegowina am 19. Februar 2020 (Senat, Brüssel)

Workshop im Rahmen des EU-Forschungsprojekts REGIOPARL am 2. März 2020

Sonstige Themen

Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte VoG (2020-2024) – Dokument 49 (2019-2020)

Vorstellung des REK-Projekts III „Geschichte erleben“

Vorstellung des REK-Projekts „Klima schützen“ und des Energie- und Klimaplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Interparlamentarischer Dialog zur Klimapolitik am 29. Januar und 3. Juli 2020

Lastenheft zur Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags über eine Struktur- und Organisationsanalyse des Ministeriums und der verbundenen öffentlichen Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Verbesserungsvorschlägen

Sondergesetzesvorschlag zur Abänderung bzw. Ergänzung des Wahlrechts für im Ausland lebende Belgier (Dok. Sen. 7-119/1) – Austausch mit dem Gemeinschaftssenator

Gesellschaftspolitisches Thema „Demokratieverständnis und -entwicklung – 50 Jahre Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ (Arbeitstitel)

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung

Mitglieder

Vorsitzende: Petra SCHMITZ (ProDG)

Vizevorsitzender: Gregor FRECHES (PFF)

Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Joseph HILLIGSMANN Petra SCHMITZ	Für ProDG: José GROMMES Lydia KLINKENBERG Liesa SCHOLZEN	
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Colin KRAFT	Für die CSP: Jérôme FRANSSSEN Robert NELLES	Für die CSP: Jacques SCHROBILTGEN bis 31.08.2020
Für die SP: Patrick SPIES	Für die SP: Céline KEVER	Für die SP: Alfred OSSEMAN
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL bis 31.08.2020 Inga VOSS ab 01.09.2020	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Michel NEUMANN
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Evelyn JADIN	

Nach den Wahlen 2019 hat sich der Ausschuss II in seiner Neubesetzung zunächst intensiv mit dem BRF auseinandergesetzt: Dies erfolgte einerseits im Rahmen der Anhörungen zur zweiten Haushaltsanpassung 2019 und Festlegung des Haushalts 2020, die auch mit dem Arbeitsamt und dem Medienzentrum geführt wurden. Andererseits hat der Ausschuss in einer weiteren Sitzung mit Vertretern des BRF über die Anpassungen der Statuten und des Stellenplans ausgetauscht und die Räumlichkeiten des BRF, insbesondere das umgebaute TV-Studio,

besichtigt. Des Weiteren stand das Thema BRF nochmals im Rahmen der Behandlung des Dekretentwurfs zur Abänderung des Programmdekrets 1998 vom 29. Juni 1998 in Bezug auf die Pensionsregelung der statutarischen Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Dokument 66 (2019-2020)) sowie im Rahmen der Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Belgischen Rundfunk- und Fernsehzen-

trum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF) (2021-2024) – Dokument 84 (2019-2020) – auf der Tagesordnung.

Das Thema Medien kam in dieser Sitzungsperiode tatsächlich nicht zu kurz, da auch eine Anhörung mit Medienvertretern des GrenzEcho und von Radio Contact Ostbelgien Now abgehalten wurde, um über die Pressebeihilfe und die Herausforderungen in der Medienwelt zu diskutieren (Dokument 91 (2019-2020)).

Auch der Resolutionsvorschlag zum Thema Geoblocking (Dokument 33 (2019-2020)) hat das Thema Medien im weiteren Sinne angeschnitten. Kern des Vorschlags war die Erleichterung des Zugangs zu Online-Diensten in der Muttersprache – auch grenzüberschreitend. In diesem Rahmen hat der Ausschuss mit dem Europaparlamentarier der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Direktor der Euregio Maas-Rhein ausgetauscht.

Über das Programmdekret 2019 (Dokument 29 (2019-2020)) wurden in fast allen Zuständigkeitsbereichen des Ausschusses Dekretanpassungen eingeführt. Besonders zu erwähnen sind die Anpassungen im Denkmalschutzdekret, das durch die Übernahme der Zuständigkeit Raumordnung umfassend überarbeitet wurde. Einerseits hat man eine integrierte Städtebau- und Denkmalgenehmigung eingeführt, andererseits hat man die Dekretanpassung genutzt, um eine Reform der Schutzinstrumente vorzunehmen.

Im Frühjahr 2020 hat sich der Ausschuss während mehrerer Sitzungen über den Dekretentwurf zur Anpassung des Sportdekrets vom 19. April 2004 – Dokument 73 (2019-2020) – gebeugt. Darüber wurden umfassende Änderungen am Sportdekret, u. a. zur Einführung eines Sportdachverbands, gebilligt. Mit dem Thema Sport hat sich der Ausschuss auch in einer Anhörung zum Infrastrukturprojekt zur Errichtung eines Biathlon- und Langlaufzentrums in Elsenborn beschäftigt (Dokument 71 (2019-2020)).

Im Rahmen der Behandlung von Geschäftsführungsverträgen hat sich der Ausschuss auch mit dem Kulturzentrum Triangel und der Tourismusagentur Ostbelgien (TAO) auseinandergesetzt.

Durch die Vorstellung der Projekte aus der dritten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK III) wurden mehr oder minder alle Aufgabenbereiche des Ausschusses beleuchtet (siehe die Auflistung der Projekte hierunter).

Der Ausschuss hat sich zudem auf die Suche nach einem gesellschaftspolitischen Thema gemacht, aber bedingt durch die Coronakrise wurde die Auswahl eines Themas vertagt.

Die Coronakrise hat selbstverständlich auch die Arbeitsplanung von Ausschuss II beeinflusst. Zum Ende der Sitzungsperiode hat der Ausschuss die Zeit genutzt und sich im Rahmen der Vorstellung der Umfrageergebnisse zur Coronakrise im Sportsektor und der Vorstellung des Wirtschaftsmonitorings mit Zahlen zum Arbeitsmarkt und zum Tourismussektor mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie in Ostbelgien beschäftigt.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung in der Sitzungsperiode 2019-2020

Haushaltsdekrete und Finanzen

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-2-HH2019 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 4-HH2020 (2019-2020)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 5-1-HH2020 (2019-2020)

Haushaltsplan 2019/2020 und Tätigkeitsberichts 2018 des BRF

Haushaltsplan 2019/2020 und Tätigkeitsbericht 2018 des Medienzentrums

Haushaltsplan 2019/2020 und Tätigkeitsbericht 2018 des Arbeitsamtes

Weitere Dekretinitiativen

Programmdekretvorschlag 2019 – Dokument 29 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Abänderung des Programmdekrets 1998 vom 29. Juni 1998 in Bezug auf die Pensionsregelung der statutarischen Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 66 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Anpassung des Sportdekrets vom 19. April 2004 – Dokument 73 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 19. März 2019 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Kompetenzen der Gemeinschaften und des Föderalstaates in Sachen Tax-Shelter-Regelung für audiovisuelle Werke und Bühnenwerke und über den Informationsaustausch – Dokument 93 (2019-2020)

Resolutionen

Resolutionsvorschlag an die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament, die belgische Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Zugang zu audiovisuellen Medien und anderen elektronisch bereitgestellten Inhalten und Dienstleistungen für die Bevölkerung von Grenzregionen mit vorwiegend nationaler Sprachminderheit in ihrer Muttersprache – Dokument 33 (2019-2020)

Der Titel des angenommenen Dokuments lautet anders: Resolutionsvorschlag an die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, das Europäische Par-

lament, die Belgische Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Zugang zu audiovisuellen Medien und anderen elektronisch bereitgestellten Inhalten und Dienstleistungen für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Deutsch

Resolutionsvorschlag an das Parlament und die Regierung der Wallonischen Region, der Flämischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt, das EU-Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes – Dokument 78 (2019-2020)

Geschäftsführungsverträge

Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Triangel (2020-2024) – Dokument 60 (2019-2020)

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2016-2021) – Nachtrag – Dokument 61 (2019-2020)

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2015-2019) – Nachtrag – Dokument 62 (2019-2020)

Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Tourismusagentur Ostbelgien (TAO) (2021-2024) – Dokument 83 (2019-2020)

Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF) (2021-2024) – Dokument 84 (2019-2020)

Sonstige Themen

Regionales Entwicklungskonzept

Vorstellung von REK-Projekten im Bereich Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung (Dokument 25 (2019-2020) Nr. 3):

- Ostbelgien entdecken
- Fachkräftebündnis Ostbelgien
- Vermittlung aus einer Hand
- Lernen im Betrieb
- Engagiert in und für Ostbelgien
- Jugend 2025+
- Zukunftskompetenz Kreativität
- Baukultur Ostbelgien
- Sportstrukturen stärken

- Auf das echte Leben vorbereiten
- Dörfer gemeinsam stärken – Stärkung der ehrenamtlichen Dorfgruppen
- Zukunft Digitalisierung

Anhörungen

Erläuterungen zur Anpassung der Statuten und des Stellenplans des BRF sowie Besuch des BRF

Anhörung der Tourismusagentur Ostbelgien zur neuen Verwaltungsstruktur sowie Vorstellung der laufenden Aktivitäten und des REK-III-Projekts „Ostbelgien entdecken“ – Dokument 30 (2019-2020)

Anhörung zum Infrastrukturprojekt „Biathlon- und Langlaufzentrum Elsenborn“ – Dokument 71 (2019-2020)

Anhörung der Nationalen Arbeitsgruppe zum EU-Jugenddialog mit dem Thema „Arbeit, Jugendarbeit und Jugend auf dem Land“ – Dokument 72 (2019-2020)

Anhörung von Vertretern des GrenzEcho und von Radio Contact Ostbelgien NOW zum Thema der Pressebeihilfe und zu den Herausforderungen in der Medienwelt – Dokument 91 (2019-2020)

Vorstellung der Ergebnisse der Umfrage zu den Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie im Sportsektor der Deutschsprachigen Gemeinschaft

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)

Vizevorsitzender: Andreas JERUSALEM (ECOLO)

Effektive Mitglieder

Für ProDG:
Joseph HILLIGSMANN
Petra SCHMITZ
bis 31.08.2020
José GROMMES
ab 01.09.2020
Liesa SCHOLZEN

Ersatzmitglieder

Für ProDG:
Freddy CREMER
José GROMMES
bis 31.08.2020
Petra SCHMITZ
ab 01.09.2020
Lydia KLINKENBERG

Für die CSP:
Colin KRAFT
Sandra HOUBEN-MEESSEN

Für die CSP:
Patricia CREUTZ-VILVOYE
Jolyn HUPPERTZ

Für die SP:
Charles SERVATY

Für die SP:
Patrick SPIES

Für VIVANT:
Alain MERTES

Für VIVANT:
Michael BALTER

Für ECOLO:
Andreas JERUSALEM

Für ECOLO:
Inga VOSS-WERDING

Für die PFF:
Alexander MIESEN

Für die PFF:
Gregor FRECHES

Eckpfeiler der Ausschussarbeit waren wie immer die Haushaltsberatungen. Im Herbst wurden die zweite Anpassung des Haushalts 2019 und die Festlegung des Haushalts 2020 im Ausschuss behandelt, im Frühling dann die erste Anpassung des Haushalts 2020.

Bei dieser Gelegenheit werden alle relevanten Projekte aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Kinderbetreuung und Bildungsinfrastruktur, für die finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, vorgestellt – und hinterfragt. Im Zuge der Herbstberatungen präsentieren außerdem Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht.

Im Ausschuss wurden auch mehrere Einrichtungen angehört und Projekte vorgestellt. Eines davon ist das neue Aufnahmeverfahren für das Lehramt Kindergarten und das Lehramt Primarschule an der Autonomen Hochschule, mit dem man hofft, die am besten geeigneten Kandidaten für das Studium zu finden. Des Weiteren wird die Begrenzung der Anzahl Studienplätze aufgehoben; bis dato sind zur Ausbildung zum Primarschullehrer maximal 25 Studenten und zur Ausbildung zum Kindergärtner maximal 15 Studenten zugelassen gewesen.

Der ebenfalls vorgestellte Masterplan 2025 für die Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat als oberstes Ziel, den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen zu 100 % zu decken. Dem Ausschuss wurde aufgezeigt, mit welchen Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin zu rechnen ist.

Einem der wichtigsten Vorhaben der Bildungspolitik, nämlich der Gesamtvision für das Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wurde naturgemäß ebenfalls großer Raum in der Ausschussarbeit zugestanden. Das Projekt startete mit einer großangelegten Umfrage bei der breiten Bevölkerung, insbesondere aber bei Akteuren des Unterrichtswesens, um den Stand der Dinge zu diagnostizieren. In einer zweiten Phase soll die eigentliche Gesamtvision erstellt werden, während es in der dritten Phase um die Umsetzung gehen wird.

Mit dem Resolutionsvorschlag zur Rückerstattung der Kosten für den Schultransport wurde eine Initiative aus der letzten Legislaturperiode wieder aufgenommen und abgeschlossen. Darin wird an die Absicht der Wallonischen Region erinnert, einen kostenlosen ÖPNV für Jugendliche, Senioren und einkommensschwache Schichten einzuführen. Hiervon ausgehend wird eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Deutschsprachigen Gemeinschaft insgesamt sowie eine Überarbeitung der Richtlinien für die Schülerbeförderung gefordert.

Im Ausschuss wurden ferner sechs den Bildungsbereich betreffende Projekte aus der dritten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK III) vorge-

stellt. Das siebte Projekt konnte wegen der Coronakrise leider nicht mehr vorgestellt werden.

In der Folge ist der Terminkalender des Ausschusses insgesamt ziemlich durcheinandergewirbelt worden. Von Mitte März bis Ende April wurde der Sitzungsbetrieb ausgesetzt, ab dem 30. April tagte der Ausschuss fast ausschließlich in Form von Videokonferenzen.

Für die verbliebenen Sitzungen wurde der Fokus auf das Wesentliche gelegt. Dazu gehörte neben der ersten Haushaltsanpassung und den Rahmenplänen für Geschichte und Pflegehelfer vor allem der Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020.

Eine der verabschiedeten Maßnahmen steht im Zusammenhang mit der Einführung der Schulpflicht ab fünf Jahren, die der Föderalstaat 2019 zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit beschlossen hat. Um diese umzusetzen, müssen verschiedene Gemeinschaftsdekrete angepasst werden. So muss u. a. ein Religionsunterricht im Kindergarten angeboten werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre vom 1. September 2021 auf den 1. September 2024. Diese ist von einigen Schulen und Schulträgern gefordert worden, weil die Vorbereitung der Infrastruktur noch etwas mehr Zeit benötigt. Darüber hinaus sind die pädagogischen Konzepte für die Zweieinhalbjährigen noch nicht fertig ausgearbeitet.

Auch den Folgen der Coronakrise ist im Maßnahmendekretentwurf Rechnung getragen worden. So sind verschiedene Fristen verlängert worden, wodurch z. B. erstankommende Schüler länger in der Sprachlernklasse bleiben können. Überdies sollen Kosten von Schulreisen erstattet werden, die nicht stattfinden konnten.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2019-2020

Haushaltsdekrete und Finanzen

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-2-HH2019 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 4-HH2020 (2019-2020)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 5-1-HH2020 (2019-2020)

Weitere Dekretinitiativen

Entwurf eines Sonderdekrets zur Abänderung des Sonderdekrets vom 21. Februar 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule und des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Dokument 20 (2019)

Programmdekretvorschlag 2019 – Dokument 29 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 41 (2019-2020) mit dem Rahmenplan Niederländisch – dritte Fremdsprache für die zweite und dritte Stufe des allgemeinbildenden und technischen Übergangunterrichts sowie des technischen Befähigungsunterrichts und des berufsbildenden Unterrichts in der Regelsekundarschule

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 56 (2019-2020) mit dem Rahmenplan Pflegehelfer für das siebte Jahr des berufsbildenden Unterrichts

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 57 (2019-2020) mit dem Rahmenplan Geschichte für die zweite und dritte Stufe des technischen Befähigungsunterrichts und des berufsbildenden Unterrichts in der Regelsekundarschule

Dekretentwurf zur Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Verabschiedung oder Abänderung von Berufsreglementierungen – Dokument 74 (2019-2020)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020 – Dokument 75 (2019-2020)

Resolutionen

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Rückerstattung der Kosten für den Schülertransport – Dokument 17 (2019)

Der Titel des angenommenen Dokuments lautet anders:
Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Optimierung der Schülerbeförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Petitionen

Petition betreffend die Richtlinien für Konversationskurse in der schulischen Weiterbildung – Dokument 47 (2019-2020)

Sonstige Themen

Vorstellung der Neuerungen im Aufnahmeverfahren für das Lehramt Kindergarten und das Lehramt Primarschule an der Autonomen Hochschule

Vorstellung des Masterplans 2025 für die Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gesamtvision zum Unterrichtswesen:

- Vorstellung der Grundlage der Gesamtvision
- Vorstellung erster Ergebnisse aus der Online-Umfrage des VDI-Technologiezentrums
- Vorstellung des Berichts zur Diagnosephase der Gesamtvision

Vorstellung des Haushaltsplans 2019/2020 und des Tätigkeitsberichts 2018 des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Kaleido Ostbelgien

Vorstellung des Haushaltsplans 2019/2020 und des Tätigkeitsberichts 2018 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Vorstellung des Haushaltsplans 2019/2020 und des Tätigkeitsberichts 2018 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Gemeinschaftszentren Service und Logistik

Vorstellung des Haushaltsplans 2019/2020 und des Tätigkeitsberichts 2018 der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung der Schülerzahlen des Schuljahrs 2019/2020

Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Empfehlungen des Strategischen Ausschusses für Berufsausbildung zum Schul-, Lehr- und Studienabbruch

Vorstellung der Aufgaben, Tätigkeiten und Projekte des Jugendbüros der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung der Ergebnisse der DELF-Studie des Schuljahrs 2018-2019

Vorstellung der Beobachtungen des Französischunterrichts in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019

Vorstellung von verschiedenen REK III-Projekten in den Bereichen Unterricht, Bildungsinfrastruktur und Kinderbetreuung:

- Eltern entlasten, Eltern
- Moderne Lernorte gestalten
- Lehrer von morgen
- Integration und Diversität
- Bildungsangebote verbessern
- Sprachbildung und Mehrsprachigkeit fördern

Vorstellung des Konzepts zur Absenkung der Schulpflicht auf fünf Jahre (die Umsetzung erfolgte im Rahmen des Dekrets über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020)

Anhörung des Fachbereichs Familie und Soziales des Ministeriums zur statutarischen Situation der Tagesmütter und der Auslastung der Betreuungsplätze – Dokument 85 (2019-2020)

Vorstellung der Ergebnisse der PISA-Erhebung 2018 durch die Autonome Hochschule

Geschäftsführungsverträge

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (2016-2019) – Nachtrag 3 – Dokument 52 (2019-2020)

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie

Mitglieder

Vorsitzende: Jolyn HUPPERTZ (CSP)

Vizevorsitzender: Michael BALTER (VIVANT) bis 11.05.2020

Diana STIEL (VIVANT) ab 11.05.2020

Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: José GROMMES Lydia KLINKENBERG Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Freddy CREMER Joseph HILLIGSMANN Petra SCHMITZ	
Für die CSP: Jérôme FRANSSSEN bis 31.08.2020 Sandra HOUBEN-MEESSEN ab 01.09.2020 Jolyn HUPPERTZ	Für die CSP: Colin KRAFT Robert NELLES	Für die CSP: Jacques SCHROBILTGEN ab 01.09.2020
Für die SP: Céline KEVER	Für die SP: Charles SERVATY	
Für VIVANT: Michael BALTER bis 10.05.2020 Diana STIEL ab 11.05.2020	Für VIVANT: Diana STIEL bis 10.05.2020 Michael BALTER ab 11.05.2020	
Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Freddy MOCKEL	
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Alexander MIESEN	

Hinzuweisen ist darauf, dass die Zuständigkeiten des Ausschusses im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode infolge der 2019 erfolgten Übertragung ihrer Ausübung von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft um das Wohnungswesen und gewisse Teile des Energiebereichs erweitert wurden.

Die langjährige Zuständigkeit für die Kinderbetreuung wurde nach den Parlamentswahlen von Mai 2019 hingegen an den Ausschuss III abgetreten.

Nachdem im Hinblick auf die zahlreichen neue Ausschussmitglieder im Nachgang der Parlamentswahlen von Mai 2019 zuerst eine ausführliche Vorstellung der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Aufgabenbereiche des Ausschusses IV in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen

und Energie vorgenommen wurde, nahm der Ausschuss seine Arbeit auf.

Ein erster wichtiger Dekretentwurf, den der Ausschuss im Herbst 2019 bearbeitete und verabschiedete, war der Dekretentwurf zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres. Das daraus hervorgegangene Dekret stellt im Hinblick auf die fortzusetzende Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Aktionsplans „DG Inklusiv 2025“ einen bedeutenden Schritt dar. Zum einen wird dekretal der Zugang von Personen mit Unterstützungsbedarf zu Gebäuden und anderen Einrichtungen erleichtert und zum anderen die persönliche Mobilität von Personen mit Unterstüt-

zungsbedarf im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit durch die Bereitstellung und Anerkennung von Assistenten und ihre Bezuschussung gefördert.

Der Dekretentwurf über die Adoption von Kindern war ein weiterer, äußerst beachtenswerter und sehr umfangreicher Dekretentwurf, mit dem der Ausschuss sich befasste und den er annahm. Aufgrund bedeutender Gesetzesänderungen auf föderaler Ebene im Bereich der Adoption war es für die Deutschsprachige Gemeinschaft erforderlich, ihr Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption durch ein neues Dekret, das diesen Änderungen Rechnung trägt, zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die Zuständigkeit für Adoptionen zu einem Großteil dem Föderalstaat obliegt und nur teilweise den Gemeinschaften. Bei der Reform des Adoptionsverfahrens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft waren folgende Aspekte von besonderer Wichtigkeit:

- die Abfassung allgemeiner und bindender Grundsätze wie der, dass eine Adoption zum Ziel hat, für ein Kind eine geeignete Familie zu finden und nicht für eine Familie ein Kind;
- eine klare Darstellung des Adoptionsverfahrens, der Begleitung und Nachbetreuung sowie
- Garantien für die Vertraulichkeit und den Datenschutz.

Frühzeitig wurde der Ausschuss Anfang März 2020 vom Gesundheitsminister über die anrollende Corona-Pandemie unterrichtet. Gesetzlich musste sich der Ausschuss im Frühsommer 2020 in Form des Dekretentwurfs über die Rückverfolgung von Infektionsketten im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus (Covid-19) Gesundheitskrise – dem sogenannten Kontakt-Tracing – befassen. Das Dekret wurde im Rahmen der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Gesundheitsprävention in der Plenarsitzung vom 20. Juli 2020 verabschiedet und mittels eines in der Versammlung noch vorgelegten Abänderungsvorschlags in Reaktion auf aktuelle Beschlüsse des Konzertierungsausschusses um die Aspekte einer verpflichtenden Quarantäne für Rückkehrer aus Hochrisikogebieten und Hochrisikokontaktpersonen erweitert.

Ferner verabschiedete der Ausschuss mehrere Dekretentwürfe zur Billigung von Zusammenarbeitsabkommen in den Bereichen Familienleistungen – d. h. Kindergeld, Geburts- und Adoptionsprämie –, Jugendhilfe sowie Energie und Klima.

Überdies setzte sich der Ausschuss intensiv mit zwei Dekretvorschlägen auseinander.

Der erste Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen betraf den Vorschlag, auch Patchworkfamilien den Zuschlag für kinderreiche Familien zu gewähren. In diesem Kontext wurden ein Gutachten des Rates für Familienleistungen, das mit Verweis auf das kohärente und ausgewogene Familienleistungssystem der Deutschsprachigen Gemein-

schaft empfahl, dem Vorschlag nicht zu folgen, und ein Gutachten des Staatsrats, der weder im Familienleistungssystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch im Dekretvorschlag die Diskriminierung einer Zielgruppe sah, eingeholt. Der Dekretvorschlag wurde – auch mit Hinweis auf die erheblichen administrativen Probleme und den hohen verwaltungstechnischen Zusatzaufwand, der bei einer Umsetzung anfallen würde – im Ausschuss abgelehnt.

Abgelehnt im Ausschuss wurde auch der zweite Dekretvorschlag, der eine Abänderung des Dekrets vom 17. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt dahin gehend vorschlug, Migranten, die nachweislich bereits fundierte Kenntnisse über die Inhalte hätten, die bei den Integrationskursen im Rahmen des Integrationsparcours vermittelt würden, nach erfolgreich absolviertem Einstufungstest von der Belegung des Kurses freizustellen. Ausschlaggebend für die Ablehnung war einerseits ein beim Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt eingeholtes, nicht positives Gutachten als auch die vom Integrationskurse-Anbieterkonsortium bei einer Anhörung geäußerte Auffassung, dass das Folgen des Integrationskurses für ausnahmslos jeden Migranten ein elementarer Baustein bei der konstruktiven Auseinandersetzung mit bürgerkundlichen Rechten und Pflichten sei.

Im Rahmen des Programmdekretvorschlags 2019 beriet der Ausschuss über einige Abänderungen der Gesetzgebung in seinen Zuständigkeitsbereichen.

Des Weiteren nahm der Ausschuss während der Sitzungsperiode 2019-2020 betreffend seine Zuständigkeiten Stellung zur zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2019 sowie zur Festlegung und der ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2020.

Zwei Resolutionsvorschläge waren während der Sitzungsperiode 2019-2020 Gegenstand von Beratungen im Ausschuss und wurden vom Parlament auch gutgeheißen:

- zum einen der im Hinblick auf eine empfohlene Schließung des Entbindungsheims im Eupener Krankenhaus wegen Normenunterschreitung dringlich behandelte und verabschiedete Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der weiteren Absicherung der Entbindungsstationen im St. Nikolaus-Hospital Eupen und in der Klinik St. Josef in St. Vith sowie des medizinischen Angebots der beiden Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- zum anderen der Resolutionsvorschlag an die belgische Föderalregierung zu den Auflagen und Kontrollen im Bereich der Einkommensgarantie für Betagte, der forderte, der Situation von Leistungsempfängern, deren Lebensraum sich grenzüberschreitend erstreckt, bei den Kontrollbestimmungen Rechnung zu tragen – insbesondere bezüglich des Verwaltungsaufwands

zur Abmeldung beim Föderalen Pensionsdienst –, und beim Kontrollsystem den von vielen Organisationen und der Datenschutzbehörde geäußerten datenschutzrechtlichen Bedenken in Bezug auf das Einbeziehen der Post bzw. der Briefträger in das Kontrollsystem zu berücksichtigen und das System entsprechend anzupassen.

Zwei Petitionen wurden an den Ausschuss verwiesen.

Die erste Petition betraf die Schaffung eines beratenden Gremiums im Behindertenbereich. Nach Anhörung der Petitionen und ausführlicher Beratung forderte der Ausschuss mit Bezug auf Artikel 106 der Geschäftsordnung des Parlaments den Sozialminister auf, den vorgesehenen Weg zur Einrichtung eines beratenden Gremiums im Behindertenbereich im Austausch mit allen Beteiligten umgehend konstruktiv anzugehen und zu verfolgen.

Gegenstand der zweiten Petition war die Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen im Hinblick auf die Gewährung des Zuschlags für kinderreiche Familien auch an Patchworkfamilien. Der Ausschuss beschloss in seiner Sitzung vom

27. Mai 2020 mit Bezug auf Artikel 106 der Geschäftsordnung des Parlaments als Folge der in derselben Sitzung erfolgten Ablehnung des Dekretvorschlags zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, die Petition zu den Akten zu legen.

In weiteren Sitzungen wurde der Ausschuss über den Fortgang von Initiativen und Projekten im Gesundheits- und Sozialbereich informiert. In diesem Zusammenhang wurden dem Ausschuss:

- die Resultate einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie zu einer Pflegeversicherung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgestellt;
- die Evaluationsergebnisse des ersten Jahres der Auszahlung der Familienleistungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft vorgestellt;
- die REK III-Projekte in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie erläutert;
- von den Öffentlichen Sozialhilfezentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Entwicklung ihrer Einrichtung seit der letzten Anhörung 2016 vorgestellt;
- von den beiden Krankenhäusern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Stand ihrer Zusammenarbeit vorgestellt;
- von Mitgliedern der VoG Psychiatrieverband Besorgnisse betreffend die künftige finanzielle Bezuschussung seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgetragen;
- der Jahrestätigkeitsbericht der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) für die Jahre 2018 und 2019 vorgestellt;
- der Jahrestätigkeitsbericht des Ministeriumsfachbereichs Jugendhilfe für das Jahr 2019 vorgestellt.

Des Weiteren stellte das Interföderale Zentrum für Chancengleichheit Unia im Rahmen einer gemeinsamen

Sitzung aller Ausschüsse unter Federführung von Ausschuss IV zum Jahresende 2019 den Jahresbericht 2018 zum Thema „Rückbesinnung auf die Menschenrechte“ vor.

Zudem nahm der Ausschuss auch in der Sitzungsperiode 2019-2020 weiterhin monatliche Regierungskontrollen vor, bei denen aktuelle Fragen und Interpellationen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie an die Regierung gerichtet werden konnten.

In Bezug auf ein neues gesellschaftspolitisches Thema einigte sich der Ausschuss darauf, die Gründe für multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und ihre Auswirkungen auf die soziale und berufliche Integration zu untersuchen.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie in der Sitzungsperiode 2019-2020

Haushaltsdekrete und Finanzen

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-2-HH2019 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 4-HH2020 (2019-2020)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 5-1-HH2020 (2019-2020)

Weitere Dekretinitiativen

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 21. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Beteiligung des Föderalstaates an der Unterzeichnung der Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017 und 30. Mai 2018 – Dokument 21 (2019)

Dekretentwurf zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres – Dokument 22 (2019)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen – Dokument 24 (2019)

Programmdekretvorschlag 2019 – Dokument 29 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen

Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Verwirklichung des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern und der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) 1347/2000 – Dokument 34 (2019-2020)

Dekretentwurf über die Adoption von Kindern – Dokument 51 (2019-2020)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt – Dokument 54 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen – Dokument 77 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 27. Februar 2020 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region über das Erreichen der europäischen Ziele in den Bereichen Energie und Klima – Dokument 80 (2019-2020)

Dekretentwurf über die Rückverfolgung von Infektionsketten im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus (Covid-19) Gesundheitskrise – Dokument 86 (2019-2020)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption – Dokument 92 (2019-2020)

Resolutionen

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der weiteren Absicherung der Entbindungsstationen im St. Nikolaus-Hospital Eupen und in der Klinik St. Josef in St. Vith sowie des medizinischen Angebots der beiden Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 53 (2019-2020)

Resolutionsvorschlag an die belgische Föderalregierung zu den Auflagen und Kontrollen im Bereich der Einkommensgarantie für Betagte – Dokument 67 (2019-2020)

Resolutionsvorschlag an die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Flämischen Gemeinschaft zur Aufwertung des im Pflegesektors tätigen Personals – Dokument 70 (2019-2020)

Petitionen

Petition betreffend die Einrichtung eines beratenden Gremiums im Behindertenbereich

Petition in Bezug auf die Gewährung des Zuschlags für kinderreiche Familien an Patchworkfamilien

Gesellschaftspolitisches Thema

Vorstellung eines Konzeptpapiers zum Thema „Multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und ihre Auswirkungen auf die soziale und berufliche Integration“ sowie Austausch über die weitere Vorgehensweise bei der Inangriffnahme des Themas

Tätigkeitsberichte

Vorstellung des Tätigkeitsberichts der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) für das Jahr 2018 sowie des Haushaltsplans für das Jahr 2020

Vorstellung des Tätigkeitsberichts der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) für das Jahr 2019

Vorstellung des Tätigkeitsberichts des Ministeriumsbereichs Jugendhilfe für das Jahr 2019

Anhörungen

Anhörung der Öffentlichen Sozialhilfzentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Einleitende Stellungnahme der ÖSHZ zu den nach ihrem Dafürhalten wichtigsten aktuellen Schwerpunkten ihrer Arbeit und besonderen künftigen Herausforderungen.

Fragen und Austausch:

- zum Sozialprofil der betreuten Personen,
- zur Auszahlung von Eingliederungseinkommen,
- zu Beschäftigungsmaßnahmen und sozial-beruflicher Eingliederung,
- zu finanziellen Beihilfen und Initiativen zur Armutsbekämpfung,
- zur Betreuung von Migranten und Flüchtlingen,
- zu allgemeinen Themen.

Anhörung der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Einleitende Stellungnahme der Krankenhäuser zu den nach ihrem Dafürhalten wichtigsten aktuellen Schwerpunkten ihrer Arbeit und besonderen künftigen Herausforderungen.

Fragen und Austausch:

- zu neuen Projekten,
- zum Grad der medizinischen Versorgung in deutscher Sprache,

- zur Verfügbarkeit von (deutschsprachigem) Pflegepersonal und Fachärzten,
- zur Sicherung der Krankenhausstandorte,
- zu Zusammenarbeits- und Fusionsmodellen.

Anhörung des Ausschusses zum Schreiben der Klinik St. Josef St. Vith betreffend die weitere Zukunft des Psychiatrieverbands VoG

Sonstige Themen

Vorstellung der Ergebnisse einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie zu einer Pflegeversicherung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung der REK III-Projekte in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie:

- Gemeinsam gegen Armut,
- Die Solidarregion,
- Zuhause in Ostbelgien,
- Gesund leben in Ostbelgien.

Vorstellung der Evaluationsergebnisse des ersten Jahres der Auszahlung der Familienleistungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Coronavirus-Epidemie – Sachstandsbericht

Erörterung von Fragen zur Situation in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) im Zuge der Coronavirus-Krise

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzender: Karl-Heinz LAMBERTZ (SP)

Vizevorsitzende: P. SCHMITZ (ProDG)

Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Joseph HILLIGSMANN Petra SCHMITZ	Für ProDG: José GROMMES Lydia KLINKENBERG Liesa SCHOLZEN
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Colin KRAFT	Für die CSP: Jérôme FRANSEN Robert NELLES
Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Charles SERVATY
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM
Für die PFF: Alexander MIESEN	Für die PFF: Gregor FRECHES

Dieser Ausschuss – kurz „Kontrollausschuss“ genannt – ist mit der Überwachung der Einhaltung der Regeln über die Wahlausgaben für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinderatswahlen beauftragt.

Im Berichtszeitraum hatte der Kontrollausschuss insofern die Ausgaben für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. Mai 2019 und den Ursprung der dazu verwendeten Geldmittel zu prüfen. Zentrale Grundlage für diese Prüfung ist der Bericht des Hauptwahlvorstands. Außerdem bestand für den Kontrollausschuss 2019 erstmals die Verpflichtung, auch die Stellungnahme des Rechnungshofs zum Bericht des Hauptwahlvorstands einzuholen. Nach Vorlage dieser Unterlagen befassten sich die Ausschussmitglieder ausführlich mit den einzelnen Erklärungen der Parteien und Kandidaten. Sie kamen zu der Schlussfolgerung, dass alle Parteien und Kandidaten korrekte und vollständige Erklärungen abgegeben hatten. Diese enthielten zwar teils materielle Fehler, die man aber auf die komplexen gesetzlichen Vorschriften in der Materie zurückführte. Die gesetzlichen Höchstgrenzen für die Wahlausgaben wurden sowohl von den Parteien als auch den einzelnen Kandidaten eingehalten.

Über seine Prüfung erstellte der Ausschuss einen Bericht, in dem er seine Schlussfolgerungen und auch einige kritische Anmerkungen zur Gesetzgebung über die Wahlausgaben festhielt – beispielsweise, dass die Höchstgrenze von 1 Million Euro für die Wahlausgaben einer Partei, die sich zwar zu einer weiteren gleichzeitig stattfindenden Wahl, aber allein auf Ebene des Wahlbezirks Eupen präsentiert, überdimensioniert erscheint. Hiermit wird sich der Kontrollausschuss noch weiter auseinandersetzen.

Der Bericht zu den Wahlausgaben wurde am 1. April 2020 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Im Anhang des Berichts sind auch die Gesamtwahlausgaben der politischen Parteien und der Kandidaten der Listen sowie die Wahlausgaben individuell für jeden Gewählten aufgeführt.

Neben der Kontrolle der Wahlausgaben ist der Kontrollausschuss auch zuständig für die Kontrolle der ihm vorgelegten öffentlichen Mitteilungen des Parlamentspräsidenten und der Regierungsmitglieder. Durch die Begutachtung – vorab oder im Nachgang – dieser Mitteilungen soll sichergestellt werden, dass man öffentliche Gelder nicht für Kommunikationsaktivitäten verwendet, die letztlich auf die Stärkung des Images eines Ministers oder des Parlamentspräsidenten ausgerichtet sind. Im Berichtszeitraum wurde dem Kontrollausschuss keine öffentliche Mitteilung zur Kontrolle vorgelegt.

Schließlich wird der Kontrollausschuss mit Streitfällen in Bezug auf Mandats- und Vermögenserklärungen befasst, die von Mandataren, aber auch Regierungsmitgliedern, Kabinettschefs oder hochgestellten Beamten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegenüber dem Rechnungshof abgegeben werden müssen. Wenn der

Rechnungshof eine Person für erklärungs-pflichtig oder ihre Erklärungen als unvollständig oder nicht korrekt eingestuft hat, kann die betreffende Person dagegen vor dem Kontrollausschuss Einspruch erheben. Auch in dieser Angelegenheit ist der Kontrollausschuss im Berichtszeitraum nicht tätig geworden.

Tätigkeiten von Ausschuss V zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien in der Sitzungsperiode 2019-2020

Bericht zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. Mai 2019 – Dokument 43 (2019-2020)

SONDERAUSSCHUSS

Sonderausschuss zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Am 20. Juli 2020 setzte das Parlament einen Sonderausschuss ein, der sich mit den Auswirkungen der Corona-Epidemie befassen wird.

Kapitel 6 befasst sich mit dem Arbeitsauftrag des Ausschusses.

Mitglieder

Vorsitzender: J. FRANSSSEN (CSP)
 Vizevorsitzende: G. FRECHES (PFF)

Effektive Mitglieder

Für ProDG:
 Freddy CREMER
 José GROMMES
 Liesa SCHOLZEN

Für die CSP:
 Jérôme FRANSSSEN
 Sandra HOUBEN-MEESSEN

Für die SP:
 Charles SERVATY

Für VIVANT:
 Michael BALTER

Für ECOLO:
 Freddy MOCKEL

Für die PFF:
 Gregor FRECHES

Ersatzmitglieder

Für ProDG:
 Joseph HILLIGSMANN
 Lydia KLINKENBERG
 Petra SCHMITZ

Für die CSP:
 Patricia CREUTZ-VILVOYE
 Jolyn HUPPERTZ

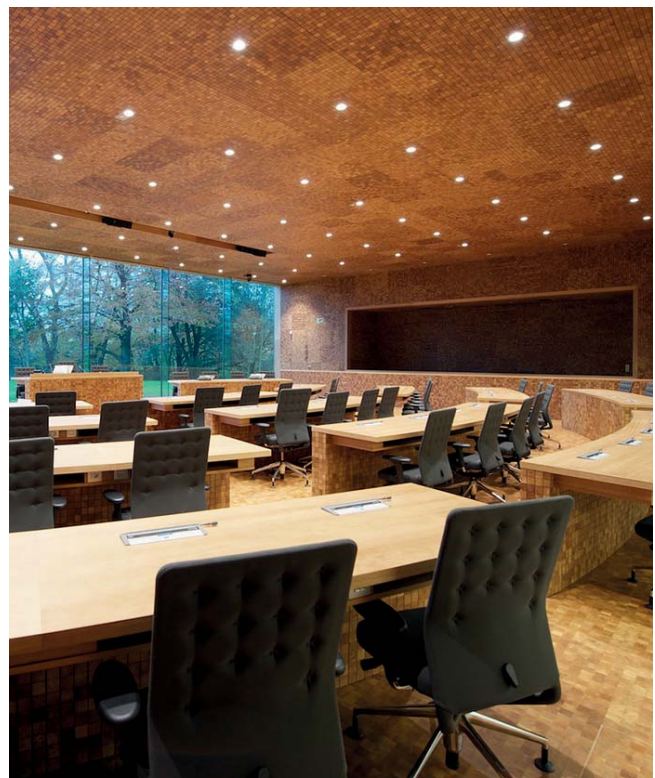
Für die SP:
 Céline KEVER
 Patrick SPIES

Für VIVANT:
 Alain MERTES
 Diana STIEL

Für ECOLO:
 Andreas JERUSALEM
 Inga VOSS-WERDING

Für die PFF:
 Evelyn JADIN
 Alexander MIESEN

Der Ausschuss hat noch in der laufenden Sitzungsperiode mit drei Sitzungen seine Arbeit aufgenommen.



Verabschiedung von Dekreten und weitere Entscheidungen der Plenarversammlung

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Die Dekretvorlagen, die in den Parlamentsgremien diskutiert werden, sind entweder Dekretentwürfe und Dekretvorschläge.

Dekretentwürfe werden von der Regierung hinterlegt und enthalten neben dem eigentlichen Text eine Begründung sowie Staatsratgutachten und andere notwendige Gutachten.

Dekretvorschläge können von einem oder mehreren Abgeordneten eingereicht werden. Auch Dekretvorschläge

enthalten eine Begründung. Sie können dem Staatsrat ebenfalls zur Begutachtung vorgelegt werden.

Der Präsident verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschläge an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber. Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann er auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder des Präsidenten kann die Plenarversammlung jedoch beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

DEKRETE

Die vom Parlament verabschiedeten Dekrete haben Gesetzgebungscharakter auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In der Sitzungsperiode 2019-2020 verabschiedete das Parlament insgesamt 32 Dekrete. 17 Regeldekrete, 5 Haushaltsdekrete und 10 Dekrete zur Zustimmung zu innerbelgischen und internationalen Abkommen. Zudem wurde ein begründetes Gutachten in Bezug auf eine Gesetzesänderung auf föderaler Ebene abgegeben.

Verabschiedung	Dok-Nr.	Titel
23.09.2019	23 (2019-2020)	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Japan andererseits, geschehen zu Tokio am 17. Juli 2018
23.09.2019	18 (2019-2020)	Dekret zur Zustimmung zu dem umfassenden und verstärkten Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits, geschehen zu Brüssel am 24. November 2017
23.09.2019	19 (2019-2020)	Dekret zur Zustimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits, geschehen zu Kasane am 10. Juni 2016
14.10.2019	22 (2019-2020)	Dekret zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres
14.10.2019	21 (2019-2020)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 21. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Beteiligung des Föderalstaates an der Unterzeichnung der Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017 und 30. Mai 2018
14.10.2019	20 (2019-2020)	Sonderdekret zur Abänderung des Sonderdekrets vom 21. Februar 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule und des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
25.11.2019	28 (2019-2020)	Dekret über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union
12.12.2019	35 (2019-2020)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche
12.12.2019	5-3-HH2018 (2019-2020)	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018

12.12.2019	6-HH2018 (2019-2020)	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018
12.12.2019	4-HH2020 (2019-2020)	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020
12.12.2019	5-2-HH2019 (2019-2020)	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019
12.12.2019	29 (2019-2020)	Programmdekret 2019
17.02.2020	34 (2019-2020)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 23. August 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Verwirklichung des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern und der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) 1347/2000
06.04.2020	68 (2019-2020)	Krisendekret 2020
27.04.2020	51 (2019-2020)	Dekret über die Adoption von Kindern
27.04.2020	41 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen
27.04.2020	32 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 21. Dezember 1987 zur Ermunterung der Pflege der hochdeutschen Sprache in den Schulen
27.04.2020	64 (2019-2020)	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zur Änderung und Ergänzung des am 12. Mai 1967 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und die Funktionsweise dieses Obersten Hauptquartiers auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, geschehen zu Brüssel am 10. September 2013
27.04.2020	63 (2019-2020)	Dekret zur Zustimmung zu dem Beschluss der im Rat der Europäischen Union vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 28. April 2004 betreffend die Vorrechte und Immunitäten von ATHENA (2004/582/EG)
27.04.2020	69 (2019-2020)	Krisendekret 2020 (II)
22.06.2020	75 (2019-2020)	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020
22.06.2020	56 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen
22.06.2020	57 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen
22.06.2020	66 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Programmdekrets 1998 vom 29. Juni 1998 in Bezug auf die Pensionsregelung der statutarischen Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
22.06.2020	73 (2019-2020)	Dekret zur Abänderung des Sportdekrets vom 19. April 2004
22.06.2020	80 (2019-2020)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Mai 2020 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region über das Erreichen der europäischen Ziele in den Bereichen Energie und Klima
22.06.2020	77 (2019-2020)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen
22.06.2020	5-1-HH2020	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020
20.07.2020	88 (2019-2020)	Krisendekret 2020 (III)
20.07.2020	86 (2019-2020)	Dekret über die Rückverfolgung von Infektionsketten im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise
20.07.2020	74 (2019-2020)	Dekret zur Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Verabschiedung oder Abänderung von Berufsreglementierungen

BESCHLÜSSE

Zusätzlich zu den Dekreten trifft das Parlament weitere Beschlüsse ohne Gesetzescharakter. Es handelt sich dabei meist um Personenbezeichnungen oder Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen der Regierung mit verschiedenen Einrichtungen.

Verabschiedung	Dok-Nr.	Titel
14.10.2019	27 (2019-2020)	Beschluss zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
17.02.2020	65 (2019-2020)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Ständigen Nationalen Kulturpaktkommission
27.04.2020	27 (2019-2020)	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 14. Oktober 2019 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
27.04.2020	49 (2019-2020)	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte VoG (2020-2024)
27.04.2020	60 (2019-2020)	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinde-regie „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Triangel (2020-2024)
27.04.2020	62 (2019-2020)	Beschluss zur Genehmigung des Nachtrags zum Beschluss vom 21. März 2016 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2015-2019)
27.04.2020	52 (2019-2020)	Beschluss zur Genehmigung des Nachtrags zum Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (2016-2019)
27.04.2020	61 (2019-2020)	Beschluss zur Genehmigung des zweiten Nachtrags zum Beschluss vom 23. November 2015 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2016-2021)
20.07.2020	90 (2019-2020)	Beschluss zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

RESOLUTIONEN

Neben Dekreten und Beschlüssen verabschiedet das Plenum auch Resolutionen. Eine Resolution ist ein Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.) in bestimmten Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, für die aber ein berechtigtes Interesse besteht, aktiv zu werden.

Verabschiedung	Dok-Nr.	Titel
10.12.2019	17 (2019-2020)	Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Optimierung der Schülerbeförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
17.02.2020	33 (2019-2020)	Resolution an die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament, die belgische Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Zugang zu audiovisuellen Medien und anderen elektronisch bereitgestellten Inhalten und Dienstleistungen für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Deutsch
17.02.2020	53 (2019-2020)	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der weiteren Absicherung der Entbindungsstationen im St. Nikolaus-Hospital Eupen und in der Klinik St. Josef in St. Vith sowie des medizinischen Angebots der beiden Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
27.04.2020	70 (2019-2020)	Resolution an die föderale Regierung und die Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Flämischen Gemeinschaft zur Aufwertung des im Pflege-sektor tätigen Personals

20.07.2020	46 (2019-2020)	Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an die Europäische Kommission, an die Föderalregierung, an die Regierung der Wallonischen Region und an die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Klimaschutz-Dringlichkeitserklärung
20.07.2020	67 (2019-2020)	Resolution an die belgische Föderalregierung zu den Auflagen und Kontrollen im Bereich der Einkommensgarantie für Betagte
20.07.2020	76 (2019-2020)	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Endlagerung atomarer Abfälle auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in seiner direkten Nähe

ANTWORTEN

Ausführliche Antworten auf Resolutionen gab es seitens der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

17.02.2020	33 (2019-2020)	Resolution an die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament, die belgische Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Zugang zu audiovisuellen Medien und anderen elektronisch bereitgestellten Inhalten und Dienstleistungen für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Deutsch
------------	----------------	--

Sehr geehrter Vorsitzender,

Im Namen der Präsidentin der Kommission, Ursula Von der Leyen, bedanke ich mich beim Parlament der deutschen Gemeinschaft für seine Entschließung zur Überprüfung der Verordnung der Kommission zur Bekämpfung von Geoblocking und anderen Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit der Kunden, ihres Wohnorts oder ihres Niederlassungs-ortes im Binnenmarkt und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22 / EG (Verordnung (EU) 302/2018 - im Folgenden „Verordnung“).

Wie in Artikel 9 vorgesehen, ist bei der ersten Bewertung insbesondere zu prüfen, ob das Diskriminierungsverbot nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b auf elektronisch erbrachte Dienstleistungen ausgeweitet werden sollte, deren Hauptmerkmal die Bereitstellung des Zugangs zu urheberrechtlich geschützten Werken oder sonstigen Schutzgegenständen und deren Nutzung ist, sofern der Anbieter über die erforderlichen Rechte für die betreffenden Hoheitsgebiete verfügt.

Wie in der der Verordnung beigefügten Erklärung erwähnt, hat sich die Kommission um eine Überprüfung bemüht, die „den steigenden Erwartungen der Verbraucher Rechnung tragen wird, insbesondere derjenigen, die keinen Zugang zu urheberrechtlich geschützten Dienstleistungen haben“. In diesem Zusammenhang wird die Kommission auch eine inhaltliche Analyse der Durchführbarkeit sowie der potenziellen Kosten und Nutzen durchführen, die sich aus Änderungen des Geltungsbereichs der Verordnung ergeben, insbesondere im Hinblick auf die mögliche Streichung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung vom Ausschluss von elektronisch erbrachten Dienstleistungen, deren Hauptmerkmal die Bereitstellung des Zugangs zu oder der Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken oder anderen geschützten Gegenständen ist, wenn der Gewerbetreibende Inhaber der erforderlichen Rechte für die betreffenden Gebiete unter gebührender Berücksichtigung der wahrscheinlichen Auswirkungen ist. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Verordnung würde sich auf Verbraucher und Unternehmen sowie auf die betroffenen Sektoren in der gesamten Europäischen Union auswirken.“ Darüber hinaus wird die Kommission „sorgfältig prüfen, ob in anderen Sektoren, einschließlich derjenigen, die nicht unter die Richtlinie 2006/123/EG fallen und die ebenfalls gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen sind, wie z.B. [...] audiovisuelle Dienstleistungen, verbleibende ungerechtfertigte Beschränkungen aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnorts oder des Niederlassungsortes [...] beseitigt werden [sollten].“

Die Kommission teilt das allgemeine Ziel des Parlaments, die rechtlichen und regulatorischen Bedingungen zu schaffen, um die grenzüberschreitende Verbreitung von Inhalten, einschließlich audiovisueller Inhalte, zu erleichtern, was in der Tat besonders wichtige Auswirkungen auf die Gewährleistung des Zugangs sprachlicher Minderheiten zu Inhalten in ihrer Muttersprache haben würde. Dies ist in der Tat das Ziel der vor kurzem von der Union verabschiedeten Initiativen wie der Richtlinie über Online-Fernseh- und -Radio-Programme (die ab dem 7. Juni 2021 in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden soll), die die Freigabe von Rechten für die Bereitstellung spezifischer audiovisueller Online-Inhalte grenzüberschreitende Dienstleistungen erleichtern wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, strebt die Kommission eine aussagekräftige Evidenzgrundlage an, die die Erwartungen der Verbraucher, aber auch die Auswirkungen auf komplexe Sektoren wie die Kreativwirtschaft berücksichtigen. Es ist in der Tat wichtig, dass bei dem Versuch, den Zugang zu Inhalten zu verbessern, die den Verbrauchern nicht zur Verfügung stehen, unbeabsichtigte Auswirkungen wie Preiserhöhungen in einigen Ländern oder Auswirkungen auf Investitionen und kulturelle Vielfalt vermieden werden, die auch und besonders sprachliche Minderheiten betreffen könnten. Es ist auch wichtig zu berücksichtigen, dass mögliche Auswirkungen der Erweiterung, insbesondere im Hinblick auf „Erwartungen von Kunden, die keinen Zugang zu Inhalten haben“, auch von der urheberrechtlichen Lizenzierungspraxis abhängen, die die Verordnung als solche unberührt lassen soll.

In diesem Zusammenhang haben die Kommissionsdienststellen daher eine Reihe verschiedener Datensätze erfasst, um die Nachfrage und die Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich des grenzüberschreitenden Zugangs zu Inhalten sowie eine eingehende rechtliche und wirtschaftliche Analyse vorzunehmen, um die Auswirkungen einer möglichen Ausweitung der Verordnung auf alle Online-Dienste, die Zugang zu urheberrechtlich geschützten Inhalten gewähren, einschließlich nicht-audiovisueller und audiovisueller Dienste, zu bewerten. Dazu gehört ein umfangreiches EU-Flash-Eurobarometer über die Erfahrungen von Kunden beim grenzüberschreitenden Zugriff auf Inhalte, das bereits im Mai 2019 veröffentlicht wurde, eine unabhängige Studie, die eingehende Analysen und Daten zu Angebot und Nachfrage verschiedener grenzüberschreitender Inhalte sowie mögliche Auswirkungen von Erweiterungen für die Bereiche Audiovisuelles, Musik, E-Books, Videospiele und Software sowie interne Datensätze, die mit der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Center) von der Kommission erstellt worden sind, liefert.

Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, ihren Bericht zu veröffentlichen, sobald die Umstände dies zulassen, und das endgültige Ziel zu erreichen, den Zugang zu Inhalten in der gesamten Union zu erleichtern und unternimmt alle Anstrengungen, um den Bericht sobald als möglich unter den gegebenen Umständen der Covid-19 Epidemie zu veröffentlichen.

Ich freue mich darauf, die Ergebnisse der laufenden Analyse mit der Industrie, den Verbraucherorganisationen sowie mit den europäischen und nationalen / regionalen Parlamenten auch im Hinblick auf mögliche Interventionsoptionen und umfassendere politische Ansätze, einschließlich im Rahmen des Aktionsplans für Medien und audiovisuelle Medien, zu erörtern. Die Kommission wird nach Möglichkeit über den neuen, leicht angepassten Zeitplan informieren.

Ich hoffe, dass diese Informationen ein erstes Feedback zur Entschließung des Parlaments der deutschen Gemeinschaft geben können, und freue mich darauf, den diesbezüglichen Dialog auch in der Zukunft fortzusetzen.

Hochachtungsvoll,

Thierry Breton

Europäische Kommission

Mitglied der Kommission

(unterzeichnet am 07.05.2020)

Sehr geehrter Herr Präsident Lambertz,

ich bedanke mich für Ihren Brief vom 27 Februar 2020 und für die Übermittlung der Resolution des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17 Februar 2020 betreffend den Zugang der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien zu digitalen audiovisuellen Mediendiensten aus Deutschland.

Die von Ihnen vorgebrachten Bedenken halte ich für beachtenswert. Wie Sie wissen, hat das Europäische Parlament immer großen Wert darauf gelegt, die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern und beobachtet diesbezüglich die Situation in den Mitgliedstaaten genau.

Wie die Resolution des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft richtig anmerkt, hat das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 13. November 2018 zu Mindestnormen für Minderheiten in der EU {2018/2036(INI)} die Kommission dazu ermutigt, rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Minderheiten in den Mitgliedstaaten Zugang zu audiovisuellen Inhalten in ihrer jeweiligen Muttersprache haben.

In diesem Zusammenhang wird das Europäische Parlament auch die Ergebnisse des ersten Evaluierungsberichtes der Kommission zur Verordnung (EU) 2018/302 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking im Detail analysieren. Dabei werden wir besonderes Augenmerk auf die Anwendung dieser Verordnung auf elektronisch übermittelte Dienste legen, welche den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Inhalten und deren Verwendung ermöglicht.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir diesem Thema weiterhin volle Beachtung schenken und das Europäische Parlament die Situation aufmerksam beobachten wird.

Mit freundlichen Grüßen,

David Maria Sassi

Präsident des Europäischen Parlaments

(unterzeichnet am 13.05.2020)

20.07.2020	46 (2019-2020)	Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an die Europäische Kommission, an die Föderalregierung, an die Regierung der Wallonischen Region und an die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Klimaschutz-Dringlichkeitserklärung
------------	----------------	--

Sehr geehrter Herr Präsident Lambertz,

im Namen von Präsidentin von der Leyen danke ich Ihnen für die Übermittlung der Resolution des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Bezug auf die Klimaschutz-Dringlichkeitserklärung und die Mitteilung „Europäischer Grüner Deal“ (COM (2019) 640 final).

Zwar stehen die Eindämmung des Coronavirus und die Bewältigung seiner sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Mittelpunkt unserer unmittelbaren Bemühungen, doch stellen auch der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt existenzielle und globale Notfallsituationen dar. Die vollständige Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, des Pariser Klimaschutzübereinkommens und der international vereinbarten Biodiversitätsziele sind nach wie vor von entscheidender Bedeutung, um die Welt besser für künftige systemische Schocks zu wappnen.

Oberste Priorität in den politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen hat der europäische Grüne Deal, der als Fahrplan und Wachstumsstrategie weiterhin unerlässlich sein wird. Im angepassten Arbeitsprogramm der Kommission wurde daran erinnert, dass sich die Kommission uneingeschränkt dafür einsetzt, den zweifachen ökologischen und digitalen Wandel zu beschleunigen. Dazu gehört die Verabschiedung des Klimapakts im Herbst 2020 und einer neuen ehrgeizigen EU-Anpassungsstrategie Anfang nächsten Jahres.

Wie in der Mitteilung „Die Stunde Europas: Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation“ betont wurde, bedarf es beispielloser befristeter Investitionen, um die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Beschäftigung, Einkommen und Unternehmen zu bewältigen. Die Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates vom 17. bis 21. Juli 2020 bestätigen die zentrale Rolle des europäischen Grünen Deals in der Aufbaustrategie. Mit „NextGenerationEU“ verfügen wir über ein einzigartiges Aufbauinstrument, das mit 750 Mrd. EUR zur Unterstützung der am schwersten Betroffenen ausgestattet ist und Investitionen in den europäischen Grünen Deal, in die Digitalisierung, in die Modernisierung des Binnenmarkts und in die Resilienz ermöglicht.

Die Aufbaustrategie wird zudem die Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen und sicherstellen, dass die am stärksten Betroffenen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, geschützt werden. Insbesondere wird der Mechanismus für einen gerechten Übergang diejenigen Gebiete unterstützen, die größere Anstrengungen unternehmen müssen, um Klimaneutralität zu erreichen.

In der Industriestrategie und im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft der EU, die Anfang März verabschiedet wurden, wird die zentrale Rolle hervorgehoben, die Innovation und Technologie für die Aufrechterhaltung der Führungsposition der EU-Industrie beim zweifachen ökologischen und digitalen Wandel spielen.

Multilateralismus, offener und fairer Handel sowie eine regelbasierte Ordnung sind heute wichtiger denn je. Im Kontext dieser Aufbaustrategie sollte die EU in ihrer Entwicklungs- und Kooperationspolitik gegenüber Dritt/ändern weiterhin einen umfassenden, gerechten und ökologischen Ansatz verfolgen. Dabei werden wir gleichberechtigt zusammenarbeiten und nicht „unsere“ Standards exportieren, sondern gemeinsam „globale Standards“ entwickeln.

Für den Erfolg des europäischen Grünen Deals kommt es auf die Einbeziehung und das Engagement der Öffentlichkeit und aller europäischen Akteure an. Dazu gehören auch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als wichtigste Schnittstelle für die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Verhalten und ihren Entscheidungen diesen Wandel möglich machen.

Mit freundlichen Grüßen

Frans Timmermans
Europäische Kommission
Exekutiver Vizepräsident
(unterzeichnet am 11.08.2020)

GUTACHTEN

Verabschiedung	Dok-Nr.	Titel
22.06.2020	81 (2019-2020)	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung von Artikel 14bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, was den gleichzeitigen Bezug öffentlicher Entschädigungen

Verabschiedung von Haushaltsplänen

DIE HAUSHALTSPLÄNE

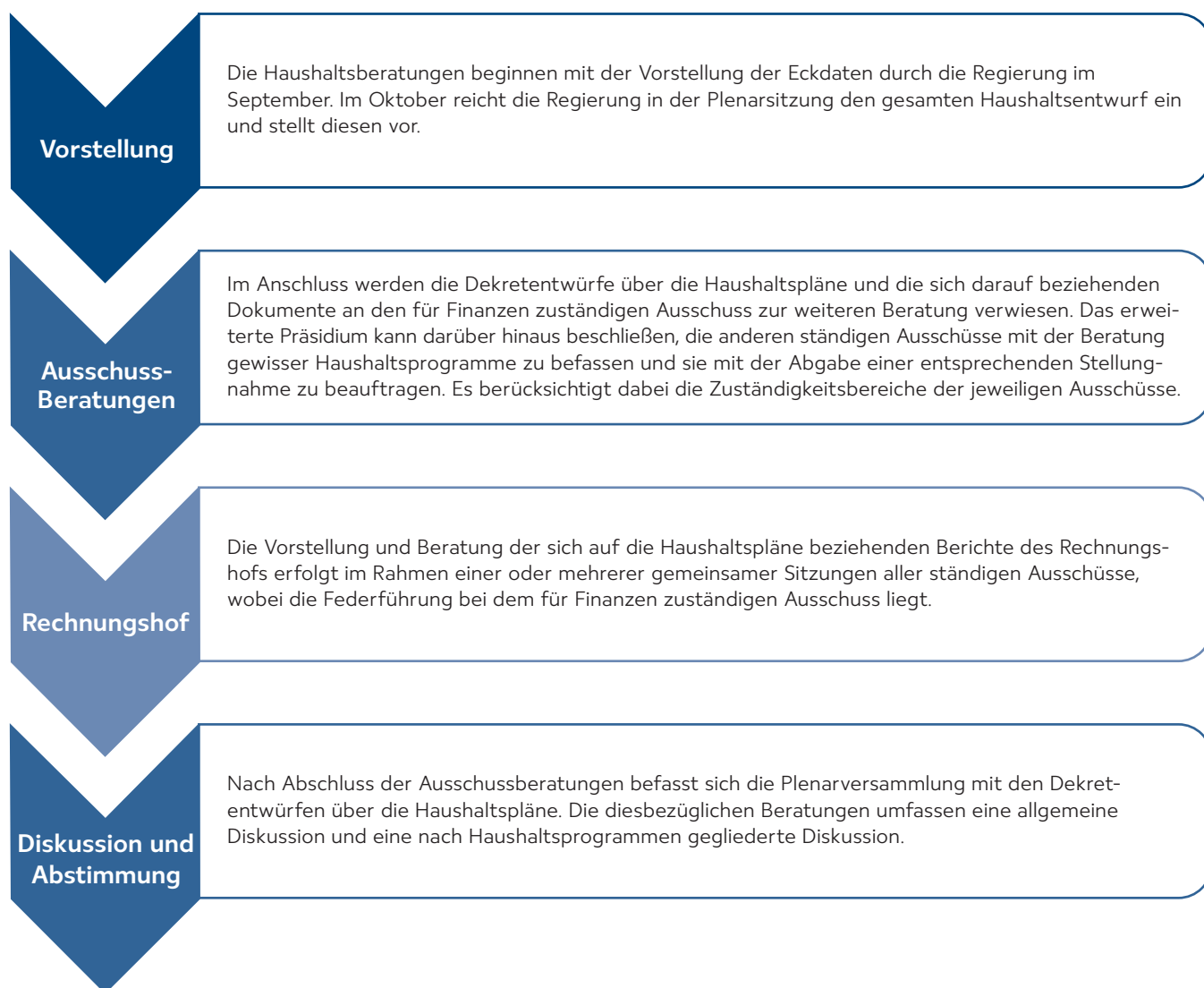
Das Parlament verabschiedet die Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Beratungen und die Verabschiedung der Dekretentwürfe über den Haushalt der Einnahmen und den Haushalt der Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben dabei immer Vorrang vor anderen Beratungen.

Der Haushalt unterliegt dem Prinzip der Jährlichkeit und umfasst Einnahmen und Ausgaben eines Jahres, von Januar bis Dezember.

Die Beratungen zum Haushalt haben eine feste Struktur. Nach der Vorstellung durch die Regierung werden die

Haushaltsdokumente in den Ausschüssen diskutiert und vom Rechnungshof analysiert. Die Regierung legt dafür umfangreiche Planungsdokumente offen. Am Ende der Prozedur stehen die öffentliche Debatte in der Plenarsitzung und die Verabschiedung.

Die Haushaltspläne eines Jahres werden im vorherigen Jahr verabschiedet. Der Herbst ist daher der Zeitpunkt zur Diskussion über den Haushalt des kommenden Jahres, im Frühsommer folgen Diskussionen zu ersten Anpassungen des Haushalts des laufenden Jahres. Eine zweite Anpassung kann im Herbst folgen, gegebenenfalls eine dritte im Jahr danach. Zwei Jahre nach Verabschiedung eines Haushalts wird dieser in der Regel ebenfalls durch ein Dekret abgeschlossen, das bedeutet, dass geprüft und festgehalten wird, was von den Plänen tatsächlich umgesetzt wurde.



In der Sitzungsperiode 2019-2020 verabschiedete das Parlament mehrere Haushaltsdekrete:

Verabschiedung	Dok-Nr.	Titel
12.12.2019	5-3-HH2018 (2019-2020)	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018

12.12.2019	6-HH2018 (2019-2020)	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018
12.12.2019	4-HH2020 (2019-2020)	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020
12.12.2019	5-2-HH2019 (2019-2020)	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019
22.06.2020	5-1-HH2020	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020

DIE ROLLE DES RECHNUNGSHOFS

Der Rechnungshof übt eine externe Kontrolle über die Haushalts-, Buchhaltungs- und Finanzverrichtungen des Föderalstaates, der Gemeinschaften, der Regionen, der öffentlichen Einrichtungen, die diesen Behörden unterliegen, und der Provinzen aus. Die Kontrolle der Gemeinden fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Rechnungshofes.

Die Haushaltskontrolle und die Empfehlungen münden in einem Bericht, den ein oder mehrere Vertreter im Parlament vorstellen und der in gemeinsamen Ausschusssitzungen diskutiert wird.

Der Rechnungshof verwaltet darüber hinaus die Mandatserklärungen aller Mandatsträger und leitende Beamten, die jährlich eine Liste ihrer Mandate, Ämter und

Berufe sowie die Höhe der damit verbundenen Entlohnung (Bruttojahresbetrag oder Größenordnung) dem Rechnungshof elektronisch übermitteln.

Im Auftrag des Parlaments prüft der Rechnungshof die Finanzberichte der VoG-Fraktionen auf deren Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er prüft darüber hinaus die bestimmungsmäßige Verwendung der vom Parlament gewährten Finanzmittel. Die politische Erforderlichkeit oder Zweckmäßigkeit einer Maßnahme oder Ausgabe einer Fraktion ist nicht Gegenstand der Prüfung.

Die Prüfung findet a posteriori statt. Die weiteren Modalitäten der Prüfung werden in einem zwischen Rechnungshof und Präsidium abgeschlossenen Protokoll festgelegt.

Beziehungen zur Regierung

DIE REGIERUNG

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt vier Mitglieder.



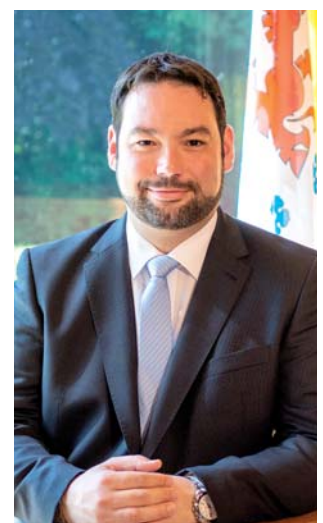
Oliver Paasch
Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
und Finanzen



Antonios Antoniadis
Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und
Soziales, Raumordnung und
Wohnungswesen



Isabelle Weykmans
Ministerin für Kultur
und Sport, Beschäftigung
und Medien



Harald Mollers
Minister für Bildung,
Forschung und Erziehung

DIE REGIERUNGSKONTROLLE

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten müssen. Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei

der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist die Ausnahme, ist aber möglich.

Mündliche Fragen

Bei den mündlichen Fragen unterscheidet man zwischen den Fragen, den dringenden Fragen sowie den aktuellen Fragen.

Der Abgeordnete stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeitsweise im Jahr 2016 werden mündliche Fragen in den Regierungskontrollsitzen der Ausschüsse gestellt.

Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10 Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Das Format der aktuellen Frage wurde im Februar 2020 versuchsweise eingeführt. Zu Beginn der Plenarsitzung wird eine aktuelle Fragestunde eingeführt. Die Fragen müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung hinterlegt werden. Sie müssen einen aktuellen Charakter aufweisen. Das Format wird evaluiert und bei Bedarf angepasst.

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
14	01.10.2019	F. Mockel	Ecolo	Zukunft von Kunstrasenplätzen in Ostbelgien	I. Weykmans	All	2
15	01.10.2019	P. Schmitz	ProDG	Programm „Kultur macht Schule“	I. Weykmans	All	2
16	01.10.2019	G. Freches	PFF	Interreg-Projekt „youRegion“	I. Weykmans	All	2
17	01.10.2019	G. Freches	PFF	Jobmesse „Talentum“	I. Weykmans	All	2
18	01.10.2019	C. Kraft	CSP	Akteure der Berufswahlvorbereitung	I. Weykmans	All	2
19	02.10.2019	F. Mockel	Ecolo	Entwicklung der Mehrkosten für Familienleistungen	A. Antoniadis	AIV	2
20	02.10.2019	G. Freches	PFF	Fehlbildungen bei Neugeborenen	A. Antoniadis	AIV	2
21	02.10.2019	E. Jadin	PFF	Krankenpflegestudium	A. Antoniadis	AIV	2
22	03.10.2019	P. Schmitz	ProDG	Förderschulen	H. Mollers	AIII	2
23	03.10.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Schulabbrüche in Ostbelgien	H. Mollers	AIII	2
24	03.10.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Gemeinsame Grundschule Bütgenbach	H. Mollers	AIII	2
25	07.10.2019	G. Freches	PFF	Stärkung der Dörfer, Viertel und Städte in Ostbelgien	O. Paasch	AI	2
26	07.10.2019	C. Kraft	CSP	Bewertung der gemeinschaftspolitischen Erklärung der Regierung und des Regierungsprogramms durch die Gemeinden und die ÖSHZ	O. Paasch	AI	2
27	07.10.2019	C. Kraft	CSP	Bezuschussung des Um- bzw. Neubaus des Polizeigebäudes in Eupen	O. Paasch	AI	2
28	07.10.2019	J. Franssen	CSP	Integrierter Energie- und Klimaplan	O. Paasch	AI	2
29	07.10.2019	F. Mockel	Ecolo	Haushaltsdaten	O. Paasch	AI	2
30	07.10.2019	C. Kraft	CSP	Haushaltsordnung	O. Paasch	AI	2
31	07.10.2019	F. Mockel	Ecolo	Klimaplan	O. Paasch	AI	2
32	04.11.2019	P. Schmitz	ProDG	Ostbelgienmarke	O. Paasch	AI	3
33	04.11.2019	P. Schmitz	ProDG	Geoblocking	O. Paasch	AI	3

34	04.11.2019	G. Freches	PFF	Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	3
35	04.11.2019	G. Freches	PFF	Umwandlung des Arbeitsamtes in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung	O. Paasch	AI	3
36	04.11.2019	F. Mockel	Ecolo	Raumordnung und Maßnahmen gegen die Zersiedlung	A. Antoniadis	AI	3
37	04.11.2019	F. Cremer	ProDG	Zukünftige Finanzierung der Hilfeleistungszonen	O. Paasch	AI	3
38	05.11.2019	P. Schmitz	ProDG	Rundfunksender Radion Fantasy	I. Weykmans	All	3
39	05.11.2019	J. Huppertz	CSP	Radio Fantasy	I. Weykmans	All	3
40	05.11.2019	P. Schmitz	ProDG	Stipendien für ostbelgische Künstler	I. Weykmans	All	3
41	05.11.2019	F. Mockel	Ecolo	Verpflichtung der Jugendlagerleiter, einen Auszug aus dem Strafregister vorzulegen	I. Weykmans	All	3
42	05.11.2019	J. Huppertz	CSP	Arbeitsvermittlung durch die ÖSHZ	I. Weykmans	All	3
43	06.11.2019	E. Jadin	PFF	Antidiskriminierungsstelle der VoG Prisma	A. Antoniadis	AIV	3
44	06.11.2019	J. Huppertz	CSP	Besuch bei der Timtschenko-Stiftung in Moskau	A. Antoniadis	AIV	3
45	06.11.2019	J. Huppertz	CSP	Wartelisten der hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	3
46	06.11.2019	F. Mockel	Ecolo	Aufspaltung der Wohnungsbaugesellschaft Nosbau vor dem Hintergrund der Übernahme der Zuständigkeit für das Wohnungswesen zum 1. Januar 2020	A. Antoniadis	AIV	3
47	06.11.2019	C. Kever	SP	Wohnungsbaugesellschaft Nosbau	A. Antoniadis	AIV	3
48	06.11.2019	L. Scholzen	ProDG	Kinderarmut	A. Antoniadis	AIV	3
49	06.11.2019	J. Grommes	ProDG	Ostbelgien-Regelung	A. Antoniadis	AIV	3
50	06.11.2019	J. Grommes	ProDG	Werbeaktionen von ausländischen Medizinerinnen	A. Antoniadis	AIV	3
51	07.11.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Nutzung des Fahrrads auf dem Arbeitsweg	H. Mollers	AIII	3
52	07.11.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Kompetenzzentrum des Zentrums für Förderpädagogik	H. Mollers	AIII	3
53	07.11.2019	C. Servaty	SP	Vermeintliche Grenze für Konversationskurse in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	AIII	3
54	07.11.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Bedarfsanalyse zu den Materialkosten der Kindergärten	H. Mollers	AIII	3
55	07.11.2019	F. Cremer	ProDG	Abschlussbericht des Pilotprojekts „Digitales Geschichtsbuch“	H. Mollers	AIII	3
56	02.12.2019	P. Schmitz	ProDG	Gewährung eines zinslosen Darlehens an die VoG Eastbelgica	O. Paasch	AI	4
57	02.12.2019	R. Nelles	CSP	Forschungsauftrag bezüglich der Reform der Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	4
58	02.12.2019	R. Nelles	CSP	Auflösung des Senats und seine Umwandlung in eine Bürgerversammlung	O. Paasch	AI	4
59	02.12.2019	C. Servaty	SP	Grenzüberschreitende Einsätze von Sicherheits- und Rettungsdiensten	O. Paasch	AI	4
60	03.12.2019	P. Schmitz	ProDG	Einstufung der Chöre in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	4
61	03.12.2019	P. Spies	SP	Unterstützung regionaler Künstler in Ostbelgien	I. Weykmans	All	4
62	03.12.2019	G. Freches	PFF	Einrichtung von „Dorf-Büros“ in Ostbelgien	I. Weykmans	All	4
63	04.12.2019	J. Huppertz	CSP	Beratungsportal für Missbrauch	A. Antoniadis	AIV	4
64	04.12.2019	F. Mockel	Ecolo	Sogenannte lokoregionale Krankenhausnetze	A. Antoniadis	AIV	4
65	04.12.2019	J. Grommes	ProDG	Zukunft der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	4

66	04.12.2019	J. Huppertz	CSP	Lipödem sowie Chancen und Risiken der aktuellen Versorgungssituation	A. Antoniadis	AIV	4	
67	04.12.2019	F. Mockel	Ecolo	Arbeitsdruck des Pflegepersonals und Erhöhung der Mittel des Fonds für den Pflegesektor	A. Antoniadis	AIV	4	
68	04.12.2019	F. Mockel	Ecolo	Bau neuer Sozialwohnungen	A. Antoniadis	AIV	4	
69	04.12.2019	F. Mockel	Ecolo	Interministerielle Konferenz für die Rechte der Frau	A. Antoniadis	AIV	4	
70	04.12.2019	F. Mockel	Ecolo	Direktor der Wohnungsbaugesellschaft „Öffentlicher Wohnungsbau Eifel“	A. Antoniadis	AIV	4	
71	04.12.2019	C. Kever	SP	Paten- und Bereitschaftspflegefamilien	A. Antoniadis	AIV	4	
72	04.12.2019	L. Scholzen	ProDG	Alternative Wohnformen für Senioren	A. Antoniadis	AIV	4	
73	04.12.2019	J. Huppertz	CSP	Schutz des Krankenhauspersonals vor aggressiven Übergriffen	A. Antoniadis	AIV	4	
74	05.12.2019	J. Hilligsmann	ProDG	Kinderbetreuungsinspektoren	H. Mollers	AIII	4	
75	05.12.2019	P. Schmitz	ProDG	Ärztliche Atteste für Schüler	H. Mollers	AIII	4	
76	05.12.2019	P. Schmitz	ProDG	Gemeinsame Absichtserklärung der Benelux-Länder und der baltischen Länder über die Automatisierung der gegenseitigen Anerkennung von Hochschuldiplomen	H. Mollers	AIII	4	
77	05.12.2019	P. Schmitz	ProDG	Theaterpädagogik an Schulen	H. Mollers	AIII	4	
78	05.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Finanzierung von Abonnements des Schülermagazins „Journal des enfants“	H. Mollers	AIII	4	
79	05.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Sprachlernklassen/Sprachlernkurse für erstankommende Schüler	H. Mollers	AIII	4	
80	05.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	CAP-Lehrbefähigung an der Autonomen Hochschule	H. Mollers	AIII	4	
81	05.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Personelle Situation der Kinderkrippe in Eupen	H. Mollers	AIII	4	
82	05.12.2019	L. Scholzen	ProDG	Schulische Inklusion	H. Mollers	AIII	4	
83	05.12.2019	C. Servaty	SP	Inklusion und Integration an den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	AIII	4	
84	10.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Unterrichtsausfall am Kgl. Athenäum Eupen	H. Mollers	P	4	DF
85	13.01.2020	F. Mockel	Ecolo	Ablehnung des Antrags der VoG Oikos auf steuerliche Absetzbarkeit von Spenden	O. Paasch	AI	5	
86	14.01.2020	G. Freches	PFF	Umfrage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Lebensmittelnahversorgung in der Eifel	I. Weykmans	All	5	
87	14.01.2020	F. Mockel	Ecolo	Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Dezember 2019	I. Weykmans	All	5	
88	14.01.2020	F. Mockel	Ecolo	Ausbau des Glasfasernetzes	I. Weykmans	All	5	
89	15.01.2020	E. Jadin	PFF	Kostenlose Krebsvorsorge- und -früherkennungsprogramme in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	5	
90	15.01.2020	J. Huppertz	CSP	Gebärmutterhalskrebsvorsorge	A. Antoniadis	AIV	5	
91	15.01.2020	C. Kever	SP	Seniorenorfhäuser im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	5	
92	15.01.2020	C. Kever	SP	VoG Stundenblume	A. Antoniadis	AIV	5	
93	15.01.2020	L. Scholzen	ProDG	Mangelhaftes Verständnis der eigenen Krankheit oder Behandlung	A. Antoniadis	AIV	5	
94	16.01.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Unterstützung und Begleitung von Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern, die in der Primarschule unterrichten	H. Mollers	AIII	5	
95	16.01.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Nachteilsausgleich und Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung	H. Mollers	AIII	5	

96	16.01.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Mangel an Tagesmüttern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	AIII	5	
97	16.01.2020	C. Servaty	SP	Kinderbetreuungsplätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	AIII	5	
98	16.01.2020	C. Kraft	CSP	Krankentage im Unterrichtswesen	H. Mollers	AIII	5	
99	03.02.2020	J. Franssen	CSP	Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der „NewB“-Bank	O. Paasch	AI	6	
100	03.02.2020	G. Freches	PFF	Praktische Umsetzung der SEC-Buchhaltungsregeln	O. Paasch	AI	6	
101	03.02.2020	F. Cremer	ProDG	Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten	O. Paasch	AI	6	
102	03.02.2020	C. Servaty	SP	Korrekte Einhaltung der Sprachengesetzgebung durch die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Energieversorgungsunternehmen	O. Paasch	AI	6	
103	04.02.2020	G. Freches	PFF	Ausbau des VOO-Netzes (Kabelfernsehen und Internet) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	6	
104	04.02.2020	G. Freches	PFF	Unterstützung junger Unternehmer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	6	
105	04.02.2020	D. Stiel	Vivant	Berufsberatung am Robert-Schuman-Institut Eupen	I. Weykmans	All	6	
106	05.02.2020	J. Huppertz	CSP	Einrichtung einer Heimfinder-App	A. Antoniadis	AIV	6	
107	05.02.2020	C. Kever	SP	Begleitung von Häftlingen in deutscher Sprache	A. Antoniadis	AIV	6	
108	05.02.2020	C. Kever	SP	Kontrolle von Leistungsempfängern durch Postboten	A. Antoniadis	AIV	6	
109	05.02.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Entschuldungsfonds	A. Antoniadis	AIV	6	
110	05.02.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Polio-Impfung	A. Antoniadis	AIV	6	
111	05.02.2020	E. Jadin	PFF	Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Stakeholder in diversen Studien	A. Antoniadis	AIV	6	
112	05.02.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	KCE-Studie zum Fachkräftemangel in Pflegeberufen	A. Antoniadis	AIV	6	
113	05.02.2020	J. Huppertz	CSP	Sexualität von Bewohnern der Wohn- und Pflegezentren sowie von Menschen mit Beeinträchtigung	A. Antoniadis	AIV	6	
114	05.02.2020	J. Huppertz	CSP	Vergabe der betreuten Wohnungen in der Residenz Leoni	A. Antoniadis	AIV	6	
115	06.02.2020	C. Kraft	CSP	Krankheitsbedingte Fehltag von Schülern und Studierenden	H. Mollers	AIII	6	
116	06.02.2020	C. Servaty	SP	Krisenintervention in den Schulen	H. Mollers	AIII	6	
117	06.02.2020	A. Jerusalem	Ecolo	GrenzEcho-Gastkommentar von Frau Weykmans zum Thema „Religion und Schule“	H. Mollers	AIII	6	DF
118	17.02.2020	G. Freches	PFF	Alternativen zum derzeit praktizierten Streaming zwecks Veröffentlichung von Parlamentssitzungen	I. Weykmans	P	6	AF
119	17.02.2020	C. Servaty	SP	Nicht stattfindende Ferienbetreuung des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung in der Gemeinde Amel	H. Mollers	P	6	AF
120	17.02.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Einführung von unbefristeten Verträgen ab Dienstbeginn im Bildungswesen	H. Mollers	P	6	AF
121	17.02.2020	J. Huppertz	CSP	Elterngeld für Grenzgänger	A. Antoniadis	P	6	AF
122	09.03.2020	G. Freches	PFF	Green Bonds als Finanzierungsmodell für nachhaltige Projekte	O. Paasch	AI	7	
123	09.03.2020	F. Cremer	ProDG	Besetzung des Informations- und Kommunikationszentrums der föderalen Polizei mit deutschsprachigen Beamten	O. Paasch	AI	7	

124	09.03.2020	C. Servaty	SP	Interreg-Projektaufruf für Mikroprojekte in der Großregion	O. Paasch	AI	7	
125	09.03.2020	G. Freches	PFF	Kampf gegen Rassismus	O. Paasch	AI	7	
126	09.03.2020	J. Franssen	CSP	Entwicklung des Haushaltsergebnisses 2020	O. Paasch	AI	7	
127	09.03.2020	P. Schmitz	ProDG	Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft am EU-Programm LIFE IP	O. Paasch	AI	7	
128	09.03.2020	F. Mockel	Ecolo	Finanzierung der Kirchenfabriken bzw. Unterhalt der Kirchengebäude	O. Paasch	AI	7	
129	09.03.2020	R. Nelles	CSP	Taskforce im Bereich Wirtschaftshilfe	O. Paasch	AI	7	
130	10.03.2020	P. Schmitz	ProDG	Fußballtrainerausbildung	I. Weykmans	All	7	
131	10.03.2020	J. Hilligsmann	ProDG	Amateursportvereine	I. Weykmans	All	7	
132	10.03.2020	G. Freches	PFF	Aktionsplan 2020 des Fachkräftebündnisses Ostbelgien	I. Weykmans	All	7	
133	11.03.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Biomonitoring-Programm in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	7	
134	11.03.2020	J. Huppertz	CSP	Bekämpfung sexueller Gewalt	A. Antoniadis	AIV	7	
135	11.03.2020	J. Huppertz	CSP	Aktionsplan für Frauenrechte	A. Antoniadis	AIV	7	
136	11.03.2020	C. Kever	SP	Psycho-immunologische Aspekte der aktuellen Corona-Epidemie	A. Antoniadis	AIV	7	
137	11.03.2020	J. Huppertz	CSP	Einschränkung der Besuchsmöglichkeiten in den hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren vor dem Hintergrund der Corona-Epidemie	A. Antoniadis	AIV	7	
138	11.03.2020	J. Grommes	ProDG	Notrufnummer 112	A. Antoniadis	AIV	7	
139	11.03.2020	L. Scholzen	ProDG	Bekämpfung seltener Krankheiten	A. Antoniadis	AIV	7	
140	11.03.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Bezuschussung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	7	
141	12.03.2020	C. Kraft	CSP	Begrenzung der Fachunterrichte in den ostbelgischen Sekundarschulen	H. Mollers	AIII	7	
142	12.03.2020	C. Kraft	CSP	Einsatz von Muttersprachlern im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	AIII	7	
143	12.03.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Kommunikation an die Schulen zu drohenden witterungsbedingten Gefahrensituationen	H. Mollers	AIII	7	
144	12.03.2020	C. Kraft	CSP	Yoga in Schulen	H. Mollers	AIII	7	
145	12.03.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Chancengleichheit und Zielsetzungen für erstankommende Schüler	H. Mollers	AIII	7	
146	12.03.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Katalog „Demokratie macht Schule“ des Instituts für Demokratiepädagogik	H. Mollers	AIII	7	
147	12.03.2020	C. Servaty	SP	Anwendung des Nachteilsausgleichs an den Schulen	H. Mollers	AIII	7	
148	12.03.2020	P. Schmitz	ProDG	Coronavirus und die diesbezüglichen Informationen für die Schulen	H. Mollers	AIII	7	
149	12.03.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Religions- und Moralunterricht im Kindergarten	H. Mollers	AIII	7	
150	12.03.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Berufliche Orientierung von Schülern und Studenten	H. Mollers	AIII	7	
151	12.03.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels durch Verkürzung der Studiendauer	H. Mollers	AIII	7	
152	11.03.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Besuchsverbot in den hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	7	DF
153	11.03.2020	J. Franssen	CSP	Phase 2+ des nationalen Katastrophenplans zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus	A. Antoniadis	AIV	7	DF

154	06.04.2020	J. Huppertz	CSP	Informationen für Hörgeschädigte zur Coronapandemie	A. Antoniadis	GSAA	8
155	06.04.2020	J. Huppertz	CSP	Faltblatt „Coronavirus - gemeinsam richtig handeln“ des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	GSAA	8
156	06.04.2020	G. Freches	PFF	Verteilerschlüssel für Mundschutzmasken	A. Antoniadis	GSAA	8
157	06.04.2020	D. Stiel	Vivant	Notfallversorgung von Schmerzpatienten im Fall von fehlender Schutzausrüstung in Zahnarztpraxen im Zusammenhang mit COVID-19	A. Antoniadis	GSAA	8
158	06.04.2020	J. Grommes	ProDG	Schutzmaterial für Pflegekräfte und Ärzte	A. Antoniadis	GSAA	8
159	06.04.2020	J. Huppertz	CSP	Schutzmaßnahmen in Wohn- und Pflegezentren für Senioren während der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	8
160	06.04.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Ankauf von Schutzmaterial (Mundschutzmasken, Schutzkleidung) durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	A. Antoniadis	GSAA	8
161	06.04.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Hilfeleistungen im Haushalt	A. Antoniadis	GSAA	8
162	06.04.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Situation der Familienhelfer	A. Antoniadis	GSAA	8
163	06.04.2020	J. Huppertz	CSP	Kapazität an Intensivbetten in den Krankenhäusern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft während der Corona-Epidemie	A. Antoniadis	GSAA	8
164	06.04.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Finanzielle Situation der Wohn- und Pflegezentren für Senioren und der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	GSAA	8
165	06.04.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Einkommenssituation des mit dem Coronavirus infizierten Pflegepersonals	A. Antoniadis	GSAA	8
166	06.04.2020	J. Huppertz	CSP	Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt infolge der Ausgangssperre	A. Antoniadis	GSAA	8
167	06.04.2020	G. Freches	PFF	Rolle der lokalen Behörden in der aktuellen Coronakrise	O. Paasch	GSAA	8
168	06.04.2020	P. Spies	SP	Technologische Hilfsmittel zur Eindämmung der Coronapandemie	O. Paasch	GSAA	8
169	06.04.2020	C. Servaty	SP	Gewährleistung gerechter Rahmenbedingungen im Unterrichtswesen während der Coronakrise sowie in der Folgezeit	H. Mollers	GSAA	8
170	06.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Umgang mit dem durch die Coronamaßnahmen verursachten Unterrichtsausfall	H. Mollers	GSAA	8
171	06.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Chancengleichheit zu Zeiten geschlossener Schulen	H. Mollers	GSAA	8
172	06.04.2020	C. Kraft	CSP	Coronakrise und ihre Auswirkungen auf Teilbereiche des Schulwesens	H. Mollers	GSAA	8
173	06.04.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Unterstützung von Schulen und Familien beim Lehr- und Lernauftrag während der Coronakrise	H. Mollers	GSAA	8
174	06.04.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Investition in den IT-Bereich im Unterrichtswesen	H. Mollers	GSAA	8
175	06.04.2020	A. Mertes	Vivant	Verlorene Unterrichtszeit aufgrund der Coronapandemie	H. Mollers	GSAA	8
176	06.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Einkommensausfall der Tagesmütter infolge der Corona-Epidemie	H. Mollers	GSAA	8
177	06.04.2020	C. Kraft	CSP	Bezuschussung des GrenzEcho durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und Absicherung der Qualität der Schriftpresse	I. Weykmans	GSAA	8
178	06.04.2020	F. Mockel	Ecolo	Maßnahmen des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des Suchverhaltens der Arbeitsuchenden und der diesbezüglichen Kontrolle	I. Weykmans	GSAA	8

179	06.04.2020	F. Mockel	Ecolo	Angebote der Bibliotheken und Mediatheken in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	GSAA	8
180	06.04.2020	C. Kever	SP	5G-Technologie von Proximus	I. Weykmans	GSAA	8
181	06.04.2020	F. Mockel	Ecolo	Ankündigung von Proximus in Bezug auf den Netzausbau mit 5G-Technologie	I. Weykmans	GSAA	8
182	27.04.2020	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Einstein-Teleskop	O. Paasch	GSAA	9
183	27.04.2020	J. Franssen	CSP	Beihilfe für Gemeinden, die zeitweilig auf die Erhebung der Gemeindesteuer verzichten	O. Paasch	GSAA	9
184	27.04.2020	C. Kever	SP	Mit der Erstellung einer Strategie zur sukzessiven Lockerung der Coronamaßnahmen beauftragte Expertengruppe GEES	O. Paasch	GSAA	9
185	27.04.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Senkung der Kosten des Sekundarschulbesuchs	H. Mollers	GSAA	9
186	27.04.2020	G. Freches	PFF	Anfechtung von Klassenratsentscheidungen vor dem Hintergrund der sanitären Krise	H. Mollers	GSAA	9
187	27.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Praktische Umsetzung einer möglichen Wiederaufnahme des Unterrichts	H. Mollers	GSAA	9
188	27.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Wertigkeit der Abschlussdiplome des laufenden Schuljahres	H. Mollers	GSAA	9
189	27.04.2020	A. Mertes	Vivant	Dauer des laufenden Schuljahres vor dem Hintergrund der Corona-Epidemie	H. Mollers	GSAA	9
190	27.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Zugang zur Notbetreuung	H. Mollers	GSAA	9
191	27.04.2020	C. Servaty	SP	Erste Erfahrungen mit der Ausübung der Zuständigkeiten für Raumordnung und Urbanismus	A. Antoniadis	GSAA	9
192	27.04.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Drastischer Rückgang von Herzinfarkten und Schlaganfällen	A. Antoniadis	GSAA	9
193	27.04.2020	G. Freches	PFF	Krebserkennung und -behandlung während der Coronapandemie	A. Antoniadis	GSAA	9
194	27.04.2020	C. Servaty	SP	Empfehlung der Föderalregierung, zwecks Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus eine Stoffmaske zu tragen	A. Antoniadis	GSAA	9
195	27.04.2020	C. Kraft	CSP	Bereitstellung von Schutzmasken zum Schutz gegen das Coronavirus	A. Antoniadis	GSAA	9
196	27.04.2020	G. Freches	PFF	Zusammenarbeit der hiesigen Krankenhäuser während der Corona-Epidemie	A. Antoniadis	GSAA	9
197	27.04.2020	J. Huppertz	CSP	Stellungnahmen des Nationalen Hohen Rates für Personen mit Behinderung zur Coronakrise und ihre Folgen	A. Antoniadis	GSAA	9
198	27.04.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Frauenrechte in Zeiten der Corona-Epidemie	A. Antoniadis	GSAA	9
199	27.04.2020	L. Scholzen	ProDG	Lebensmittelhilfen	A. Antoniadis	GSAA	9
200	27.04.2020	D. Stiel	Vivant	Kenntnisse von Selbstständigen in Betriebsführung	I. Weykmans	GSAA	9
201	27.04.2020	G. Freches	PFF	Aktuelles Zahlenmaterial bezüglich der Kurzarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	GSAA	9
202	27.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten während zeitweiliger Arbeitslosigkeit	I. Weykmans	GSAA	9
203	27.04.2020	P. Spies	SP	Neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und Arbeitnehmer in Kurzarbeit	I. Weykmans	GSAA	9
204	27.04.2020	D. Stiel	Vivant	Mangel an Sauerstoff zur Behandlung von COVID-19-Patienten in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	GSAA	9
205	27.04.2020	F. Mockel	Ecolo	Besuchsrecht in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	O. Paasch	GSAA	9

206	27.04.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Aktuelle Situation in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	GSAA	9	
207	27.04.2020	L. Scholzen	ProDG	Statistische Daten der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	GSAA	9	
208	27.04.2020	C. Servaty	SP	Auswirkungen der jüngsten Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	GSAA	9	DF
209	27.04.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Lockerungen der Maßnahmen zum Schutz gegen COVID-19	O. Paasch	GSAA	9	DF
210	27.04.2020	M. Balter	Vivant	vom Nationalen Sicherheitsrat am 24. April 2020 verkündete Strategie zum Austritt aus den Corona-bedingten Maßnahmen	O. Paasch	GSAA	9	DF
211	27.04.2020	C. Kraft	CSP	Kinderbetreuung	H. Mollers	GSAA	9	DF
212	27.04.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Mundschutzmasken als Schutz gegen das Coronavirus	A. Antoniadis	GSAA	9	DF
213	25.05.2020	J. Huppertz	CSP	Opfer der Coronapandemie in Ostbelgien	O. Paasch	GSAA	10	
214	25.05.2020	J. Huppertz	CSP	Prämienzahlung an das Personal des Pflegesektors	O. Paasch	GSAA	10	
215	25.05.2020	A. Mertes	Vivant	Öffnung der Schwimmbäder und Spielplätze in Coronazeiten	O. Paasch	GSAA	10	
216	25.05.2020	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Öffnung von Kinderspielplätzen im Rahmen der Coronakrise	O. Paasch	GSAA	10	
217	25.05.2020	C. Servaty	SP	Aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf die angestrebte Öffnung der Grenzen	O. Paasch	GSAA	10	
218	25.05.2020	C. Kever	SP	Anonymes Dokument „Aufruf an die lokale Polizei“	O. Paasch	GSAA	10	
219	25.05.2020	J. Huppertz	CSP	Finanzbedarf der Öffentlichen Sozialhilfzentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Zuge der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	10	
220	25.05.2020	J. Franssen	CSP	Erhöhter Therapiebedarf im Beratungs- und Therapiezentrum als Folge der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	10	
221	25.05.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Handlungsbedarf im Bereich der mentalen Gesundheit	A. Antoniadis	GSAA	10	
222	25.05.2020	C. Kever	SP	Telefonische Unterstützung von Pflegekräften durch das Beratungs- und Therapiezentrum	A. Antoniadis	GSAA	10	
223	25.05.2020	C. Servaty	SP	Konzertierung mit den Akteuren des hiesigen Gesundheits- und Pflegesektors während der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	10	
224	25.05.2020	G. Freches	PFF	Vergabe von Sozialwohnungen während der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	10	
225	25.05.2020	A. Mertes	Vivant	Medizinische Versorgung in Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	GSAA	10	
226	25.05.2020	D. Stiel	Vivant	Corona-Kontakt-Tracing	A. Antoniadis	GSAA	10	
227	25.05.2020	P. Spies	SP	Bisherige Erfahrungen mit dem Kontakt-Tracing	A. Antoniadis	GSAA	10	
228	25.05.2020	D. Stiel	Vivant	Neues Tesgerät zur Durchführung von serologischen Analysen im Eupener St.-Nikolaus-Hospital	A. Antoniadis	GSAA	10	
229	25.05.2020	J. Huppertz	CSP	Angebliche Misstände in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	GSAA	10	
230	25.05.2020	I. Voss-Werding Ecolo		Chancengleichheit	A. Antoniadis	GSAA	10	
231	25.05.2020	P. Spies	SP	Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung während der Coronakrise	A. Antoniadis	GSAA	10	
232	25.05.2020	G. Freches	PFF	Öffnung der Schulen nach dem Corona-Lockdown und Zustand der sanitären Anlagen	H. Mollers	GSAA	10	

233	25.05.2020	G. Freches	PFF	Unterrichtspersonal, das der Corona-Risikogruppe angehört	H. Mollers	GSAA	10	
234	25.05.2020	C. Kraft	CSP	Coronakrise und ihre Auswirkungen auf den Schulstart im September 2020	H. Mollers	GSAA	10	
235	25.05.2020	C. Kraft	CSP	Öffnung der Kindergärten	H. Mollers	GSAA	10	
236	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Mögliche Wiederaufnahme der Aktivitäten in den Kindergärten	H. Mollers	GSAA	10	
237	25.05.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Einsatz, Bedarf und praktischer Umgang mit Schullaptops im Rahmen der Coronakrise	H. Mollers	GSAA	10	
238	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Situation in der Kleinkindbetreuung	H. Mollers	GSAA	10	
239	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Betreuungsangebot während den Sommermonate	H. Mollers	GSAA	10	
240	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen	H. Mollers	GSAA	10	
241	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Evaluation und Maßnahmen nach der ersten Schulwoche nach Wiederöffnung der Schulen	H. Mollers	GSAA	10	
242	25.05.2020	J. Huppertz	CSP	Angebot für Mobbingopfer in der Coronakrise	H. Mollers	GSAA	10	
243	25.05.2020	D. Stiel	Vivant	Gemeinschaftszentrum Worriken	I. Weykmans	GSAA	10	
244	25.05.2020	P. Spies	SP	Kurzfristige Ausrichtung des Tourismus in Ostbelgien nach der Coronakrise	I. Weykmans	GSAA	10	
245	25.05.2020	F. Mockel	Ecolo	Planungssicherheit für Jugendlager	I. Weykmans	GSAA	10	
246	25.05.2020	C. Kraft	CSP	Organisation von Sommer- und Ferienlagern während der Coronakrise	I. Weykmans	GSAA	10	
247	25.05.2020	C. Kraft	CSP	Finanzielle Hilfe der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der Coronakrise	I. Weykmans	GSAA	10	
248	25.05.2020	C. Servaty	SP	Ausgleichszahlungen für kleine Unternehmen und Freiberufler	I. Weykmans	GSAA	10	
249	25.05.2020	R. Nelles	CSP	Coronakrise und diesbezügliche Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen in Ostbelgien	I. Weykmans	GSAA	10	
250	25.05.2020	F. Mockel	Ecolo	Entscheidungsbefugnisse der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Konzertierungsausschuss und im Nationalen Sicherheitsrat	O. Paasch	GSAA	10	DF
251	25.05.2020	P. Spies	SP	Protestzusammenkunft am St. Vith Rathaus am 24. Mai 2020	O. Paasch	GSAA	10	DF
252	25.05.2020	F. Cremer	ProDG	Initiative der Flämischen Gemeinschaft zur vorgezogenen Wiederaufnahme des Unterrichts in den Schulen	H. Mollers	GSAA	10	DF
253	25.05.2020	F. Cremer	ProDG	Evaluation der Wiederaufnahme des Unterrichts in den Schulen	H. Mollers	GSAA	10	DF
254	25.05.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Forderung einer Gruppe von Eltern nach uneingeschränkter Öffnung der Kindergärten	H. Mollers	GSAA	10	DF
255	25.05.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Jugendlager	I. Weykmans	GSAA	10	DF
256	25.05.2020	F. Mockel	Ecolo	Für die Jugendlager ergriffene Corona-maßnahmen und diesbezügliche Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	I. Weykmans	GSAA	10	DF
257	22.06.2020	C. Kever	SP	Corona-Kindergeldzuschlag, der Kindern aus einkommensschwachen Familien zugute kommt	A. Antoniadis	P	11	DF
258	22.06.2020	J. Huppertz	CSP	Kindergeldbonus im Rahmen der Coronakrise	A. Antoniadis	P	11	AF
259	22.06.2020	G. Freches	PFF	Gewährte Direktbeihilfen für den Horeca-Sektor im Vergleich zu den anderen Regionen Belgiens	I. Weykmans	p	11	AF
260	22.06.2020	L. Scholzen	ProDG	Situation in den Wohn- und Pflegezentren von Vivas	A. Antoniadis	P	11	AF
261	22.06.2020	C. Servaty	SP	Corona-bedingte Handhabung der Richtlinien für die Gemeinden bei der Gewährung der Jahreszuschüsse an die Sport- und Kulturvereine	I. Weykmans	P	11	AF

262	29.06.2020	F. Mockel	Ecolo	Finanzierung der Hilfeleistungszone 6	O. Paasch	AI	11	
263	30.06.2020	P. Schmitz	ProDG	„lokaleinkaufen.be - ein ostbelgisches Amazon?“	I. Weykmans	All	11	
264	30.06.2020	G. Freches	PFF	Tourismus in Ostbelgien und Ausblick auf die kommende Sommersaison	I. Weykmans	All	11	
265	30.06.2020	D. Stiel	Vivant	Umgang mit Kontaktblasen in den Ferienlagern	I. Weykmans	All	11	
266	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Finanzierung der Krankenhäuser	A. Antoniadis	AIV	11	
267	01.07.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Sicherheitsnormen für Schutzmasken	A. Antoniadis	AIV	11	
268	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	kommunale Integrationsbeauftragte	A. Antoniadis	AIV	11	
269	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Lockerung des Besuchsrechts in den ostbelgischen Seniorenheimen	A. Antoniadis	AIV	11	
270	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Zahl der Todesopfer in den hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	11	
271	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Coronaprämie für Mitarbeiter des Pflegesektors	A. Antoniadis	AIV	11	
272	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Notfallpläne für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	11	
273	01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Altpreisgarantie im Wohn- und Pflegezentrum St. Joseph in Eupen	A. Antoniadis	AIV	11	
274	01.07.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Massiv steigende Armutszahlen	A. Antoniadis	AIV	11	
275	01.07.2020	J. Grommes	ProDG	Neueinschreibungen in den hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	11	
276	01.07.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Weitere Vorgehensweise im Bereich Energie	A. Antoniadis	AIV	11	
277	01.07.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	150-stündige Zusatzweiterbildung für Pflegehelfer	A. Antoniadis	AIV	11	
278	01.07.2020	L. Klinkenberg	ProDG	Gemeinsame Initiative zur Sicherung von Impfstoffen	A. Antoniadis	AIV	11	
279	30.06.2020	F. Mockel	Ecolo	Treffen der für Kultur zuständigen Minister	I. Weykmans	All	11	DF
280	02.07.2020	C. Kraft	CSP	Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Kinderkrippen	H. Mollers	AIII	11	
281	02.07.2020	C. Kraft	CSP	Schulsport in den Primarschulen während der Coronapandemie	H. Mollers	AIII	11	
282	02.07.2020	P. Schmitz	ProDG	Lehrbefähigung (CAP/CAP+)	H. Mollers	AIII	11	
283	02.07.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Lehr- und Studienjahr 2020-2021 an den ZAWM und an der AHS	H. Mollers	AIII	11	
284	02.07.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Grundlage und Auswirkungen der Entscheidung zur Wiederaufnahme des Unterrichts in den Kindergärten und den Primarschulen	H. Mollers	AIII	11	
285	02.07.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Schließung der Gemeindeschule Kelmis infolge eines diagnostizierten Falls von COVID-19	H. Mollers	AIII	11	
286	02.07.2020	C. Kraft	CSP	Schulschließung der Gemeindeschule Kelmis	H. Mollers	AIII		
287	02.07.2020	L. Scholzen	ProDG	Ausbau der Kinderbetreuungsangebote	H. Mollers	AIII	11	
288	02.07.2020	C. Kraft	CSP	Schulanfang im September 2020 in der Coronakrise	H. Mollers	AIII	11	
289	02.07.2020	A. Mertes	Vivant	Schulanfang der Sekundarschulen im September 2020	H. Mollers	AIII	11	
290	02.07.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Unterrichtsorganisation in Kontaktblasen trotz Wahlfächern	H. Mollers	AIII	11	
291	20.07.2020	J. Huppertz	CSP	Coronaprämie für Mitarbeiter des Pflegesektors	A. Antoniadis	P		AF
292	07.09.2020	G. Freches	PFF	Hilfeleistungszone 6 - Brandschutzgutachten	O. Paasch	AI		
293	07.09.2020	M. Balter	Vivant	Aussagen zur Neuverschuldung in einem Grenz-Echo-Interview vom 01.09.2020	O. Paasch	AI		

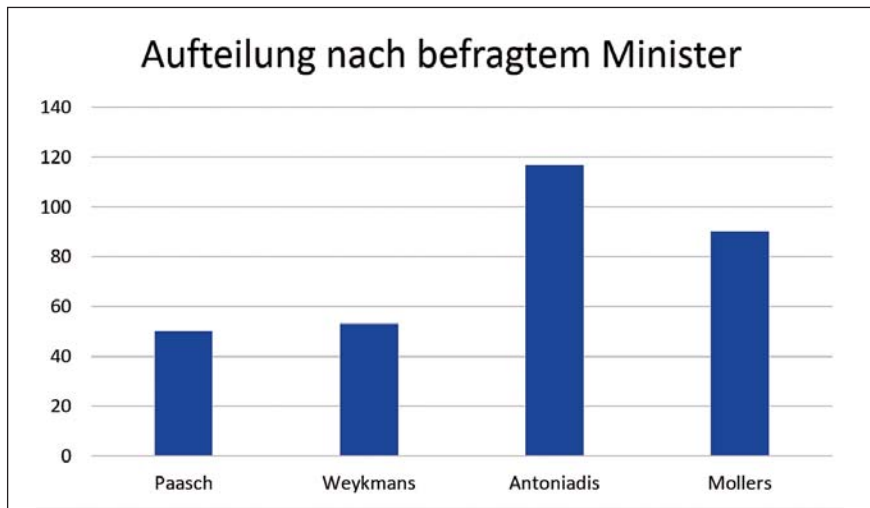
294	07.09.2020	C. Servaty	SP	Die in den kommenden Jahren zu erwartenden Infrastrukturmaßnahmen in den Gewerbegebieten und Industriezonen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI
295	08.09.2020	G. Freches	PFF	Tourismuszahlen in Ostbelgien		
296	08.09.2020	D. Stiel	Vivant	Wanderknotenpunktsystem im Norden der DG		
297	08.09.2020	P. Spies	SP	Knotenpunktsystem für Wanderungen in Ostbelgien		
298	08.09.2020	D. Stiel	Vivant	Sanierung der Raerener Burg		
299	08.09.2020	G. Freches	PFF	Vorbereitung der ostbelgischen Betriebe auf einen womöglichen harten Brexit		
300	08.09.2020	P. Schmitz	ProDG	Ablauf der Ferienlager		
301	09.09.2020	E. Jadin	PFF	Saisonale Grippe und Covid-19		
302	09.09.2020	E. Jadin	PFF	Ärztmangel im ländlichen Raum		
303	09.09.2020	L. Scholzen	ProDG	Armutrisiko bei Frauen durch die Coronakrise		
304	09.09.2020	C. Kever	SP	Organisation des hausärztlichen Bereitschaftsdienstes im Norden der DG		
305	09.09.2020	C. Kever	SP	Zusatzartikel zur Verfassung, der Personen mit Beeinträchtigung betrifft		
306	09.09.2020	I. Voss-Werding	Ecolo	Reform der Energieeffizienz-Prämie		
307	09.09.2020	J. Huppertz	CSP	Impfung gegen Covid19 - Corona		
308	09.09.2020	J. Huppertz	CSP	Masernimpfung		
309	09.09.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Opfer der sommerlichen Hitzewelle		
310	09.09.2020	S. Houben-Meessen	CSP	Erkenntnisse aus der Corona-Krise		
311	09.09.2020	D. Stiel	Vivant	Wöchentliche PCR-Tests in Institutionen der DSL		
312	09.09.2020	J. Grommes	ProDG	Grundstücksreserven der Deutschsprachigen Gemeinschaft		
313	09.09.2020	D. Stiel	Vivant	Lockerungen der Besuchsregelungen in Flandern und in Wallonien		
314	10.09.2020	J. Hilligsmann	ProDG	Anpassung der Unterrichts- und Ferienzeit		
315	10.09.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Anpassung des Schuljahresrythmus		
316	10.09.2020	L. Scholzen	ProDG	Online-Portal und die finanzielle Situation des RZKB		
317	10.09.2020	C. Kraft	CSP	Digitale Ausrüstung in der Schule		
318	10.09.2020	C. Kraft	CSP	Umgang mit dem Corona-Virus in der Schule		
319	10.09.2020	C. Kraft	CSP	Gesamtvision im Unterrichtswesen		
320	10.09.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Energiejäger in der Schule - Generation Zero Watt		
321	10.09.2020	A. Mertes	Vivant	Schleppende Auswertung der Teilnehmerstatistiken der Erwachsenenbildungsorganisationen		
322	10.09.2020	C. Servaty	SP	Schulstart in Zeiten der Corona-Krise		
323	10.09.2020	C. Kraft	CSP	Masken im Unterricht		

* DF Dringende Frage - AF Aktuelle Frage

Die Frage Nr. 286 wurde zurückgezogen.



Fraktion	
CSP	85
ECOLO	78
ProDG	51
PFF	35
SP	41
VIVANT	20
	310



Minister	
Paasch	50
Weykmans	53
Antoniadis	117
Mollers	90
	310

Schriftliche Fragen

In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführlich Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen.

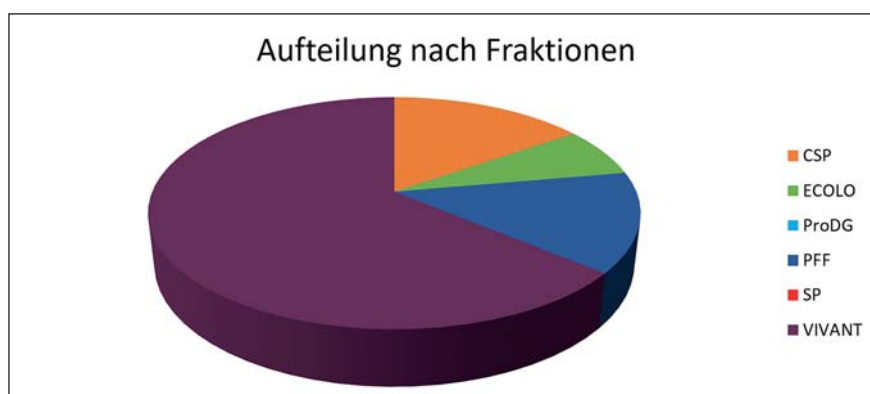
Frage Nr.*	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
8	17.09.2019	J. Huppertz	CSP	Wartelisten der hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	17.10.2019	1
9	23.09.2019	J. Huppertz	CSP	Bipolare Störungen	A. Antoniadis	10.10.2019	1
10	01.10.2019	D. Stiel	Vivant	Kosten für DAB+, UKW und die damit verbundene jährlich finanzielle Doppelbelastung für den BRF	I. Weykmans	06.11.2019	2
11	04.10.2019	G. Freches	PFF	Ausbildungsmaterial für die Abteilung „Baufach“ in den ZAWM	H. Mollers	07.11.2019	2
12	07.10.2019	J. Huppertz	CSP	Eingliederungseinkommen	A. Antoniadis	04.11.2019	2
13	07.10.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Zahlen zum Lehrermangel	H. Mollers	07.11.2019	2
14	07.10.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Direktorengehälter in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	07.11.2019	2
15	15.10.2019	D. Stiel	Vivant	Radio Fantasy	I. Weykmans	25.11.2019	2
16	22.10.2019	G. Freches	PFF	Finanzkompetenz der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf deren Vorbereitung auf die Zukunft	H. Mollers	26.11.2019	3

17	22.10.2019	A. Mertes	Vivant	Weiterbildung und Vorgehensweise der Kaleido-Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Thema „Impfen“	H. Mollers	26.11.2019	3
18	23.10.2019	J. Franssen	CSP	Krankenhausinfrastrukturen	A. Antoniadis	02.12.2019	3
19	29.10.2019	M. Balter	Vivant	Beamtenpensionen	O. Paasch	06.12.2019	3
20	04.11.2019	A. Mertes	Vivant	Projekt „Kultur macht Schule“	H. Mollers	10.12.2019	3
21	05.11.2019	M. Balter	Vivant	Dokument 303 zur Präventionspolitik	A. Antoniadis	10.12.2019	3
22	06.11.2019	E. Jadin	PFF	Anschluss des Centre Hospitalier Regional Verviers an das öffentliche Netzwerk der Universitätsklinik CHU	A. Antoniadis	10.12.2019	3
23	07.11.2019	D. Stiel	Vivant	Mangelberufe Bäcker und Metzger	I. Weykmans	13.12.2019	3
24	12.11.2019	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 5 vom 2. Juli 2019 zum Thema „Sonne, Hautkrebs und Vitamin D“	A. Antoniadis	04.12.2019	3
25	18.11.2019	G. Freches	PFF	Eröffnung des Begegnungsorts und Logistikzentrums der CAB in Eupen	A. Antoniadis	12.12.2019	3
26	19.11.2019	C. Kraft	CSP	Zuschüsse, die auf der Grundlage des Kulturdekrets gewährt werden	I. Weykmans	03.01.2020	4
27	25.11.2019	M. Balter	Vivant	Regionale Feiertage, die dem Personal des Ministeriums und dem Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt werden - Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 213 vom 10. August 2017	O. Paasch	19.12.2019	4
28	28.11.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Schlüsselakteure, Stakeholder sowie Entstehungsprozesse der Gesamtvision für das Bildungswesen	H. Mollers	14.01.2020	4
29	28.11.2019	M. Balter	Vivant	Faktoren, die eine kindgerechte Kindheit gefährden	A. Antoniadis	10.12.2019	3
30	05.12.2019	D. Stiel	Vivant	Zunehmende Häufigkeit von Kurzsichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen	A. Antoniadis	15.01.2020	4
31	09.12.2019	M. Balter	Vivant	Leukämierisiko bei Kindern durch Magnetfelder	A. Antoniadis	15.01.2020	4
32	12.12.2019	J. Huppertz	CSP	Entwicklung der Finanzierung der Gemeinden seit Übernahme der Gemeindeaufsicht durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	24.01.2020	4
33	07.01.2020	M. Balter	Vivant	Zunahme von Diabeteserkrankungen	A. Antoniadis	11.02.2020	5
34	13.01.2020	M. Balter	Vivant	Studienbeihilfen	A. Antoniadis	17.02.2020	5
35	21.01.2020	J. Huppertz	CSP	Obdachlosigkeit in Ostbelgien	A. Antoniadis	27.02.2020	5
36	27.01.2020	D. Stiel	Vivant	Kindergartenassistenten	H. Mollers	27.02.2020	5
37	27.01.2020	G. Freches	PFF	Zahlungsmodalitäten an ostbelgischen Schulen	H. Mollers	05.03.2020	5
38	03.02.2020	F. Mockel	Ecolo	Anerkennung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden an anerkannte Vereinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	11.03.2020	9
39	03.02.2020	F. Mockel	Ecolo	Anzahl Mitarbeiter im Ministerium und in den Ministerkabinetten, die mit Kommunikationsaufgaben betraut sind	O. Paasch	11.03.2020	9
40	04.02.2020	D. Stiel	Vivant	„Get a Teacher“ - Wenn der Banker zum Lehrer wird	H. Mollers	10.03.2020	9
41	05.02.2020	G. Freches	PFF	Situation der Schulleiter im Primarschulwesen	H. Mollers	27.02.2020	5
42	11.02.2020	A. Mertes	Vivant	Veranstaltungsübersichten und Haushalte des Kultur-, Konferenz- und Messezentrums Triangel St. Vith	I. Weykmans	16.03.2020	6
43	11.02.2020	D. Stiel	Vivant	Museum für zeitgenössische Kunst IKOB	I. Weykmans	16.03.2020	6
44	20.02.2020	D. Stiel	Vivant	Ausgaben für Pressebeihilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und sonstige Ausgaben in diesem Bereich in den Jahren 2018 und 2019	I. Weykmans	01.04.2020	6

45	20.02.2020	D. Stiel	Vivant	Überproportional hohe Kosten- und Preisentwicklung in Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	23.04.2020	7
46	02.03.2020	D. Stiel	Vivant	Thema „Ministerium zieht immer mehr Lehrer aus den Schulen ab“	H. Mollers	26.03.2020	6
47	03.03.2020	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 30 zur zunehmenden Häufigkeit von Kurzsichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen	A. Antoniadis	20.04.2020	7
48	03.03.2020	D. Stiel	Vivant	Mobile Zahnärzte	A. Antoniadis	29.04.2020	8
49	04.03.2020	A. Miesen	PFF	Aufwand zur Beantwortung von parlamentarischen Fragen	O. Paasch	08.04.2020	7
50	12.03.2020	J. Huppertz	CSP	Illegal lebende Personen in Ostbelgien	A. Antoniadis	06.05.2020	8
51	16.03.2020	D. Stiel	Vivant	Drogenkonsum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	05.05.2020	8
52	30.03.2020	D. Stiel	Vivant	Zufriedenheit der Lehrlinge mit ihren Ausbildungsbetrieben	H. Mollers	08.05.2020	8
53	06.04.2020	D. Stiel	Vivant	Stellenangebote des Ministeriums	O. Paasch	08.05.2020	8
54	15.04.2020	A. Mertes	Vivant	Gehälter der Bediensteten im öffentlichen Sektor	O. Paasch	18.05.2020	8
55	16.04.2020	J. Huppertz	CSP	Haushaltssimulation und Kostenentwicklung im Bereich der Seniorenbetreuung, -unterbringung und -pflege	O. Paasch	18.05.2020	8
56	16.04.2020	D. Stiel	Vivant	Tablet-PCs an Primarschulen	H. Mollers	15.05.2020	8
57	04.05.2020	A. Mertes	Vivant	Grafik von Emmanuel André zwecks Simulation der Entwicklung der Krankenhausanweisungen	O. Paasch	11.06.2020	9
58	04.05.2020	D. Stiel	Vivant	Austauschveranstaltung des Jugendbüros	I. Weykmans	05.06.2020	9
59	18.05.2020	M. Balter	Vivant	Altersstruktur und Vorerkrankungen der 49 COVID-19-Toten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	24.06.2020	10
60	26.05.2020	A. Miesen	PFF	Gerüchte um eine geplante Impfpflicht	A. Antoniadis	24.06.2020	10
61	03.06.2020	D. Stiel	Vivant	Nano-Silber-Partikel-Masken aus dem Herkunftsland Vietnam	A. Antoniadis	03.07.2020	11
62	08.06.2020	D. Stiel	Vivant	Corona-App-Einführung zu Beginn des Monats Juli	A. Antoniadis	09.07.2020	11
63	16.06.2020	D. Stiel	Vivant	Studentenjobs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	09.07.2020	11
64	23.06.2020	D. Stiel	Vivant	Gesundheitsschädigende Wirkung von Desinfektionsmitteln	H. Mollers		11
65	08.07.2020	E. Jadin	PFF	Telemedizin in Ostbelgien	A. Antoniadis		
66	09.07.2020	M. Balter	Vivant	Nutzung des Kloster Heidberg im Jahr 2019	I. Weykmans		
67	13.07.2020	G. Freches	PFF	Lebensmittelbanken in Ostbelgien	A. Antoniadis		
68	13.07.2020	D. Stiel	Vivant	Deutschkenntnisse für hinzugezogene Kleinkinder und Grundschüler	H. Mollers		
69	27.07.2020	D. Stiel	Vivant	Babybesuche auf den Wochenstationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis		
70	05.08.2020	D. Stiel	Vivant	Kitaverbot bei Schnupfen	H. Mollers		
71	13.08.2020	D. Stiel	Vivant	O-asen	I. Weykmans		
72	13.08.2020	S. Houben-Meesen	CSP	Corona-Testing zum Schulbeginn	H. Mollers		
73	17.08.2020	D. Stiel	Vivant	Video-Serie der DG: „So lebt Ostbelgien mit dem Coronavirus“	A. Antoniadis		
74	24.08.2020	D. Stiel	Vivant	Zahlen und Zählweise der Corona-Toten	A. Antoniadis		

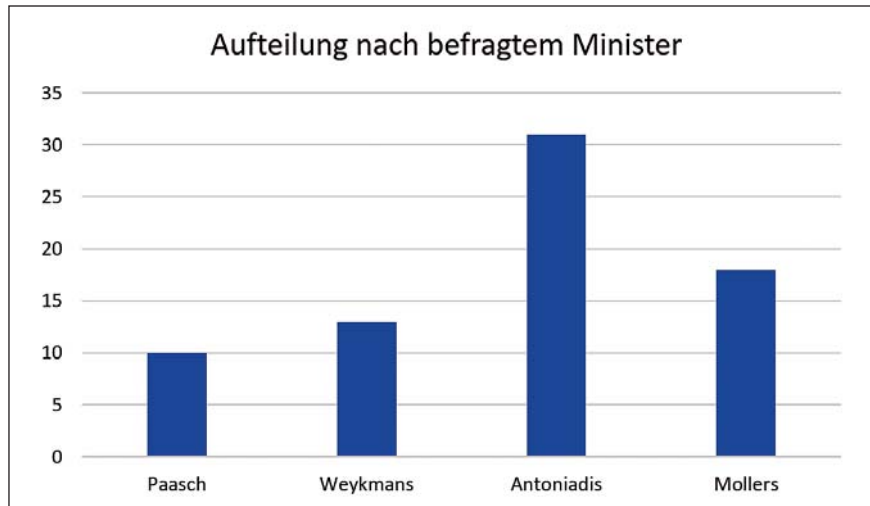
75	27.08.2020	D. Stiel	Vivant	Steigende Suizidgefahr aufgrund der Corona-Krise	A. Antoniadis
76	27.08.2020	C. Kraft	CSP	Beschäftigungsförderung AktiF + AktiF PLUS	I. Weykmans
77	02.09.2020	D. Stiel	Vivant	Mangelnde Deutschkenntnisse bei Arbeitssuchenden	I. Weykmans
78	03.09.2020	A. Mertes	Vivant	Automatisierung der Vergabe von Medikamenten in Wohn- und Pflegezentren der DG	A. Antoniadis
79	07.09.2020	A. Mertes	Vivant	Schriftlicher Befehl des Arzt-Hygieneinspektors zur Anordnung einer Maskenpflicht in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren der DG	A. Antoniadis
80	08.09.2020	D. Stiel	Vivant	Einsatz von Hydroxychloroquin in Altenheimen und Krankenhäusern	A. Antoniadis

*Die Nummerierung der Fragen beginnt mit der Legislaturperiode.



Fraktion

CSP	11
ECOLO	5
ProDG	0
PFF	10
SP	0
VIVANT	46
	72



Minister

Paasch	10
Weykmans	13
Antoniadis	31
Mollers	18
	72

Interpellationen

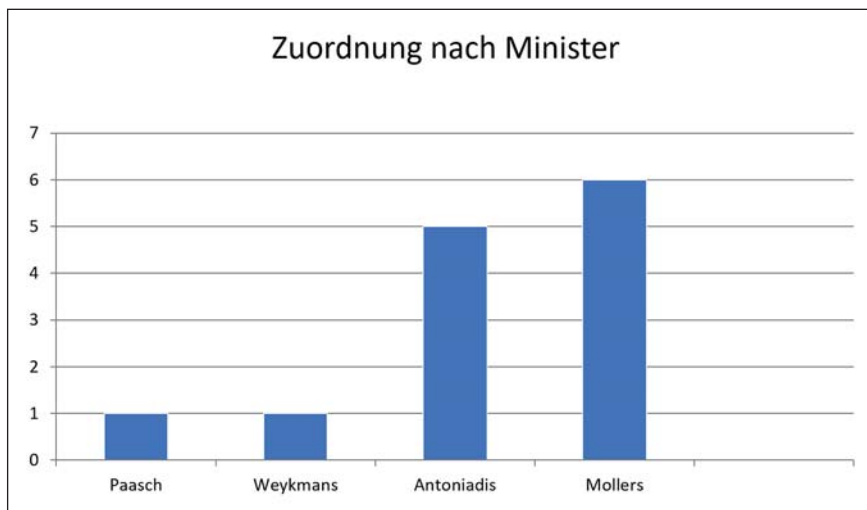
Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstag Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

2019-2020 wurden 12 Interpellationen behandelt.

Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF Nr.
01.10.2019	C. Kraft	CSP	Pressebeihilfe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	2
03.10.2019	C. Kraft	CSP	Ankündigung der Regierung, die Senkung des Kindergarteneintrittsalters auf zweieinhalb Jahre von 2021 auf 2024 zu verschieben	H. Mollers	AIII	2
06.11.2019	J. Huppertz	CSP	Langzeitarbeitslosigkeit infolge von Krankheit	A. Antoniadis	AIV	3
07.11.2019	G. Freches	PFF	Einführung des Schulfachs Informatik in den ostbelgischen Schulen	H. Mollers	AIII	3
05.12.2019	C. Kraft	CSP	Rolle der körperlichen Aktivität im Schulalltag	H. Mollers	AIII	4
05.12.2019	A. Jerusalem	Ecolo	Lehrermangel in den Primarschulen	H. Mollers	AIII	4
03.02.2020	J. Franssen	CSP	Festakt "100 Jahre Ostbelgien" am 9. Januar 2020 im Senat	O. Paasch	AI	6
27.04.2020	J. Huppertz	CSP	Situation in den hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren während der Corona-Epidemie und zu der zwischenzeitlich in Aussicht gestellten Lockerung des Besuchsrechts	A. Antoniadis	GSAA	9
25.05.2020	C. Kever	SP	Immunfördernde Maßnahmen in Coronazeiten	A. Antoniadis	GSAA	10
01.07.2020	A. Miesen	PFF	Situation von Alleinstehenden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	11
01.07.2020	J. Huppertz	CSP	Erkenntnisse aus der Coronapandemie hinsichtlich der Gesundheitsprävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	11
02.07.2020	A. Jerusalem	Ecolo	Unterricht im Schuljahr 2020-2021 unter den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	H. Mollers	AIII	11
10.09.2020	A. Mertes	Vivant	Maskenzwang für Schüler ab 12 Jahren und Lehrer während dem Schulunterricht			

*BIF Bulletin Interpellationen und Fragen



Fraktion

CSP	7
ECOLO	2
ProDG	0
PFF	2
SP	1
VIVANT	1
	13

Minister

Paasch	1
Weykmans	1
Antoniadis	5
Mollers	6
	13

Begründete Anträge

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung.

2019-2020 sind keine begründeten Anträge behandelt worden.



Gemeinsame Regierungskontrolle am 4. April 2020

Themendebatten und Petitionen

THEMENDEBATTEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder Themendebatten zu führen.

In der Sitzungsperiode 2019-2020 hat keine Themendebatte stattgefunden.

PETITIONEN

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde abzugeben. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an den Parlamentspräsidenten gerichtet.

Das Präsidium und die Plenarversammlung werden über eingetragene Petitionen informiert. Die Petition wird im zuständigen Fachausschuss behandelt. Der Unterzeichner der Petition wird über die Schlussfolgerungen und weitere Schritte informiert.

In der Sitzungsperiode 2019-2020 wurden vier Petitionen eingereicht und drei davon behandelt. Die vierte Petition zum 5G Netz wurde am 9. Juli im Parlament eingereicht und am 13. Juli vom Präsidium für zulässig erklärt. Sie wird in der kommenden Sitzungsperiode behandelt.

Dok.	Betreff	Ausschuss
31	Petition betreffend die Einrichtung eines beratenden Gremiums im Behindertenbereich	A IV
47	Petition betreffend die Richtlinien für Konversationskurse in der schulischen Weiterbildung	A III
82	Petition in Bezug auf den im Rahmen der Familienleistungen vorgesehenen Zuschlag für kinderreiche Familien	A IV
eingereicht	„Stop: 5G Moratorium für Eupen und die DG“ (nicht endgültiger Titel)	A II

BESUCHER, GÄSTE UND EREIGNISSE

Besucher und Gäste

Am 12. November 2019 verbrachte eine Delegation des Österreichischen Bundesrates einen Tag im Parlament. Die von Bundesratspräsident Karl Bader geleitete Delegation interessierte sich vor allen Dingen für den föderalen Staatsaufbau Belgiens und das Statut der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Teilnehmer informierten sich auch über das Modell der partizipativen Demokratie. Der Bürgerdialog des Parlaments wurde über die Grenzen hinaus in der internationalen Presse erwähnt und weckt auch im benachbarten Ausland großes Interesse.

Das Interesse am Bürgerdialog führte auch eine Delegation des Parlement francophone bruxellois nach Eupen. Parlamentspräsidentin Magali Plovi und Vertreter aller Fraktionen des Parlaments informierten sich am 5. Februar 2020 über die Strukturen und Gremien. Die Kollegen aus Brüssel möchten ähnliche Initiativen ergreifen.

Und auch Dubravka Šuica, EU-Kommissarin für Demokratie und Demografie, besuchte am 7. Februar 2020 das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um

sich über den laufenden Prozess des Bürgerdialogs zu informieren. Die Vizepräsidentin der Kommission tourt durch Europa, um konkrete Beispiele näher kennenzulernen und in ihre eigene Arbeit einfließen zu lassen.

Am 19. Februar 2020 weilte eine parlamentarische Delegation aus Bosnien-Herzegowina in Belgien, die sich eingehender über die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft informieren wollte. Dazu fand ein entsprechendes Treffen im belgischen Senat statt. Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz und Gemeinschaftssenator Alexander Miesen informierten über das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die europäische, die innerbelgische und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Weitere geplante Besuchstermine, wie der Empfang eine Delegation des Deutschen Bundestages oder des Landschaftsverbands Rheinland, mussten aufgrund der besonderen Situation der Corona-Krise abgesagt werden. Dazu gehört ebenfalls der traditionelle Empfang der Gäste des Tirolerfestes und die vor dem Parlament geplante Stabsübergabe der Kommandantur des königlichen Militärinstitut für Leibeseziehung, KMILE.



EU-Kommissarin Dubravka Šuica bei der Begrüßung durch den Parlamentspräsidenten

Besucherguppen

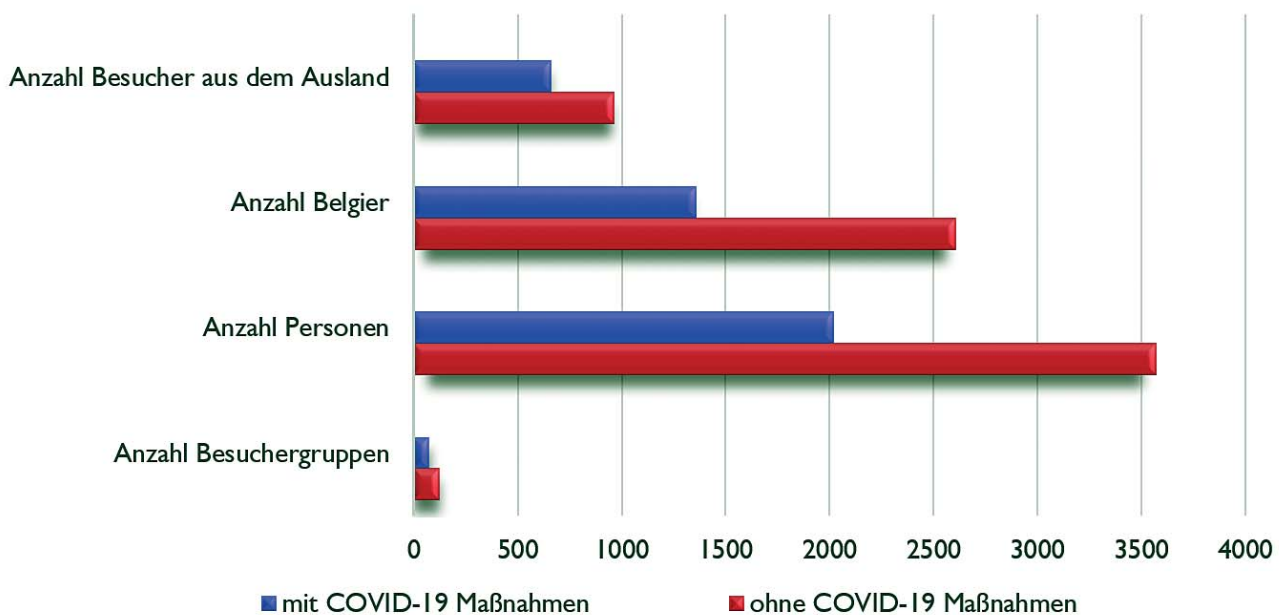
Wie schon in den vergangenen Jahren haben zahlreiche Touristen, die unsere Gegend besuchen, einen Abstecher ins Parlament gemacht. Auch für Teilnehmer an politischen Bildungsprogrammen ist der Besuch im Parlament fester Bestandteil. Das Besuchsprogramm wird an die Bedürfnisse jeder einzelnen Gruppe angepasst. So erlebt jede Gruppe eine ganz persönliche, interaktive und instruktive Zeit im Parlament.

Von September 2019 bis zum Ende der Sitzungsperiode 2019-2020 haben circa 2.000 Menschen die Besuchsprogramme des Parlaments in Anspruch genommen. In der



Eine Delegation des österreichischen Bundesrates

Besuchergruppen 2019-2020 Mit oder ohne COVID-19-Maßnahmen: ein Vergleich



Tat stellt dies einen deutlichen Rückgang im Vergleich zu den vergangenen Jahren dar und ist auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Eigentlich waren bis September 2020 insgesamt 122 Gruppen mit etwa 3.600 Teilnehmern für eine Führung im Parlament angemeldet. Alle nach Festlegung der Ausgangssperre geplanten Besuche mussten jedoch abgesagt werden.

Von den 3.572 angekündigten Besuchern sollten etwa 965 Personen aus dem Ausland kommen. Letztendlich waren es nur 661.

Vergleicht man die angekündigten Besucherzahlen (3.572) mit den Besucherzahlen der vorherigen Sitzungsperiode (3.650), wird deutlich, dass der Trend weiter nach oben zeigte.

Die obestehende Grafik vergleicht die tatsächlichen Besucherzahlen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen deutlich niedriger ausgefallen sind als in der vorherigen Sitzungsperiode (lila Balken), mit den Besucherzahlen, die voraussichtlich erreicht worden wären, wenn es die Corona-Krise nicht gegeben hätte (roter Balken).



Politische Bildung im Parlament

Die Angebote des Besucherdienstes wurden in den letzten Jahren erheblich erweitert und gefestigt, sodass sie immer mehr in Anspruch genommen werden. Neben den spielerischen Angeboten für Kinder der Grundschule werden insbesondere die Module für die Sekundarschulen (Rollenspiele, bei denen die Schüler die Aufgaben der Politiker übernehmen, erklärende interaktive Module zu den Wahlen und der Arbeit des Parlaments/der Regierung, die Demokratiefabrik, ...) rege genutzt. Ziel ist, ein breit gefächertes Angebot für alle Altersgruppen zur Auseinandersetzung mit Themen wie Politik und Demokratie anzubieten.

Im Wahljahr 2019 wurde das Angebot um eine Podiumsdiskussion erweitert, die in Zusammenarbeit mit dem RdJ, Alteo, dem Institut für Demokratiepädagogik, dem Infotreff Eupen/JIZ St. Vith und Jugend und Gesundheit entwickelt und durchgeführt wurde. Etwa 300 Schüler nahmen an einer Schulveranstaltung und weitere 170 Personen an einer öffentlichen Veranstaltung teil. Die Podiumsdiskussion richtete sich an Erstwähler und vermittelte den Wahlkampf in leichter Sprache. Nach diesen erfolgreichen Einführungsveranstaltungen hat das Konsortium beschlossen, dieses Angebot nicht nur in den Wahljahren anzubieten, sondern in jedem Schuljahr. So fand am 11. März 2020 die zweite Podiumsdiskussion zum Thema „Wie geht denn Politik“ statt – Aufhänger war abermals der Gebrauch einer „verständlichen Sprache“. Auch in diesem Jahr wurden die Schüler in Form von Workshops durch die Anbieter vorbereitet und konnten Fragen einreichen, die in die Planung eingeflossen sind. 2020 nahmen wieder rund 300 Schüler an der Gesprächsrunde der Politiker teil. Unter anderem wurde angesprochen, wie die Arbeit der Politiker in Parlament und Regierung gestaltet wird, welche die Rollen der Mehrheit und der Opposition sind. Weiter ging es darum zu verstehen, wie eine Koalition entsteht und das Thema Demokratie zu hinterfragen.

Das Angebot „Podiumsdiskussion“ ist zu einem festen Bestandteil des Jahresangebots geworden und wird auch 2021 fortgeführt.

Preise des Parlaments

SCHÜLERPREISE

Auch im Schuljahr 2019-2020 erhielten zahlreiche Schülerinnen und Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Preis des Parlaments für gute Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch.

Die geplante Feierstunde im Plenarsaal musste aufgrund der Distanzierungsregeln in diesem Jahr leider abgesagt werden. Die Preisträger haben ihre Gutscheine in den Schulen in Empfang genommen.

PREIS DES PARLAMENTS

Ende 2019 fiel die Entscheidung, den Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Staatswissenschaften an den Politikwissenschaftler Mike Mettlen zu verleihen. Der Autor erhält die Auszeichnung für seine Arbeit „Die Europawahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: Lösungsvorschläge zur Behebung des Demokratie- und Repräsentationsdefizits im kleinsten und einzigen Einmandatswahlkreis der Europäischen Union“.

Die Preisverleihung musste aufgrund der Corona-Bestimmungen auf Herbst 2020 verschoben.

Schriftenreihe

Anfang Juni 2019 wurde die Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Band 12 „Nachhaltiges Wachstum, Regionalwirtschaft und ländliche Entwicklung. Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung (2019)“ fortgeführt.

Zwischen September 2019 und September 2020 wurden vier weitere Bände der Schriftenreihe veröffentlicht:

Bd. 13: Nationale Variation in der deutschen Rechtsterminologie. Beiträge zur Tagung vom 12. und 13. Oktober 2018 im Seminarzentrum Kloster Heidberg in Eupen (2019)

Bd. 14: 100 Jahre nach der Pariser Friedenskonferenz – Vier Regionen im Vergleich (Aland-Inseln – Elsass – Südtirol – Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens) (Beiträge zum Kolloquium vom 17. Januar 2019 im PDG) (2020)

Bd.15: 20 Jahre Justizhaus – Beiträge zur akademischen Sitzung vom 29. März 2019 im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (2020)

Bd. 16: Die Europawahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: Lösungsvorschläge zur Behebung des Demokratie- und Repräsentationsdefizits im kleinsten und einzigen Einmandatswahlkreis der Europäischen Union – Autor: Mike Mettlen (2020)



PARLAMENT INTERNATIONAL UND INTERREGIONAL



IPR-Sitzung im saarländischen Landtag

© Landtag des Saarlandes

Innerbelgische Zusammenarbeit

DIE KONFERENZ DER BELGISCHEN PARLAMENTSPRÄSIDENTEN

In regelmäßigen Abständen treffen sich die Präsidenten der Abgeordnetenkammer, des Senats und der verschiedenen Regional- und Gemeinschaftsparlamente, um über die Zusammenarbeit in parlamentarischen Fragen zu beraten.

Unter Vorsitz des Wallonischen Parlamentspräsidenten, Jean-Claude Marcourt, fand eine derartige Konferenz am 28. Januar 2020 statt. Im Rahmen dieser Versammlung wurden in erster Linie Fragen zum Statut der Parlamentarier und zur parlamentarischen Arbeitsweise besprochen: Harmonisierung der Regelung zu den Austrittsschädigungen, zur Erklärung der außerparlamentarischen Mandate und zur parlamentarischen Pensionsregelung, Vertretung der verschiedenen Parlamente in internationalen Gremien, Überarbeitung der Regelung zu den Wahlausgaben usw.

Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz nutzte die Gelegenheit, seine Parlamentskollegen für die Schwierigkeiten zu sensibilisieren, die mit dem spezifischen, nebenamtlichen Mandat im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden sind.

In der Versammlung vom 28. Januar 2020 wurde schließlich auch der Vorsitz der Konferenz für die nächsten Jahre festgelegt: Demnach wird der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Konferenz in der Sitzungsperiode 2021-2022 vorsitzen.

INTERPARLAMENTARISCHER DIALOG ZUM THEMA KLIMA

Der Ende 2018 begonnene interparlamentarische Dialog zum Thema Klima wurde auch in der Sitzungsperiode 2019-2020 fortgesetzt. So berieten Vertreter aus den beiden föderalen Kammern, den Regionalparlamenten und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 29. Januar und am 3. Juli 2020 über die möglichen Auswirkungen des europäischen „Green Deal“ und der Beschlüsse der UN-Klimakonferenzen – der sogenannten COP.

Internationale Zusammenarbeit

CALRE

Die CALRE existiert seit über 20 Jahren und ist die Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union. Die CALRE gilt als Sprachrohr der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis. Ihr sind insgesamt 74 Re-

gionalparlamente aus 8 Ländern der EU angeschlossen: die Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in den verschiedenen Arbeitsgruppen der CALRE diskutiert. Präsident Karl-Heinz Lambertz ist momentan in zwei Arbeitsgruppen aktiv: in der Arbeitsgruppe „Subsidiarität“, geleitet von Devid Porrello, Vorsitzender des Regionalparlaments von Latium, und in der Arbeitsgruppe „Législation européenne et investissements publics“, geleitet von Jean-Claude Marcourt, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments.

Seit dem 1. Januar 2020 hält die Region der Kanarischen Inseln mit dem Präsidenten Gustavo A. Matos Expósito den Vorsitz der CALRE.

IPR

Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region „Grand Est“, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Das Ziel ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Arbeitsausschüssen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden.

Unter Vorsitz des Saarländischen Landtagspräsidenten, Stephan Toscani, versammelten sich die Mitglieder des IPR am 6. Dezember 2019 und am 5. Juni 2020, um folgende Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden:

6. Dezember 2019:

- Empfehlung betreffend Perspektiven für eine gemeinsame Gedenkarbeit in der Großregion;
- Empfehlung betreffend beschleunigten Ausbau der Wasserstraße Mosel und Abschaffung der Schiffsabgaben auf diesem Gewässer;

- Empfehlung betreffend Stärkung des Gemeinsamen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg.

5. Juni 2020:

- Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) betreffend Ausbildung im Weinbau in der Großregion;
- Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) betreffend Verbesserung des interregionalen Krisenmanagements in der Großregion;
- Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) betreffend Solidarische Landwirtschaft in der Großregion;
- Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) betreffend Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bzgl. Innere Sicherheit, Katastrophenschutz, Feuerwehren und Rettungsdienste;
- Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) betreffend Schaffung eines Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang (ECBM).

Die Plenarsitzung vom 5. Juni 2020 war ebenfalls von der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Eine Resolution, in der sich die IPR-Mitglieder Gedanken dazu gemacht haben, wie sie gemeinsam aus der Krise kommen können und wie die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen sind, wurde verabschiedet.

Die Empfehlungen werden im Hinblick auf ihre Umsetzung an die jeweiligen Regierungen der Partnerregionen übermittelt.

Die integralen Texte der Empfehlungen findet man auf der Website des IPR, <https://cpi-ipr.eu/>.

EUREGIO „MAAS-RHEIN“

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 eine Partnerregion der Euregio „Maas-Rhein“. Zu diesem grenzüberschreitenden Zweckverband gehören außerdem die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Zweckverband – Region Aachen.

Im Laufe des Jahres 2018 wurde beschlossen, die Grundstruktur der Euregio Maas-Rhein zu modernisieren und dazu einen sogenannten Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“ (EVTZ) zu gründen. Die wichtigsten Entscheidungen des Verbunds werden von einer Generalversammlung getroffen, die sich aus Vertretern der einzelnen Partnerregionen zusammensetzt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft entsendet sieben stimmberechtigte und zwei beratende Mitglieder in die Versammlung des EVTZ.

Die Generalversammlung der Euregio trat am 9. Oktober 2019 in Lüttich zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Die Geschäftsführung berichtete zunächst über die Ausfüh-

zung der laufenden Programme und des Haushalts 2019, bevor die Eckdaten für das kommende Haushaltsjahr und der Arbeitsplan 2020 vorgestellt wurden. Der Vorlage zufolge werden für das Jahr 2020 Mittel in Höhe von 775.000 Euro bereitgestellt. In der anschließenden Diskussion wurden vor allem die Nutzung der aus den europäischen Regionalprogrammen stammenden Fördermittel und die in der Euregio dazu eingereichten Projekte besprochen. Darüber hinaus stellte die Geschäftsführung die ersten Eckdaten der EMR-Strategie 2030 vor.

Eine weitere Sitzung der Generalversammlung der Euregio war für den 6. Mai 2020 anberaumt, wurde aber aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt. Dringende Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren gefasst.

BENELUX-PARLAMENT

Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Er ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann er Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die drei Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- die Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den 3 Staaten,
- die kulturelle Annäherung zwischen den 3 Staaten,
- die Zusammenarbeit der 3 Staaten in Bezug auf die Außenpolitik,
- die Vereinheitlichung des Rechts in den 3 Staaten,
- (mit der Zustimmung der 3 Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Anfang 2019 übernahm Luxemburg die Präsidentschaft der Benelux-Union für zwei Jahre.

An diesem Datum wurde ebenfalls das neue Präsidium des Benelux-Parlaments eingesetzt. Unsere Vertreterin im Benelux-Parlament, Frau Patricia Creutz-Vilvoye, wurde als Vize-Präsidentin bezeichnet.

Zwei Plenarversammlungen wurden organisiert. In der Plenarversammlung vom 6. und 7. Dezember 2019 wurden folgende Empfehlungen verabschiedet:

- Empfehlung zur Bekämpfung des Menschenhandels in der virtuellen Welt;
- Empfehlung betreffend die Benelux als digitaler Vorläufer in der EU.

Außerdem fand eine Plenarversammlung des Benelux-Parlaments am 19. Juni 2020 in Luxemburg statt. Das zentrale Thema dieser Plenarversammlung war die internationale Fußballsicherheit, die Koordinierung der Polizeieinsätze und der Kampf gegen Rassismus in der Welt des Fußballs. Die Folgen des Coronavirus auf den Fußball wurden ebenfalls angesprochen.

DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE KONFERENZ DER LANDTAGSPRÄSIDENTEN

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der deutsch-österreichischen Konferenz als Beobachter teil. Die Teilnahme bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Für März 2020 war eine Europa-Konferenz in Brüssel geplant, auf der verschiedene Absichtserklärungen zur weiteren Zukunft der Europäischen Union besprochen und aus Sicht der Regionalparlamente bewertet werden sollten: die Agenda der neuen EU-Kommission für Europa, die politischen Leitlinien des Europäischen Parlaments, die Agenda des Ausschusses der Regionen zur stärkeren Einbindung der Bürger, die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2020 usw.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie musste diese Konferenz leider kurzfristig abgesagt werden.

KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN STAATEN

Dasselbe Schicksal widerfuhr der Konferenz der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Staaten, die auf Einladung des Präsidenten des Landtags Liechtenstein am 14. und 15. Juli 2020 in Vaduz hätte stattfinden sollen.

An dieser Konferenz nehmen üblicherweise der Präsident des Deutschen Bundestags, der Präsident des Österreichischen Nationalrats, der Präsident des Schweizerischen Nationalrats, der Präsident der Luxemburger Abgeordnetenkammer, der Präsident des Liechtensteiner Landtags und, als Vertreter des Königreichs Belgiens, der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft teil.

PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden.

Die Umsetzung begann mit der Einsetzung des ersten Bürgerrats im September 2019. Dieser wählte daraufhin das Diskussionsthema der ersten Bürgerversammlung, die im März 2020 tagen würde: „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“

Die Einsetzung des ersten Bürgerrats

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zur Bürgerversammlung das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Überwachung und Auswertung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon wissen, wie der Bürgerdialog abläuft. Ein Mandat beträgt 18 Monate; alle 6 Monate wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht.

Da bei der Zusammenstellung des ersten Bürgerrats noch keine Bürgerversammlung stattgefunden hatte,

setzte sich der erste Bürgerrat teilweise aus Vertretern der im Parlament vertretenen Parteien, teilweise aus Teilnehmern des Bürgerforums zur Kinderbetreuung aus dem Jahr 2017 und teilweise aus Bürgern zusammen, die per Los ausgewählt wurden.

Um die 12 auszulosenden Mitglieder zu ermitteln, führte das Ständige Sekretariat ein Losverfahren in drei Schritten durch:

Schritt 1: Zufallsprinzip

Zuerst fragte das Ständige Sekretariat (dazu ermächtigt durch das Dekret vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines Permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Einhaltung der geltenden Datenschutzverordnung) bei allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Liste aller Personen an, die mindestens 16 Jahre alt sind und im Bevölkerungsregister eingetragen sind. Auf Grundlage dieser Liste losete das Ständige Sekretariat dann 1.000 Personen per reinem Zufallsprinzip aus.



Bürgerdialog
in Ostbelgien



Erster Bürgerrat



Blick in eine Sitzung des Bürgerrates

Phase 2: Selbstselektion

Als nächstes schrieb das Ständige Sekretariat die 1.000 ausgelosten Bürger an und bat sie um schriftliche Stellungnahme dazu, ob sie am Bürgerdialog teilnehmen wollten oder nicht. Bis zum Ablauf der Frist gingen 115 Zusagen ein. Rund 140 Einwohner machten sich die Mühe abzusagen und dies zu begründen.

Phase 3: Stratifizierungskriterien mit Quoten

Das Ständige Sekretariat löste schließlich aus den 115 Zusagen 12 Personen aus, die einen Querschnitt der ostbelgischen Bevölkerung darstellten. Dabei wurden folgende Kriterien berücksichtigt: Alter, Geschlecht, Wohnort und sozio-ökonomischer Hintergrund. Im Verhältnis zur ostbelgischen Gesamtbevölkerung wurden die Quoten für jedes Kriterium festgelegt.

Nach der Zusammenstellung der Gruppe wurde der erste Bürgerrat am 16. September 2019 offiziell eingesetzt. Von da an traf er sich monatlich und bereitete die erste Bürgerversammlung vor, indem er u. a. das Diskussionsthema festlegte.

Themenfindung für die Bürgerversammlung

Laut Dekret kann jeder Bürger mit Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Themen vorschlagen. Damit diese Vorschläge aber stellvertretend für einen Großteil der Bevölkerung sind und sich nicht nur auf Einzelinteressen beziehen, müssen sie von mindestens 100 Bürgern unterstützt werden.

Darüber hinaus können die Fraktionen des Parlaments, die Regierung und die Mitglieder des Bürgerrates selbst Vorschläge unterbreiten. Diese verzichteten im Jahr 2019 allerdings auf ihr Recht.

Im Herbst 2019 startete der zuständige Bürgerrat einen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen und legte die Vorgehensweise dazu mit entsprechenden Regeln selbst fest. Nach Einsicht aller eingegangenen Vorschläge wählte der Bürgerrat das Diskussionsthema für die Bürgerversammlungen aus: „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“

Erste Bürgerversammlung

Am 7. März 2020 kam dann die erste Bürgerversammlung zusammen: Die rund 25 Teilnehmer wurden mit der gleichen Methode des Dreischritte-Losverfahrens wie die 12 Mitglieder des Bürgerrates durch das Ständige Sekretariat ausgelost.

Die Teilnehmer informierten sich in einer ersten Sitzung zum Diskussionsthema, indem sie eine Informationsbroschüre erhielten und Sachverständige anhörten. Begleitet wurde der Prozess von einem professionellen externen Moderator und vom Ständigen Sekretariat.

Wandelgang





Gruppenbild der Bürgerversammlung

Weitere Sitzungen sollten am 21. März 2020 und am 4. April 2020 folgen, auf denen die Teilnehmer jeweils „Praktiker“ anhören würden, zum Thema debattieren und schließlich Handlungsempfehlungen an die Politik formulieren sollten. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie kam es leider nicht dazu: Alle Termine des Bürgerdialogs – sowohl die Sitzungen der Bürgerversammlung als auch die des Bürgerrats mussten abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be.

Rundtischgespräch



Wiederaufnahme der Arbeiten im September

Nachdem ab Juni die strengen Sicherheitsmaßnahmen gelockert wurden, hat der Bürgerrat seine Tätigkeiten wieder aufgenommen und beschlossen, die Bürgerversammlung nach der Sommerpause wieder einzuberufen. Die erste Sitzung nach der Zwangspause fand am 5. September statt, weitere folgen. Mit der Formulierung der Empfehlungen und der Behandlung in öffentlichen Ausschusssitzungen ist im Herbst 2020 zu rechnen. Die Umsetzung durch die Politik sowie die Fortführung des Prozesses des Bürgerdialogs mit neuen Themen erfolgt im kommenden Jahr.

AUSWIRKUNG DER COVID-19-PANDEMIE AUF DIE PARLAMEN TARISCHE ARBEIT

Angepasste Arbeitsweise

Auch die Arbeit des Parlaments wurde im März 2020 abrupt von der durch das Coronavirus ausgelösten Pandemie beeinflusst. Die vom Nationalen Sicherheitsrat und den Gesundheitsbehörden angeordneten Maßnahmen zwangen unser Parlament dazu, alle Tätigkeiten im März und April auf ein Minimum herunterzufahren bzw. besondere Lösungen zur Wahrnehmung seiner verfassungsrechtlichen Aufgaben zu finden. Die Mitarbeiter wurden weitestgehend in Heimarbeit geschickt. Zum Schutz der wenigen, im Gebäude verbliebenen Personalmitglieder wurden entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Noch am 13. März erklärte der Parlamentspräsident, dass trotz Absagen jeglicher Veranstaltungen und Besuchergruppen der Sitzungsbetrieb des Parlaments aufrechterhalten würde. Schon am 16. März jedoch musste das Parlament auch anstehende Sitzungen annullieren. Dies betraf nicht nur die Ausschusssitzungen, sondern auch die Plenarsitzung, die für den 21. März geplant war.

Alle Veranstaltungen fielen den Maßnahmen zum Opfer. Besuchergruppen wurden bis zum Ende des Sommers abgesagt und auch der Termin einer Delegation des Deutschen Bundestages, die sich über die Grenzkontakte in der Benelux-Region informieren wollte, und ein Delegationsbesuch des Landschaftsverbands Rheinland, mit dem die Deutschsprachige Gemeinschaft enge Kontakte pflegt, mussten kurzfristig abgesagt werden.

Ab April fanden unterdessen die Sitzungen des Parlaments unter Einhaltung der vorgegebenen Sicherheits- und Hygienemaßnahmen, wie der physischen Distanz zwischen den Teilnehmern oder der Zuschaltung von Abgeordneten per Videokonferenz, und mit einer Minimalbeteiligung von Mitarbeitern statt. Die öffentlichen Sitzungen konnten im Livestream verfolgt werden, waren jedoch nicht für Publikum vor Ort geöffnet.

Darüber hinaus beschloss das Parlamentspräsidium, die Regierungskontrolle und die Verabschiedung wesentlicher Dekrete zu bündeln und dazu zwei Sonderplenarsitzungen einzuberufen. Schließlich wurde entschieden, die Arbeiten des Parlaments bis zum 20. Juli fortzusetzen.

Information des Parlaments

In der Zeit der Corona-Krise versammelten sich der Parlamentspräsident, die 1. Vizepräsidentin, die Fraktionsvorsitzenden sowie die Regierung wöchentlich, um sich aus erster Hand über die Entscheidungen des Nationalen Krisenrates informieren zu lassen, über neue Entwicklungen auszutauschen und die praktischen Aspekte der Arbeitsweise des Parlaments vorzubereiten. Auch

nach der Lockerung der Sicherheitsmaßnahmen tritt dieses Gremium zusammen, um bei Bedarf auf die jüngsten Entwicklungen zu reagieren. Bis zum Ende der Sitzungsperiode tagte die Runde 15-mal.

Krisendekrete

Am 6. April beschloss das Parlament in einer Sonderplenarsitzung ein erstes Krisendekret (Dokument 68), das die Handlungsfähigkeit der Regierung und der Gemeindegemeinschaften einerseits und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste gewährleistet. Im Rahmen beschränkter Sondervollmachten wurde die Regierung dazu bevollmächtigt, dringende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, administrative Verfahren zu vereinfachen und erste Mittel zur Unterstützung der durch die Krise in Bedrängnis geratenen Einrichtungen und Vereinigungen freizumachen.

Am 27. April verabschiedete das Parlament ein zweites Krisendekret (Dokument 69), das verschiedene Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Pandemie auf den Beschäftigungs- und den sozio-kulturellen Sektor einführt. Darüber hinaus wurde eine finanzielle Aufwertung der Pflegeberufe beschlossen.

Das dritte Krisendekret (Dokument 88) wurde am 20. Juli 2020 verabschiedet. Es enthält weitere Maßnahmen, die eine relative „Rückkehr zur Normalität“ ermöglichen, aber auch auf eine Unterstützung der durch die Corona-Krise Geschädigten, wie die im Horeca-Sektor tätigen Betriebe, abzielen.

Am selben Tag verabschiedete das Parlamentsplenum die gesetzliche Grundlage für die Einführung einer sogenannten „Tracing-App“, mit der die Infizierung mit dem COVID-19-Virus nachverfolgt werden soll. Darüber hinaus wurden die Schutzmaßnahmen verabschiedet, die bei Rückkehr aus Risikogebieten gelten.

Lockerungen mit Vorsicht

Der Nationale Sicherheitsrat, dessen Sitzungen auch der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft beiwohnt, beschloss unterdessen am 27. April vorsichtige Maßnahmen zum Ausstieg aus dem Krisen-Szenario. Ab dem 11. Mai öffneten die Geschäfte und ab dem 18. Mai konnten weitere Dienstleister ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Ab Juni wurde im Parlament die Wiederaufnahme des Normalbetriebs in Angriff genommen. Die Kontrollsitzungen fanden wieder einzeln pro Ausschuss statt. Alle Sitzungen wurden allerdings nach wie vor im Plenarsaal abgehalten.

Im Gebäude wurden verstärkte Hygieneregeln eingeführt.

Sonderausschuss

Die Plenarversammlung setzte am 20. Juli 2020 einen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der COVID-19-Krise und deren Folgen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein.

Obschon die Krise noch nicht definitiv überwunden ist und deren Folgen wohl noch längere Zeit spürbar sein werden, möchte das Parlament mit der Einsetzung eines Sonderausschusses eine erste Bilanz der Krise ziehen. Der Ausschuss erhält einen dreifachen Auftrag:

1. eine Bestandaufnahme der im Hinblick der Krise getroffenen Vorkehrungen, Initiativen und Maßnahmen vorzunehmen,
2. diese Vorkehrungen, Initiativen und Maßnahmen zu evaluieren und
3. daraus Empfehlungen für die Vermeidung, Bewältigung und Abfederung künftiger Krisen abzuleiten.

Am 1. Februar 2021 wird der Sonderausschuss einen ersten Zwischenbericht vorlegen. Ein Abschlussbericht wird für den 21. Juni 2021 erwartet. Je nach Entwicklung der Krise und des Fortschritts der Ausschussarbeiten ist eine Verlängerung des Auftrags nicht ausgeschlossen.

In den Beratungen zur Einsetzung des Sonderausschusses wurde auch darauf hingewiesen, dass der Sonderausschuss in einen Untersuchungsausschuss umgewandelt werden könnte. Dazu bedarf es eines neuerlichen Beschlusses des Parlaments.

Aufruf und Ansprachen an die Bevölkerung

AUFRUF AN OSTBELGISCHE BEVÖLKERUNG

Im Zuge der Einsetzung des Sonderausschusses erfolgte auch ein Aufruf an die ostbelgische Bevölkerung, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, dem Parlament ihre Anmerkungen schriftlich, online oder mittels eines Schreibens, mitzuteilen. Die Bürgermeinungen und ihre Erfahrungen fließen in die Arbeiten des Ausschusses ein.

ANSPRACHE DES PARLAMENTS-PRÄSIDENTEN VOM 24. MÄRZ 2020 ANLÄSSLICH DER AKTUELLEN SITUATION IN DER CORONAVIRUS-KRISE

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die Coronavirus-Krise ist dabei unser alltägliches Leben einschneidend zu verändern.

Wir müssen von zahlreichen lieb gewonnenen Gewohnheiten Abschied nehmen und neue Verhaltensformen

einüben. Was gestern noch selbstverständlich war, muss heute neu bewertet und zum Teil radikal verändert werden.

Das ist nicht einfach, aber notwendig. Und es funktioniert nur, wenn wir alle mitmachen und uns solidarisch zeigen: Solidarisch mit denen, deren Leben auf dem Spiel steht und die dringend eine gute medizinische Versorgung benötigen; Solidarisch mit denen, die besonders hart betroffen sind und deren wirtschaftliche oder berufliche Existenz gefährdet ist; Solidarisch mit denen, die aufgrund ihrer persönlichen Lebenslage nicht alleine mit den Problemen fertig werden. Wir erleben dieser Tage unzählige Formen solidarischer Hilfe: bei der medizinischen Versorgung, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und bei der Suche nach pragmatischen Lösungen für die unterschiedlichsten Schwierigkeiten. Das alles ist bewundern- und nachahmenswert.

Dieses Engagement verdient uneingeschränktes Lob und vor allem aufrichtigen Dank. Jeder von uns ist persönlich gefordert. Aber es kommt auch darauf an, dass die öffentlichen Einrichtungen gut funktionieren, die richtigen Entscheidungen treffen und effizient zusammenarbeiten: von der europäischen, über die nationale und regionale, bis hin zur lokalen Ebene.

Die Behörden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Das Parlament, die Regierung sowie die hiesigen Verwaltungen und Gemeinden – stehen vor Ort in der Pflicht, um der Bevölkerung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Bisher ist dies erfolgreich gelungen. Es gilt nun, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies auch in den kommenden Wochen und Monaten der Fall sein wird. Regierung und Parlament bereiten zur Zeit die dazu notwendigen Maßnahmen vor, die am 06. April 2020 vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet werden sollen.

Heute kann niemand ernsthaft voraussagen, wie die Situation morgen und übermorgen aussehen wird. Eines ist jedoch gewiss: Wir müssen jederzeit handlungsfähig bleiben und wir dürfen nie vergessen, dass wir die Herausforderungen nur gemeinsam durch solidarisches Handeln meistern können.

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund!

ANSPRACHE DES PARLAMENTS-PRÄSIDENTEN VOM 30. APRIL 2020 ANLÄSSLICH DER AKTUELLEN SITUATION IN DER CORONAVIRUS-KRISE

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit Anfang März hat uns der Corona-Virus fest im Griff und beeinflusst auf vielfältige und manchmal radikale Weise unser Leben – in Ostbelgien, in Belgien, in Europa und auf der ganzen Welt. Der berufliche und private Alltag hat sich massiv verändert.

Unzählige Menschen müssen gewaltige Herausforderungen meistern, um Leben zu retten und lebensnotwen-

dige Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Andere erleben, wie die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz zunehmend in Gefahr gerät und zusammenbricht.

Wieder andere leiden an den Folgen der stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit und kommen mit dem Zusammenleben auf engstem Raum oder aber mit ihrer zunehmenden Vereinsamung nicht klar.

Dies alles wird noch von den zahlreichen Ungewissheiten verstärkt, die um die Ursachen, Beschaffenheit und Bekämpfungsmöglichkeiten des Coronavirus ranken, auf die auch Experten nicht immer eine eindeutige Antwort geben können und die alle Ausstiegsszenarien aus den beschlossenen Einschränkungen so schwierig machen.

So unbefriedigend dies auch sein mag: wir können nur auf Sicht fahren und jede Zeitplanung steht unter dem Vorbehalt eines möglichen Neuausbruchs der Viruswelle. Unter diesen Rahmenbedingungen ist es nicht einfach, Entscheidungen zu treffen. Auch in Ostbelgien, wo die Grenzlage der Problematik noch eine besondere Dimension hinzufügt, für die in Brüssel nicht immer das nötige Verständnis herrscht. An die Vorteile offener Grenzen hatten wir uns in den vergangenen Jahrzehnten derart gewöhnt, dass wir diese Errungenschaft der Europäischen Union schon als selbstverständlich angesehen hatten. Dass dem keineswegs so ist, wird uns in diesen Tagen besonders schmerzhaft deutlich und sollte uns dazu bewegen, in Zukunft noch entschiedener für den Ausbau der europäischen Integration einzutreten.

Bisher ist es hierzulande gelungen, einigermaßen gut mit den Konsequenzen der Viruskrise fertig zu werden. Dies verdanken wir zuallererst dem bewundernswerten Einsatz all jener, die an vorderster Front kämpfen und denen wir nicht nur mit Worten, sondern auch in Taten zu großem Dank verpflichtet sind. Dies verdanken wir auch dem verantwortungsbewussten und solidarischen Verhalten unserer Bevölkerung, die sich zum allergrößten Teil an die beschlossenen Maßnahmen hält und die jeden Tag aufs neue kreative Ideen entwickelt, wie wir alle gemeinsam besser mit der schwierigen Situation fertig werden können. Das Kennedy-Zitat „Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, sondern fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“ wird auf diese Weise gelebte Wirklichkeit.

Dies verdanken wir aber auch den Möglichkeiten unserer Gemeinschaftsautonomie, dank derer Parlament, Regierung und Gemeinden gemeinsam mit den Einrichtungen, Vereinigungen und Betrieben unserer Heimat tagtäglich maßgeschneidert und realitätsnah an der Bewältigung der Krise arbeiten können. Diese Arbeit muss in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren zielstrebig und ergebnisorientiert fortgesetzt werden. Dabei darf das demokratische Ringen um die besten Lösungen nicht außer Kraft gesetzt werden.

Dabei kommt es aber auch mehr als in normalen Zeiten auf den Schulterschluss aller demokratischen Kräfte und auf den Verzicht auf politische Geplänkel an, die der er-

folgreichen Bewältigung der Krisenfolgen im Wege stehen. Kurzfristig gilt es, die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gefahren möglichst klein zu halten. Mittel- und langfristig kommt es darauf an, die notwendigen Lehren aus der Krise zu ziehen und die Veränderungen umzusetzen, die notwendig sind, um die Überlebensfähigkeit unserer Welt abzusichern, bestehende und durch die Krise noch verstärkte Ungerechtigkeiten auszumerzen und dafür zu sorgen, dass das Leben für alle lebenswert bleibt.

Bleiben Sie gesund!

ANSPRACHE DES PARLAMENTS-PRÄSIDENTEN VOM 18. JUNI 2020 ANLÄSSLICH DER AKTUELLEN SITUATION IN DER CORONAVIRUS-KRISE

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Vor wenigen Tagen ist der Schengenvertrag 35 Jahre alt geworden. Gerade in unserer Grenzregion hat die Öffnung der Grenzen genauso wie die gemeinsame Währung die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in einem bedeutenden Maße verbessert. Für die meisten von uns sind diese Verbesserungen selbstverständlich geworden. Nur wenige können sich noch aus eigener Erfahrung daran erinnern, wie es war, als die Grenzen noch geschlossen waren und jeder Gang, jede Fahrt über die Grenze mit Kontrollen verbunden waren. In den vergangenen Monaten haben wir alle erlebt, dass das selbstverständlich Geglaubte gar nicht so selbstverständlich ist.

Auch in Europa hat die erste Reaktion der Staaten auf das Coronavirus darin bestanden, alle Grenzen dicht zu machen. Auch die Binnengrenzen, deren Abschaffung eigentlich zur DNA der Europäischen Union gehört und die laut Schengenvertrag gar nicht auf diese Art und Weise hätten geschlossen werden dürfen. Trotz intensiver grenz- und parteiübergreifender Bemühungen aus der Region ist es erst relativ spät und nur teilweise gelungen, die aus epidemiologischen Gründen durchaus vertretbare Wiederöffnung der Grenzen zeitlich vorzuziehen.

Was lehrt uns diese Erfahrung? Der Grenzschließungsreflex bei auftauchenden Problemen besteht immer noch und hat weiterhin Vorrang vor gemeinsamem Handeln auf europäischer Ebene, das die erfolgversprechendere Alternative wäre. Deshalb müssen wir uns in Zukunft noch tatkräftiger für eine geeinte, stärkere und wirkungsvollere EU einsetzen. Unser Zeugnis als Einwohner einer Grenzregion ist dabei besonders aussagekräftig und wir müssen uns gemeinsam mit anderen europäischen Grenzregionen lautstark zu Wort melden.

Die für Anfang November in Eupen geplante Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen wird uns dazu einen willkommenen Anlass bieten. Noch ist die Corona-Epidemie nicht vorbei und niemand kann mit Gewissheit sagen, was

noch alles in Ostbelgien, in Belgien, in Europa und anderswo in der Welt auf uns zukommen wird.

Dennoch ist es an der Zeit, das Geschehen der vergangenen Monate und dessen Auswirkungen auf das soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in unserer Region auszuwerten. Wie ist im Einzelnen auf die gesundheitlichen Folgen der Virus-Epidemie reagiert worden? Wie hat der Lockdown hierzulande funktioniert? Wie wurden die etappenweisen Lockerungen der Einschränkungen vollzogen? Und vor allem: Welche Lehren können wir aus den Ereignissen der letzten Monate ziehen, um in Zukunft besser aufgestellt zu sein? Dabei geht es auch um die Vorteile und Unzulänglichkeiten, die Chancen und Grenzen unserer Autonomie. Hat sich der Kleingliedstaat Ostbelgien in der Krise bewährt? Was muss

verbessert und gegebenenfalls anders aufgestellt werden? Wie effizient ist das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Entscheidungsebenen in unserem Land? Wie kann die sprach- und staatsgrenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert und ausgebaut werden?

Das PDG wird aller Voraussicht nach am 20. Juli einen Ausschuss bilden, der diese Auswertung vornehmen und Empfehlungen ausarbeiten soll. Auch der ständige Bürgerdialog wird sich Anfang September intensiv mit der Lage im Pflegesektor der DG beschäftigen. Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten sollten, ihre persönlichen Erfahrungen in diese Aufarbeitung einzubringen.

Blieben Sie gesund!



Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN

T +32 (0)87/31 84 00

F +32 (0)87/31 84 01

info@pdg.be

www.pdg.be